

Crim G ch / 12

B r u c h s t ü c k e
über
Verbrechen und Strafen,
oder
G e d a n k e n
über die
in den Preussischen Staaten
bemerkte Vermehrung der Verbrecher
gegen die Sicherheit des Eigenthums;
nebst
V o r s c h l ä g e n,
wie derselben durch zweckmäßige Einrichtung der Gefangen-
anstalten zu steuern seyn dürfte.
Zum
Gebrauch der höhern Behörden.

Frankfurt und Leipzig

1 8 0 3.

15

BG



Verbrechen und Strafen

Gedanken

über die

in den Preussischen Staaten

bemerkte Veranlassung der Verbrechen

gegen die Sicherheit des Eigenthums;

von

Vorschl. Lagen

wie derselben durch verschiedene Mittel und Wege der Erlangung
auszusetzen zu können sehr dürfte.

von

Gebrauch der höchsten Behörden

Frankfurt und Leipzig

1803

E r s t e r T h e i l .

G e d a n k e n

über die

in den Preussischen Staaten

bemerkte Vermehrung der Verbrecher

gegen die Sicherheit des Eigenthums.

Geschrieben im März 1801.

Erster Theil.

Geographien

der

in der französischen Sprache

benutzte Terminologie der Mathematik

gegen die Sicherheit des Eigentums

von dem Verleger

Es ist nicht zu leugnen, daß die *Criminaljustizverfassung* in den Preussischen Staaten bei weitem noch nicht die Fortschritte gemacht hat, deren sich die *Civiljustizverfassung* dieser Staaten rühmen kann. Dessen ungeachtet muß man ihr die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß sie sich unter allen Criminaljustizverfassungen unserer Nachbarn, durch wahrhaft philosophische Grundsätze über Verbrechen und Strafen, welche Grundsätze, besonders seit der Regierung des großen Friedrichs, in allen Gerichtshöfen herrschend geworden sind, sehr vortheilhaft auszeichnet. Die jetzige Erscheinung, nach welcher unsere Gefangenanstalten mehr als jemals mit Verbrechern angefüllt sind, und die Zahl der Verbrecher gegen die Sicherheit des Eigenthums in sichtbarer Progression zunimmt, befremdet daher um so mehr, und ist äusserst auffallend. Sie ist in der That von der Art, daß ein jeder Patriot dadurch aufgefordert wird, den Ursachen dieser Erscheinung sorgfältig nachzuspüren, und auf Mittel zu denken, wie dem Uebel, durch kräftige und zweckmäßige Gegenwirkungen, gesteuert werden könne.

Für den *Minister des Criminaldepartements* wird diese Aufforderung zur Pflicht.

Es wird bei dieser Untersuchung keines Beweises bedürfen, daß die jetzigen Zeitumstände, zur Vermehrung der Verbrecher gegen die Sicherheit des Eigenthums, sehr viel beitragen. Ich brauche deshalb nichts weiter, als nur des traurigen Zustandes historisch zu erwähnen, in welchem das durch Krieg verheerte Europa seufzet. Fast alle unsere Nachbarn hat dies traurige Loos betroffen; wir allein sind verschont geblieben. Wohlstand und Cultur haben bei uns zugenommen, während unsere Nachbarn rund um uns her unter den drückenden Lasten eines verheerenden Krieges erlagen. Sehr natürlich lockt dieser vergrößerte Wohlstand nicht bloß gute und achtungswerthe Menschen, sondern verhältnißmäßig noch weit mehrere Müssiggänger und Glücksritter aus andern Landen herbei. Sie und viele andere, theils mit, theils ohne ihre Schuld im Kriege Verarmte, wünschen ihr Glück in einem blühenden Lande zu versuchen. Bösewichter, welche im Kriege noch mehr verwildert sind, mischen sich unter ihre Zahl, und es ist unter diesen Umständen sehr begreiflich: daß die Zahl aller Verbrecher, besonders aber der Verbrecher gegen die Sicherheit des Eigenthums, beinahe täglich vermehrt wird.

Zufällige Zeitumstände vergrößern also ein von zunehmendem Wohlstand und Cultur fast immer unzertrennliches Uebel; denn zunehmende Cultur und Wohlstand veranlassen zunehmenden Luxus, und dieser wieder erzeugt Verbrecher aller Art, besonders gegen die Sicherheit des Eigenthums. —

Es würde indessen ein sehr trauriges Loos der

Menschheit sein, wenn den Folgen jener zufälligen Zeitumstände nicht wirksam entgegen gearbeitet werden könnte, wenn Cultur und Wohlstand eines Landes zu keinem andern Preis, als dem der Verderbniss vieler seiner Bewohner, zu erhalten ständen; und wenn es nicht Mittel und Wege gäbe, den mit vermehrter Cultur und Wohlstand, an und für sich, verbundenen schädlichen Folgen vorzubeugen. Es ist und bleibt vielmehr eine ausgemachte Wahrheit: dafs wenn Verbrecher, von welcher Art sie auch immer sein mögen, in einem Lande überhand nehmen, äussere Zeitumstände zwar Veranlassung dazu geben können, jedoch immer ein grofser Theil der Schuld in der Gesetzgebung und ganzen innern Einrichtung des Landes zu suchen ist.

Und das ist auch bei uns der Fall. Das in sichtbarer Progression zunehmende Vermehren der Verbrecher gegen die Sicherheit des Eigenthums ist nicht blofs äussern Zeitumständen zuzuschreiben; die Quellen des Uebels liegen tiefer.

Mangelhafte Criminalgesetze, besonders gegen Verletzer des Eigenthums; zweckwidrige Einrichtung unserer Gefangen- und Strafanstalten; und zu lange verzögerte Vollstreckung der Strafen, das sind die drei Hauptquellen des Uebels; wenigstens sind es diejenigen Hauptquellen desselben, welche in dem Gebiet der Criminaljustitz entspringen, und also den Minister des Criminaldepartements hauptsächlich zur sorgsamsten Aufmerksamkeit auffordern.

Eine kurze Geschichte unsrer Criminalgesetzgebung, insofern sie auf die Verbrecher gegen die Si-

cherheit des Eigenthums Bezug hat; eine vorläufige Darstellung des traurigen Zustandes unsrer Gefangenanstalten; und ein Blick auf den zeitherigen Gang unsrer Criminalprocesse, werden diese Wahrheit bestätigen.

In den ältern Zeiten kannte man auch bei uns beinahe gar keine andere Criminalgesetze, als die peinliche Halsgerichtsordnung des Kaiser Carls vom Jahre 1532. Mordbrenner, Räuber, Diebe und Betrüger wurden nach der ganzen Strenge derselben bestraft. Ein gemeiner Diebstahl von *fünf Gulden* mußte mit dem Leben gebüßt werden; der Verbrecher wurde gehangen. —

Unsere nachherigen Criminalgesetze milderten diese Strenge nicht. Es war ein allgemein angenommener Grundsatz: *dass nur durch Härte der Strafe Verbrechen verhütet werden könnten.* Statt also auf die Milderung jenes mit Blut geschriebenen Gesetzes zu denken, dachte man nur auf die Verschärfung desselben. —

Die Edicte vom 23ten August 1700, 7ten Novbr. 1705, 5ten April 1723 und 24ten Novbr. 1724, liefern hiervon die auffallendsten und redendsten Beweise.

Nach dem Edict vom 23ten August 1700 sollte ein jeder in den Residenzen mit Einbruch oder Einsteigen begangener Diebstahl, wenn auch der Werth der gestohlenen Sachen nicht 10 Rthlr. betragen möchte, *mit dem Strange*, und der Verhehler der Diebe oder der gestohlenen Sachen, mit gleicher Strafe belegt werden.

Das Edict vom 7ten Novbr. 1705 bestätigte dies, und schärfte es noch dahin: daß die Diebe, Hehler und Rathgeber, *durch summarischen Proceß, ohne Unterschied des Gestohlenen, es sei viel oder wenig, sie haben etwas davon weggebracht, genossen oder nicht, vor dem Hause, in welchem das Verbrechen begangen worden, aufgehangen* werden sollten, und nach den Edicten vom 5ten April 1723 und 24ten Novbr. 1724 sollten endlich die *auf der That* ertappten Diebes- und Räuberrotten, besonders wenn sie vom Militär ergriffen würden, *ohne Anfrage aufgehangen*, die sich Widersetzenden aber *auf der Stelle todt geschossen* werden. —

Selbst im Jahr 1736 war man diesen Grundsätzen noch immer unveränderlich getreu. Das Edict vom 9ten Januar dieses Jahrs setzte fest: daß Hausdiebe in den Berlinschen Residenzen, welche einen Kasten, eine Thüre oder ein Spinde erbrochen, oder, mit Schlüsseln aufgemacht hätten, binnen 8 Tagen *gehenkt* werden sollten, der begangene Diebstahl möchte groß oder klein sein, erstattet werden können oder nicht. Andere Diebe, welche eingestiegen, eingebrochen oder sich in ein Haus verschließen lassen, und dann ein Zimmer oder Behältniß erbrochen, oder mit dem wahren oder mit dem falschen Schlüssel aufgemacht hätten, sollten gleichfalls mit dem *Galgen* bestraft werden, der Diebstahl sei groß oder klein, der erste oder ein wiederholter, es sei Erstattung erfolgt oder nicht. Selbst wenn sie noch gar nichts gestohlen hätten, sollte diese Strafe statt haben, und alle diejenigen, welche Waffen bei sich trügen, sollten *gerädert* werden. —

Der philosophische Geist *Friedrichs des Grossen* empörte sich gegen diese Grundsätze. Schon zu einer Zeit, da er noch nicht seinen Willen als höchster Gesetzgeber erklären konnte, hob er dagegen als Philosoph und Schriftsteller das Pannier auf. Er bewies in seiner bekannten Abhandlung, *sur les raisons d'établir ou d'abroger les loix*, mit der ihm eignen Kraft: das Härte der Strafe an und für sich kein zweckdienliches Mittel sei, Verbrechen zu verhüten, und das besonders die bis dahin auf Verletzung des Eigenthums geordneten Strafen mit dem Verbrechen selbst ganz ausser Verhältniß ständen. ¹⁾

1) Der erhabene Verfasser drückt sich darüber unter andern in nachstehender Art aus: *L'équité naturelle veut, qu'il y ait une proportion entre le crime et le châtement: les vols compliqués méritent la mort, ceux, qui se commettent sans violence, ont des côtés, par lesquels on peut envisager avec compassion ceux, qui en sont coupables.*

Il y a l'infini entre le destin d'un riche et d'un misérable: l'un regorge des biens et nage dans le superflu; l'autre, abandonné de la fortune, manque même du nécessaire. Qu'un malheureux dérobe, pour vivre, quelques pistoles, une montre d'or, ou pareilles bagatelles, à un homme, que sa magnificence empêche de s'appercevoir de cette perte; faut-il que ce misérable soit dévoué à la mort? L'humanité n'exige-t-elle pas, qu'on adoucisse cette extrême rigueur? Il paroît bien, que les riches ont fait cette loi: les pauvres ne seroient-ils pas en droit de dire:

Als höchster Gesetzgeber blieb er diesen reiflich überdachten Grundsätzen getreu. Er schaffte die Tortur ab, er milderte die Strafgesetze nicht nur überhaupt, sondern er wollte auch besonders, dafs Verletzer des Eigenthums mit mehrerer Milde und Menschlichkeit bestraft werden sollten.

Zugleich aber übersah sein alles umfassender Geist, dafs es gewagt, bedenklich und gefährlich sein würde, wenn man die ungebildete Volksclasse diese Milderung der Strafen mit einemmal gewahr werden liesse. Er verfügte daher solche nicht durch allgemeine, in das Detail eingehende, und dasselbe festsetzende Edicte. Er schrieb blofs seinen Ministern, in mehreren Cabinets - Ordren, die allgemeinen Grundsätze vor, nach welchen Milderung der Strafen statt haben sollte, und beschäftigte sich noch im Jahr 1750 mit Einschärfung seiner wahrhaft philosophischen Grundsätze über Verbrechen und Strafen. ²⁾

Que n'a-t-on de la commisération de notre état déplorable? Si vous étiez charitables, si vous étiez humains, vous nous secouriez dans nos misères, et nous ne vous volerions pas. Parlez; est-il juste, que toutes les félicités de ce monde soient pour vous, et que toutes les infortunes nous accablent?

2) Noch unter dem 8ten April 1750 erging nachstehende Cabinets - Ordre an den Chef des Criminaldepartements:

Mein lieber Geheimer Etats - Minister von Bismark!
Ich habe zwar anfänglich die von Euch zu meiner Unter-

So wurde der ganz übertriebenen Strenge der Strafgesetze mit einemmal ein Ende gemacht, und so wurden sie nach und nach, ohne das geringste Aufsehn zu erregen, zu dem Grade gemildert, wel-

schrift eingesandte, hierbei zurückkommende Expeditiones, in Sachen eines Delinquenten, Namens Freudenreich, so wegen eines attendirten Straffenraubes zur zweijährigen Festungsarbeit comdemnirt worden, vollzogen. Nachdem Ich aber nachhero in Consideration genommen, dafs das Verbrechen, auf öffentlicher Landstrasse jemanden berauben zu wollen, zu stark sei, als dafs darauf eine *à proportion* des Verbrechens zu gelinde Strafe von zwei Jahr Festung erkannt werden müsse, sich auch ausserdem zeigt, dafs es obgenanntem Delinquenten am Willen nicht gefehlet, den attendirten Raub zu vollbringen, daferne er nicht durch ohngefährliche Zufälle daran gehindert worden; so ist Mein Wille, dafs die Strafe des mehrermeldeten Freudenreich auf zehnjährige Festungsarbeit gesetzt werde, und Ihr also die Expeditiones deshalb so einrichten lassen sollet.

Bei dieser Gelegenheit kann Ich Euch nicht verhalten, wie Ich bei verschiedenen Vorfällen angemerkt habe, dafs Ihr von meiner eigentlichen Intention, wie es mit Bestrafung begangener Diebstähle, Raubes und dergleichen, gehalten werden soll, noch keine vollkommene Idee habt: dahero Ich Euch dann zu Eurer künftigen Direction dieses bekannt machen will, dafs nemlich bei Diebstählen, welche aus Unbesonnenheit, Armuth, und dergleichen Umständen mehr, begangen worden, in den Sentenzien nicht

ther ein richtiges Verhältniß zwischen Verbrechen und Strafe zu bezeichnen schien.

Die ungebildete Volksclasse erfuhr von dem allen nichts. Ihr wurden deshalb keine neuen Gesetze, keine Edicte publicirt, und erst nach einer langen Reihe von Jahren wurde sie es *durch den wenigeren Gebrauch des Galgens* gewahr: daß Verbrecher gegen die Si-

nach der grössten Rigueur der sonst vorhin darauf gesetzten Strafe verfahren, mithin nicht die Todesstrafe, oder eine sehr harte und lange Festungsarbeit, erkannt werden soll, wann zumalen der Dieb dadurch noch corrigirt werden kann, und bei seinem begangenen Diebstahl keinen Mord begangen, oder gar sehr große Gewalt gebraucht hat. In Fällen aber, da ein Dieb zugleich einen Mord begangen, oder aber bei Strafsenräubereien, oder auch bei gewaltthätigem Einbrechen und darauf geschehenem Binden der Leute, und wenn diese zugleich sehr übel tractirt worden, imgleichen wenn ganze Diebescomplots sich finden, sodann muß mit gehöriger Rigueur und Schärfe wider dergleichen Verbrecher verfahren und ihnen, befundenen Umständen nach, die Todesstrafe, oder aber doch die Strafe der Festungsarbeit auf Zeitlebens, oder wenigstens auf eine vieljährige Zeit, zuerkannt werden; weil das Publicum seine gehörige Sicherheit haben muß, von dergleichen Verbrechern aber nicht leicht zu hoffen, daß solche sollten corrigirt werden können. Ihr habt Euch also hiernach zu achten und bei vorkommenden Fällen auf ermeldete Art zu verfahren. Ich bin Euer wohlaffectionirter König

Friedrich.

cherheit des Eigenthums mit mehrerer Milde bestraft würden.

So weise und zweckmässig indessen auf der einen Seite diese Verfahrungsart des grossen Königs war, so ist doch nicht zu läugnen, dass sie auf der andern Seite mit Folgen verbunden war, welche leicht hätten gefährlich und nachtheilig werden können.

Es entstand durch die bloße Aufstellung *allgemeiner Grundsätze* eine grosse Unbestimmtheit im Criminalrechte; die richterliche Willkühr erhielt einen zu weiten Spielraum, welches sehr leicht zu Missbräuchen hätte führen können.

Aber auch diese Klippe hatte der alles beobachtende Geist Friedrichs des Grossen vorausgesehen, und wufste ihr, durch eine weise und zweckmässige *Organisation seines Justizministeriums*, auszuweichen.

Ich kann hier in das Detail dieser Verfassung nicht eingehen, wie ich es schon bei einer andern Gelegenheit ganz ausführlich gethan habe.³⁾ Nur

³⁾ Die Gelegenheit dazu gab eine zwischen dem Gross-Canzler von Goldbeck und mir im Anfang des Jahrs 1800 entstandene *Bessortstreitigkeit*. Man verweigerte mir nemlich die Bearbeitung der Generalien des Criminaldepartements; die Zuziehung und Mitwirkung bei Einrichtung der Gefangenanstalten; und die Concurrrenz bei der Criminalgesetzgebung. Dies veranlasste mein in der Anlage No. 1. beigefügtes Schreiben an den Gross-Canzler von

den festen und unveränderlichen Grundsatz derselben muß ich bemerken: *dass alle irgend erhebliche Criminalerkenntnisse zur Bestätigung eingesandt werden mußten.* Der Minister des Criminaldepartements ward dadurch, unter der Aufsicht des weisen und großen Königs, der *Controlleur* aller irgend erheblichen Entscheidungen in einzelnen Criminalfällen.

Goldbeck, in welchem ich mich auf die Verfassung des Justizdepartements berief und stützte. Der Groß-Canzler von Goldbeck bestritt die von mir behauptete Verfassung, und verwies mich, in seinem unter den Anlagen *sub No. 2.* befindlichen Antwortsschreiben, auf die seinerseits behauptete Verfassung des Justizdepartements. Ich wurde dadurch vermocht, mich einer weitläufigen, mühsamen und sorgfältigen weitem Nachforschung und Ausmittelung der wahren und eigentlichen Verfassung und Einrichtung des Justizdepartements zu unterziehen, und war im Stande, sie aus den ältern und neuern Acten des Geheimen Archivs so gründlich nachzuweisen, dass kein weiterer Zweifel dagegen erregt werden konnte. Mit einer standhaften, ununterbrochenen und sehr consequenten Gleichförmigkeit ergaben diese Acten die Richtigkeit meines Behauptens so vollständig und überzeugend, dass der Groß-Canzler von Goldbeck sich, auf mein in der Anlage No. 3. beigefügtes Schreiben, entschloß, mir alles das *uneingeschränkt* zuzugestehen, was ich am Schluss desselben *verfassungsmässig* forderte.

Nicht lange nachher wurde indessen, in meiner Abwesenheit, auf den Antrag des Groß-Canzlers von Gold-

Er hatte die Pflichten auf sich, vorzüglich dahin zu sehen: daß bei Anwendung der Criminalgesetze nach den vorgeschriebenen allgemeinen Grundsätzen verfahren werde; daß Einheit bei ihrer Anwendung durch alle Theile der Monarchie herrsche, und nicht ein Verbrecher auf der Gränze der einen Provinz für ein Verbrechen mit *drei oder mehr*jähriger Festungs- oder

beck, die jetzige neue Organisation des Justizministerii beschlossen, und mir, bei meiner Zurückkunft, der deshalb an des Königs Majestät zu erstattende, schon unterschriebene Bericht im Concept und Mundo zur Mitzeichnung vorgelegt. Verfassungsmäßig konnte ich solche, da von einem schon gefassten Beschlusse der Pluralität des Justizministerii die Rede war, nicht verweigern, und es erfolgte demnächst unter dem 9ten September 1800 die Allerhöchste Genehmigung der in Vorschlag gebrachten jetzigen Einrichtung des Justizministerii.

Durch die in der Anlage No. 4 enthaltene allerhöchste Cabinets-Ordre vom 28ten Februar 1801, welche auf einen von dem Groß-Canzler von Goldbeck, ohne meine Zuziehung, in der jetzt in Deliberation stehenden *Deportationssache* allein erstatteten Bericht erfolgte, erhielt solche demnächst, in Ansehung der Gesetzgebung überhaupt, besonders aber im Criminalfach, und in Ansehung der Einrichtung der Gefangen- und Strafanstalten, eine nähere Bestimmung, welche auf meine dagegen gemachte allerunterthänigste Vorstellung vom 9ten März desselben Jahrs in der *sub* No. 5 unter den Anlagen befindlichen allerhöchsten Cabinets-Ordre vom 14ten März 1801 bestätigt wurde.

Zuchthausstrafe belegt werde, welches sein Nachbar auf der Gränze einer andern Provinz mit *einem* Jahr, oder mit einer noch gelindern Strafe abbüßte.

So wurde es möglich, daß der Preussische Staat, bei unbestimmten Strafgesetzen, besonders in Ansehung der Verbrecher gegen die Sicherheit des Eigenthums, sich dennoch einer Einförmigkeit bei Beurtheilung und Entscheidung einzelner Fälle, einer Festigkeit des Gerichtsgebrauchs, und eines sich immer gleich bleibenden, nach Cultur, Sitten und Neigungen abgemessenen Verhältnisses zwischen Verbrechen und Strafen rühmen konnte, welche in andern Staaten, durch ungleich genauer bestimmte, in das Detail eingehende Strafgesetze nicht hatten hervorgebracht werden können ⁴⁾

Wer kennt nicht, auch in dieser Rücksicht, den

⁴⁾ Wie sehr der große und weise König von dem Nutzen der höheren Bestätigung der Criminalerkenntnisse und der damit verbundenen Controlle überzeugt war, ergiebt sich unter andern aus folgender Anekdote. Als Ihm unter dem 26ten Juni 1743 der Antrag gemacht wurde, die Einsendung der Criminalerkenntnisse, zur Ersparung der Kosten und Beschleunigung der Criminalprozesse, mehr einzuschränken, wies Er diesen Antrag mit der sehr merkwürdigen Marginalresolution zurück:

Nein!

Sie sollen alle Criminalurtheile einschicken; sonst würden dabei allerhand Inconvenienzen, und daß die Leute in den Provinzen nach Gefallen gehudelt würden, entstehen können.

B

Ruhm der ehemaligen Preussischen Criminalverfassung, und wer hätte ihn wohl, ohne jene weise Einrichtung zu kennen, bei so unbestimmten Strafgesetzen erwarten dürfen? —

Nun trat die wichtige Periode ein, wo, bei der Ansarbeitung eines neuen allgemeinen Gesetzbuchs, auch das Criminalrecht einer durchgängigen Revision unterworfen wurde. Mit Recht konnte man sich schmeicheln, daß nun auch der bis dahin obgewalteten Unbestimmtheit der Strafgesetze ein Ende gemacht, und der durch vieljährige Erfahrungen zu einer vorzüglichen Reife gediehene Gerichtsgebrauch, durch ausdrückliche Landesherrliche Sanction, zu einem förmlichen Gesetz erhoben werden würde.

Zufällige Umstände täuschten indessen einen grossen Theil dieser Erwartung und Hoffnung. —

Dem Groß-Canzler von Carmer war die *alleinige* Bearbeitung des Allgemeinen Landrechts übertragen worden, und *im Ganzen* betrachtet, war dies auch eine beinahe unvermeidliche, sehr zweckdienliche Maafsregel. Denn statt daß es bei der gewöhnlichen Gesetzgebung, in den einzelnen Theilen des Rechts, nur darauf ankömmt: einen jeden einzelnen Theil durch zweckmäßigere practische Einrichtungen, durch grössere Annäherung an allgemeine Wahrheiten und Grundsätze, in sich selbst zu vervollkommen, und so mittelbar die Vervollkommnung des *Ganzen* zu befördern, so muß man dahingegen bei der Ausarbeitung eines neuen *allgemeinen* Gesetzbuchs von dem *Ganzen* ausgehen, allgemeine Wahrheiten und Grundsätze berichtigen, und nach diesen Berichtigungen

erst in den einzelnen Theilen des Rechts reformiren, was einer Reform bedarf, um mit dem *Ganzen* in Harmonie zu stehen. Das letztere war also auch der Fall bei der Ausarbeitung des neuen Allgemeinen Landrechts. Es kam dabei auf eine gründliche Untersuchung und Prüfung aller seit Justinians Zeiten bis dahin angenommenen rechtlichen Begriffe, Grundsätze und Gebräuche an. Es war gleichsam eine Musterung der gesammten Rechtswissenschaft und aller ihrer einzelnen Theile, eines jeden sowohl für sich selbst, als im Verhältniß gegen das Ganze. Es war also allerdings zweckmäßig, die Bearbeitung des Ganzen *einem einzigen* Mann anzuvertrauen, indem es auf der einen Seite eben so einleuchtend zu sein scheint: daß bei einer solchen *gänzlichen* Reform, wo nicht von einzelnen Theilen, sondern von Einer allgemeinen Rücksicht auf das Ganze ausgegangen wird, nur *Ein Kopf* an die Spitze gestellt werden müsse, um vollkommene *Einheit* hervorzu- bringen, als es auf der andern Seite ganz unbedenklich ist: daß aus dieser *Einheit* bald eine nachtheilige *Einseitigkeit* werden würde, wenn demnächst nicht wieder *mehrere einzelne Köpfe*, in den einzelnen Theilen, Hand ans Werk zu legen hätten, und bei der weiteren Vervollkommnung der einzelnen Theile des Rechts nicht mit voller Thätigkeit zugelassen würden.

So richtig indessen dies alles ist, so glaube ich doch, daß die oben auseinandergesetzte *besondere* und *eigene* Verfassung des Criminalwesens in den Preussischen Staaten eine *Ausnahme* von der Regel erfor-

derte, und dafs der Minister des Criminaldepartements bei der Ausarbeitung der Criminalgesetze hätte zugezogen werden sollen.

Die Güte unsrer damaligen Criminalverfassung lag nicht in den *Gesetzen*, sondern in dem durch die beständige Gontrolle der höhern Behörden gebildeten, geläuterten und befestigten *Gerichtsgebrauch*, den Niemand besser kannte, als der Minister des Criminaldepartements, in dessen Händen diese Controlle besonders ruhte. —

Sie war eben damals in den Händen eines vorzüglichen, vom ganzen Publico in jeder Rücksicht mit Recht allgemein verehrten und geschätzten Ministers, des Freiherrn von der Reck. Seine Mitwirkung würde von dem grössten Nutzen gewesen sein; indessen übersah man die *besonderen*, der damaligen Preussischen Criminalverfassung ganz *eigenen* Umstände. Man beharrte zu sehr bei dem *im allgemeinen* richtigen Grundsatz: dafs bei einem Gesetzbuch *Einheit des Ganzen und Harmonie der Theile unter sich und mit dem Ganzen* die grösste Rücksicht verdiene, und nur dadurch vollständig erhalten werden könne, wenn einem *einzelnen Mann* die Besorgung des Ganzen ausschliesslich überlassen bliebe.

Der Minister des Criminaldepartements wurde also bei der Anfertigung der neuen Criminalgesetze gar nicht zugezogen; von seinen in diesem Fach gesammelten Kenntnissen wurde kein Gebrauch gemacht. — Die Folge davon war, dafs auf den bis dahin statt gehabten *Gerichtsgebrauch*, besonders bei Bestimmung der Strafen gegen Verletzer des Eigenthums,

wenig oder gar keine Rücksicht genommen wurde. Man ging zu rein theoretisch zu Werke, und fußte vielleicht zu viel auf den an und für sich richtigen Grundsatz: *dass Härte der Strafen kein zweckdienliches Mittel zur Verhütung der Verbrechen sei*; man dachte hauptsächlich nur auf Milderung der Strafen. — Fast alle Strafen wurden gemildert, besonders aber wurden die Strafen der Verletzer des Eigenthums noch weit milder gemacht, als sie der Gerichtsgebrauch, in Gemäfsheit der deshalb ergangenen Cabinets-Ordren, bestimmt hatte. —

Ich will es dahin gestellt sein lassen: ob Cultur, Sitten und Neigungen der Bewohner der Preussischen Staaten diese noch gröfsere Milde der Strafgesetze rechtfertigen konnten; das getraue ich mir aber ganz geradehin zu behaupten: diese Milderung der Strafen kam zu *schnell* und zur *unrechten* Zeit.

Sie kam zu *schnell*, weil, wenn auch Härte der Strafe an und für sich kein zweckdienliches Mittel ist, Verbrechen zu verhüten, und ich es gern zugestehe: dass Cultur, Sitten und Neigungen eines Volks den Maafsstab zur Bestimmung des richtigen Verhältnisses zwischen Verbrechen und Strafen abgeben müssen, es doch allemal sehr gewagt und bedenklich bleibt, schon bestehende Strafgesetze *mit einemal* zu mildern. Durch nichts leichter, als gerade dadurch kann die unterdrückte Neigung eines Volks, zu irgend einer Art von Verbrechen, aufs neue rege gemacht werden, und das war in Rücksicht der Verbrecher gegen die Sicherheit des Eigenthums in der That unser Fall, besonders da das

Landrecht zugleich den bis dahin allgemein beobachteten Grundsatz, nach welchem ein jeder *dritter Besitzer* gestohlener Sachen sie dem *Eigenthümer* unentgeltlich herausgeben muß, abschaffte, und dadurch das Unterbringen gestohlener Sachen gar sehr erleichtert wurde.⁵⁾

Jene Milderung der Strafen kam aber auch, be-

⁵⁾ Diese eigentlich bloß für das *Civilrecht* gehörige, und im Allgemeinen Landrecht dort auch aufgenommene gesetzliche Disposition, kann zu einem Belag dessen dienen, was ich so eben darüber gesagt habe: daß bei Ausarbeitung eines allgemeinen Gesetzbuchs bloß auf das Ganze Rücksicht genommen, und die einzelnen Theile des Rechts den für das Ganze angenommenen Rechtswahrheiten und Grundsätzen angepaßt werden müssen.

Es ist von dem größten Einfluß auf das Criminalrecht und auf die Theorie von Bestrafung der Diebstähle, daß man im Landrecht die aus dem Begriff vom Eigenthum mit großer Consequenz fließenden Grundsätze des Römischen Rechts, über die Verfolgung desselben, verlies, und dagegen die Maxime des Deutschen Rechts: *Hand muß Hand gewähren*, wieder einführte. Das Unterbringen gestohlener Sachen wird dadurch unglaublich erleichtert. Jeder Käufer beweglicher Sachen ist nun gedeckt, sobald er von einem nicht verdächtigen Menschen das Eigenthum derselben erwirbt. Er braucht sich gar nicht darum zu bekümmern, ob der Verkäufer selbst rechtmäßiger Besitzer der verkauften Sachen ist oder nicht. Sehr viele Gelegenheiten zur Entdeckung eines Diebstahls gehen da-

sonders in Ansehung der Verletzer des Eigenthums, ganz zur *unrechten Zeit*. Sie kam zu einer Zeit, die mehr als irgend eine andere alle Bande der Gesellschaft aufzulösen, und Sicherheit und Eigenthum der größten Gefahr auszusetzen drohte; zu einer Zeit, wo das Land, durch innre Unruhen anderer Staaten, und durch rund umher ausgebrochne Kriege, mehr als jemals den Ueberschwemmungen hülfloser und raubegieriger *Ausländer* ausgesetzt war; zu einer Zeit endlich, wo der *P r e u s s i s c h e* Staat mit einem Theil eines Landes vergrößert wurde, dessen Bewohner für eine solche Milde der Strafgesetze noch gar nicht empfänglich waren.

Niemand wird behaupten wollen, dafs dies ein günstiger Zeitpunkt zur Einführung milderer Strafgesetze gegen Verletzer des Eigenthums war, und mancher wird es, gewifs nicht ohne Grund, tadeln:

durch verlohren, und den Dieben selbst wird ihr Handwerk unendlich erleichtert. —

Wenn es nun ein Grundsatz des Criminalrechts ist: dafs in eben dem Verhältnifs, als die Leichtigkeit das Verbrechen zu begehen *zunimmt*, auch die Strafe *erhöhet* werden müsse, um das Gleichgewicht in der Wageschale des *Begehens* und *Nichtbegehens* der That zu erhalten; so hätten die Strafen gegen Verletzer des Eigenthums, wo nicht geschärft, doch gewifs nicht gemildert werden müssen, und dies wäre ein Vorthail von der *Einheit* der Bearbeitung des Landrechts gewesen, den der Landesherr beabsichtigte, in diesem Fall aber verfehlte.

dafs man, besonders unter jenen Umständen, für *alle* Provinzen der nun schon so sehr ausgebreiteten Preussischen Monarchie, ohne Rücksicht auf die sehr verschiedene Cultur, Sitten und Neigungen ihrer Bewohner, *einerlei* Strafgesetze einführte. Ganz besonders zweckwidrig aber scheint es mir zu sein, dafs man gerade in einem solchen Zeitpuncte zwischen *Einländern* und *Ausländern* gar keinen Unterschied machte, und diese wie jene, nach gleich milden Strafgesetzen, beurtheilt wissen wollte.

Man scheint bei dieser Anordnung die Lage der Preussischen Staaten, und die Strenge der Strafgesetze unserer Nachbarn, besonders gegen Verletzer des Eigenthums, ganz ausser Acht gelassen zu haben.

Der Preussische Staat ist mit einer Menge anderer Staaten umgeben und zum Theil durchschnitten, und in allen diesen angränzenden Staaten werden noch jetzt Verbrecher gegen die Sicherheit des Eigenthums mit der äussersten Strenge, mit einer vielleicht zu grossen Härte bestraft. Wenn nun in dem mitten inne liegenden Preussischen Staat so ausserordentlich milde Strafgesetze eingeführt wurden, und man dabei an keine *Ausnahmen* in Ansehung der Ausländer dachte, sondern allen ohne Unterschied nur die milden Strafen androhte, welche man als den Einländern angemessen, und für sie hinreichend annahm; so heisst dies nichts anders: als dafs man den zu Verbrechen gegen die Sicherheit des Eigenthums geneigten Ausländer anlockte und einlud, sein schändliches Gewerbe nicht mehr in sei-

nem Vaterlande, sondern lieber in den Preussischen Staaten zu treiben.

Und wie geneigt und willig ist er nicht, dieser Einladung zu folgen? — Gefährliche Räuber, Diebe und Betrüger von Profession sind Menschen, welche eigentlich gar kein Vaterland haben. Wo sie am leichtesten und am sichersten mit der wenigsten Gefahr ihr schändliches Gewerbe treiben können, da suchen sie ihre Zuflucht, da finden sie ihr Vaterland. Was Wunder also, daß sie gerade in den Preussischen Staaten vorzüglich ihre Werkstatt aufschlagen? Der Flor und Wohlstand derselben lockt sie schon an und für sich an, ihr Glück darinn zu versuchen, und wenn ihnen nun noch dazu in selbigen mildere Strafen drohen, als sie in irgend einem Theil von ganz Deutschland zu befürchten haben, wie sollten sie nicht ihr schändliches Gewerbe vorzüglich in dem Lande zu treiben wünschen, wo sie es, in Rücksicht der in allen andern Ländern statt habenden Strafen, um weit weniger als um den halben Preis thun können?

Ich halte es also für zweckmäfsig und nothwendig, daß *Ausländer*, welche in hiesigen Landen die Sicherheit des Eigenthums verletzen, *nicht* nach den milden Gesetzen unsers Landes bestraft werden müssen, und fürchte den Vorwurf nicht: daß ich mittelst dieses Behauptens gegen allgemeine Grundsätze verstosse.

Alle Criminalstrafen, und ganz vorzüglich die Strafen gegen die Verletzer der Eigenthumsrechte, müssen für die Nation, der sie angedroht sind, be-

rechnet, ihrem Grade von Cultur, ihren National-sitten, Gebräuchen und überhaupt der ganzen Verfassung angepaßt werden. Nun aber ist es nicht allein möglich, sondern auch durch die Erfahrung bestätigt, daß zwei in ihren Gränzen sich berührende Nationen an Cultur, Gewohnheiten und Verfassung so weit von einander abweichen können, als ob sie nicht *Nachbarn*, sondern *Antipoden* wären. Was soll also der aufgeklärtere Staat, oder der, welcher nur einmal mildere Strafgesetze bei sich eingeführt hat, thun? Soll er sich den Ueberschwemmungen des Abschaums seiner Nachbarn aussetzen, weil in seinem Bezirk mildere Strafen statt haben, und mit Verletzung des Eigenthums weniger Gefahr verbunden ist? oder soll er die härtern Strafen, welche er, nach dem Grade der Cultur seiner Bewohner, für überflüssig erachtete, allgemein wieder einführen, weil sie der benachbarte Staat bei sich noch nöthig hält?

Er hat in der That zwischen diesen beiden Alternativen nur zu wählen, oder er muß den von mir beabsichtigten *Ausweg* ergreifen, und jeden Verletzer des Eigenthums nach den Gesetzen seines Vaterlandes strafen.

Und das kann auch geschehen, ohne dem Ausländer zu gegründeten Beschwerden Anlaß zu geben. Denn entweder kennt der *Ausländer* unsere Gesetze, oder er kennt sie nicht. Im ersten Fall muß er es wissen, daß sie nur für *Einländer* gelten, und die *Ausländer* ausdrücklich ausgenommen sind, und im letzteren Fall kann er nicht füglich auf eine andere

Strafe rechnen, als auf die, welche ihm von seinem Vaterlande her bekannt ist, und ihm geschieht also in keinem Fall zu nahe. ⁶⁾

⁶⁾ Vielleicht wird man hiergegen einwenden, daß die Ausführung dieses Grundsatzes mit mancherlei Schwierigkeiten verbunden sein würde, weil es oft schwer, wo nicht unmöglich ist, das Vaterland eines *Vagabonden* auszumitteln, und man überdem den einzelnen Gerichtshöfen nicht zumuthen kann, die Gesetze aller benachbarten Staaten mit hinlänglicher *Genauigkeit* zu kennen. Die Erheblichkeit dieses Einwandes kann ich nicht bestreiten, aber er hebt dessen ungeachtet die Richtigkeit meines Grundsatzes nicht auf, sondern macht nur eine zweckmäßige Modification nothwendig.

Es ist hier nicht der Ort, weitläufig zu untersuchen, wie diese Modification erfolgen müsse. So viel fällt indessen von selbst in die Augen, daß sie nicht unmöglich ist, man mag nun entweder überhaupt eine höhere Strafe gegen alle ausländische Diebe, Räuber und Betrüger festsetzen, und diese nach einem *mittleren*, von den Strafgesetzen aller benachbarten Länder entnommenen Maafsstabe bestimmen; oder man mag für jede einzelne Provinz des Landes eine besondere Strafe für *Ausländer* anordnen, die mit den Strafen in dem an diese einzelne Provinz zunächst angränzenden Lande im Verhältniß steht.

Beides würde sich vertheidigen lassen, und vielleicht möchten sich auch noch andere Modificationen finden; denn ist der Grundsatz an sich richtig, so wird er auch ausführbar sein, und ausgeführt werden müssen, weil ein

Unter allen bisher auseinandergesetzten Umständen kann es wohl niemand weiter befremdend oder auffallend sein, daß unmittelbar nach der Publication des Allgemeinen Landrechts die Zahl der Verbrecher gegen die Sicherheit des Eigenthums in so sichtbarer Progression zunahm, daß dadurch das *Publicum* und das *Gouvernement* alarmirt werden mußten.

Des jetzt regierenden Königs Majestät, überzeugt davon, daß mangelhafte Strafgesetze, un Zweckmäßige Einrichtung der Gefangenanstalten, und zu langsame Vollstreckung der Strafen, die Hauptquellen des Uebels sein müßten, dachten bald nach dem Antritte Allerhöchstdero glorreichen Regierung auf die Verstopfung derselben sehr ernstlich. Allerhöchstdieselben erließen deshalb verschiedene Cabinets - Ordren, und unter andern auch die an den Groß - Canzler von Goldbeck und an mich gerichtete vom 1sten Febr. 1799, welche ich in der Anlage No. 6. beifüge.

Dies veranlaßte die Publication zweier Gesetze, der *Circularverordnung* vom 26sten Februar 1799, wegen *Bestrafung der Diebstähle und übrigen Verbrechen gegen die Sicherheit des Eigenthums*, und der damit in Verbindung stehenden *Instruction* von eben dem Dato, wegen des bei *Untersuchung und Bestrafung der Dieb-*

einmal bei der Gesetzgebung als richtig anerkannter Grundsatz immer zur Ausführung gebracht werden muß. Wie das am zweckmäßigsten geschehen könne, das muß die Gesetzgebung selbst entscheiden.

stähle und ähnlicher Verbrechen zu beobachtenden Verfahrens.

Es sind besonders *drei* Gegenstände, mit welchen sich diese Verordnungen, insofern der Zweck derselben auf *Verbesserung der Strafgesetze* gerichtet ist, beschäftigen. Sie wollen *das Entdecken* der Verletzer des Eigenthums erleichtern; *das Entfliehen* derselben aus den Gefängnissen verhindern; und die im Allgemeinen Landrechte ihnen angedrohten gelinden *Strafen schärfen*, um solchergestalt Verbrechen dieser Art mehr zu verhüten.

Unstreitig sind diese Gegenstände von grosser Wichtigkeit und von grossem Einflufs, wenn davon die Rede ist, Vorkehrungen wider das Überhandnehmen der Verbrecher gegen die Sicherheit des Eigenthums zu treffen, und wenn ich daher mangelhafte Strafgesetze als die erste Hauptquelle dieses unsere Lande jetzt drückenden Übels angegeben habe, so muß ich vor allen Dingen prüfen: in wiefern etwa jene Gesetze dem Übel schon abgeholfen haben, in wiefern die beabsichtigten heilsamen Zwecke jener Gesetze schon erreicht sind, oder das Erreichen derselben wahrscheinlich zu erwarten steht? Denn beweiset die zeitherige Erfahrung die Wirksamkeit der gewählten Mittel, oder ergiebt sich, bei einer näheren Prüfung derselben, daß sie, an und für sich, zweckmäfsig und zureichend sind, und daß ihre Wirkung zeither nur noch durch zufällige Umstände zurückgehalten worden ist; so bedarf es keiner weiteren Verbesserung der Strafgesetze, und der Grund der Vermehrung der Verbrecher gegen die Sicherheit des Ei-

genthums ist dann nicht weiter in unsern mangelhaften Strafgesetzen zu suchen.

Was nun zunächst die zeitherige Erfahrung betrifft, so redet diese jenen Gesetzen keinesweges das Wort. Die Zahl der Verbrecher gegen die Sicherheit des Eigenthums ist seit der Publication derselben um nichts vermindert worden; sie hat sich fortdauernd vermehrt. Hier in Berlin, wo jene Gesetze mit der mehresten Strenge angewandt und zur Ausführung gebracht werden, schwebten bei den hiesigen *Stadtgerichten* im Jahr 1798 gegen Verletzer des Eigenthums 423 Untersuchungen, im Jahr 1799 stieg die Zahl dieser Untersuchungen bis auf 623, und im Jahr 1800 war sie schon auf 637 angewachsen, ob es gleich bekannt ist, daß jetzt viele minder wichtige Diebstähle, besonders Hausdiebstähle, bei der angeordneten *Immediatcommission* abgemacht werden, und bei den Stadtgerichten gar nicht weiter, wie sonst, zur Sprache und Untersuchung kommen.⁷⁾

⁷⁾ Es ist hier von den sogenannten *Justizjahren* die Rede, welche mit dem 1sten December jeden Jahres anfangen, und mit dem 30sten November schliessen. Die Zahl der bei den hiesigen Stadtgerichten im Jahr 1798 geschwebten Untersuchungen gegen Verletzer des Eigenthums ist aus dem von dem Geheimen Justiz- und Criminalrath Möller gelieferten, im ersten Heft des neuen Archivs der Preussischen Gesetzgebung anzutreffenden, Verzeichniß der seit 1770 bis 1798 bei den hiesigen *Stadtgerichten* geschwebten Untersuchungen entnommen. Die Zahl der

In den *Provinzen* war die Vermehrung der Verbrecher gegen die Sicherheit des Eigenthums in diesen Jahren noch weit sichtbarer. —

Der Erfolg entscheidet also, wenigstens bis jetzt, noch nicht für die Zweckmäßigkeit der in den Verordnungen vom 26sten Febr. 1799 gewählten Maafsregeln, und es kömmt solchemnach auf eine nähere Untersuchung und Beantwortung der Frage an: ob sie an und für sich zweckmässig sind, mithin der gewünschte und beabsichtigte Zweck derselben zeit-her nur noch durch zufällige Umstände behindert worden ist.

Der *erste* obengedachte Zweck jener Verordnungen bestehet darinn:

dafs das *Entdecken* der Verletzer des Eigenthums erleichtert werden soll,

und es ist nicht zu läugnen, dafs die *Instruction* deshalb verschiedene sehr zweckdienliche Vorschriften enthält. Allein fast durchgängig beziehen sich diese nur auf die hier in Berlin angeordnete *Immediat-commission*, und können mithin nur in Berlin, und in einem Umkreise der hiesigen Residenzen von fünf Meilen, zur Ausführung gebracht werden. Sie sind also für das Ganze von keinem Nutzen, und können sich auch darauf nicht erstrecken, wenn

bei eben diesem Gerichtshof in den Jahren 1790 und 1800 geschwebten Untersuchungen gegen Verletzer des Eigenthums ist aber, nach völlig gleichen Grundsätzen, aus den *Criminalproceßtabellen* extrahirt.

nicht überall ähnliche Immediatcommissionen etablirt werden. —

Die einzige hiervon ausgenommene, und wirklich *das Ganze* angehende Verfügung besteht in dem nun allgemein wieder erlaubten und eingeführten *Schlagen* und *Peitschen* der Angeschuldigten, und gerade dieser kann ich nicht beipflichten.

Die Frage: ob es rathsam und nöthig sei, das Schlagen der Angeschuldigten wieder einzuführen? kam schon im Jahr 1796 zur Sprache. Die Thorensche Regierung trug nemlich darauf an: daß in speciellen Fällen eine körperliche Züchtigung der hartnäckig leugnenden Inquisiten, zur Herausbringung der Wahrheit, nachgelassen werden möchte, und gab dadurch Gelegenheit, daß hierüber das Gutachten des Cammergerichts erfordert wurde.

Man befahl zugleich dem Cammergericht, bei Erstattung dieses Gutachtens, besonders mit in Erwägung zu ziehen: daß die Rohheit des gemeinen Mannes in *S ü d p r e u ß e n* denselben für andere Überführungsmittel, die bei cultivirten Menschen gebraucht werden könnten, unzugänglich mache, und daß der Unterschied der Sprache selbst einem geschickten und geübten Inquirenten die Anwendung der gewöhnlichen Mittel, wodurch sonst auch ein verstockter und hartnäckiger Inquisit, ohne wirklichen Zwang, zum Geständnis der Wahrheit gebracht werden könne, ausnehmend erschwere. —

Das Cammergericht ließ sich indessen durch das alles nicht wankend machen. Es war in seinem sehr gründlich und vollständig abgefaßten Gutachten vom

8ten August 1796 ganz gegen den Antrag der Thoren-
 schen Regierung, und drückte sich unter andern
 in nachstehender Art aus: „jede Schärfe ohne Unter-
 schied des Namens, wodurch dem Angeschuldigten
 körperliche Pein zugefügt wird, um ihn zum Be-
 kenntniß eines Verbrechens zu vermögen, dessen
 man ihn verdächtig hält, ist im Grunde nichts an-
 ders als *Tortur*. Das *Schlagen der Gefangenen* ge-
 hört mit eben dem Rechte dahin, als die regelmäs-
 sigen und systematischen körperlichen Peinigungs-
 mittel, welche vormalis Unwissenheit, Aberglaube
 und Despotismus zu diesem Zweck erdacht hät-
 ten.“ —

Das Cammergericht richtete seinen Antrag dahin:
 „dafs in der künftigen allgemeinen Criminal-
 processordnung nicht nur die *Tortur* ohne
 alle Ausnahme, sondern auch überhaupt
 der Gebrauch aller und jeder Zwangsmittel,
 um dadurch einen Verdächtigen zum Be-
 kenntniß des Verbrechens oder zur Angabe
 der Mitschuldigen zu bringen, zu untersa-
 gen, auch von dieser Regel, weder bis zur
 Erscheinung der allgemeinen Criminalpro-
 cessordnung, noch nach derselben, eine Aus-
 nahme in den Südpreußischen Provin-
 zen zu machen sei.“

So unterblieb damals noch das Wiedereinführen
 des Schlagens der Angeschuldigten, welches nun,
 durch die Instruction vom 26ten Februar 1799, ohne
 weitere Rücksicht auf die vom Cammergericht aufge-
 stellten, bei der ältern Gesetzgebung so sorgfältig

beobachteten Grundsätze, allgemein wieder erlaubt ist. —

Denn wenn es gleich in dem §. II. der Instruction vom 26. Februar 1799 ausdrücklich heißt:

um den Verhafteten zum Geständnis zu bewegen, dürfen keine gewaltsame Mittel angewandt werden;

so wird doch dieser gewiß sehr richtige Grundsatz unmittelbar nachher, durch die anderweitigen Vorschriften der Instruction, wieder aufgehoben. Es wird nemlich darinn allen und jeden Inquirenten überlassen: die Angeschuldigten, welche sich entweder hartnäckig weigern, die Fragen des Inquirenten *bestimmt* zu beantworten, oder welche der Inquirent auf offenbaren Lügen und Widersprüchen ertappt, ⁸⁾ oder welche der Inquirent für überwiesen *erachtet*, und die gleichwohl die Anzeige verweigern, *wo* sich die gestohlenen Sachen befinden, und was sie *damit* gemacht haben, nach Gefallen und Gutfinden zu schlagen, zu peitschen und zu züchtigen. —

⁸⁾ Die Instruction vom 26ten Februar 1799 verordnet dies zwar nicht geradezu, indessen liegt es schon in der Erlaubnis, bei *unbestimmten* Antworten schlagen zu lassen. Auch wird überall nach dieser Maxime verfahren, und die Instruction, welche der bei Gelegenheit der vielen Brandstiftungen in Südpreußen im vorigen Jahr niedergesetzten Untersuchungscommission unter dem 14ten Juni 1800 ertheilt wurde, genehmigt und verordnet es im §. 12 ganz ausdrücklich.

Ein jeder muß es von selbst bemerken, und wer practische Erfahrungen über das gewöhnliche Benehmen der Inquirenten zu sammeln Gelegenheit gehabt hat, der kann vollends nicht daran zweifeln: daß die Inquirenten durch diese Vorschrift wieder ganz freien Spielraum erhalten haben. —

Denn in dem ersten Fall jener dreifachen Erlaubniß zum Schlagen der Gefangenen hängt es ja lediglich von der *Willkühr* des Inquirenten ab: ob er eine Antwort des Angeschuldigten als *bestimmt* oder als *unbestimmt* ansehen und aufnehmen will, und das Schlagen des Angeschuldigten ist also in diesem Fall, in welchem noch nicht einmal von einem ganz oder zum Theil *Überführten*, sondern nur von einem Angeschuldigten, *nach dem Urtheil des Inquirenten bloß Verdächtigen*, die Rede ist, ganz der Beurtheilung und Willkühr des Inquirenten überlassen. —

Und eben dies hat im zweiten Fall statt. Es ist auch hierbei ganz der Beurtheilung des Inquirenten überlassen: ob der Angeschuldigte sich einer offenbaren *Lüge* und eines *Widerspruchs* schuldig gemacht habe oder nicht. Ist nun der Inquirent einmal, wie es leider! nur gar zu oft zu geschehen pflegt, gegen den Angeschuldigten eingenommen, so wird es ihm selten an Gelegenheit fehlen, Lügen und Widersprüche wahrzunehmen. — Wo eine spätere Aussage des Angeschuldigten den *früher*, zuweilen nur aussergerichtlichen, Vernehmungen widerspricht, da wird er nicht Mißverständnisse, nicht erzwungene Bekenntnisse ahnden. Er

kann und wird vielmehr jeden Wiederruf und jede spätere von der frühern Aussage des Angeschuldigten abweichende Aussage für *Lügen* halten, insofern sie nicht mit seiner vorgefaßten Meinung zu vereinigen ist, und er wird sich also zum Züchtigen des Angeschuldigten für berechtigt halten. —

Immerhin mag man dies Schlagen der Angeschuldigten, mit der Instruction vom 26sten Februar 1799, für eine Strafe des Ungehorsams ausgeben. Vorwand und Name ändern die Sache nicht; sie bleibt immer eine und eben dieselbe.

Aber auch selbst dieser Vorwand fällt im dritten Fall gänzlich hinweg. Der nicht geständige, aber *nach dem Urtheil* des oft sehr ungeübten, jungen und leidenschaftlichen Inquirenten überwiesene Angeschuldigte, soll mit strengem Gefängniß, mit Peitschen- und Ruthenhieben gepeinigt werden, wenn er nicht angeben will, wo sich die gestohlenen Sachen befinden, und was er mit diesen Sachen gemacht habe. —

Das Angeben, *wo sich die gestohlenen Sachen befinden*, und was er *damit* gemacht hat, setzt ja das *Stehlen* derselben nothwendig voraus; und indem also gewaltsame Mittel angewandt werden, ihn zu dieser Angabe zu bewegen, peinigt man ihn, um ein von derselben unzertrennliches Geständniß des angeschuldigten Verbrechens zu erpressen. —

Die Instruction vom 26sten Februar 1799 stellt also dadurch, daß sie das *Schlagen* der Angeschuldigten den nur gar zu oft sehr leidenschaftlich handelnden Inquirenten überläßt, *nach dem Behaupten*

des Cammergerichts und nach den mit der ältern Gesetzgebung völlig übereinstimmenden Grundsätzen desselben, die Tortur fürchterlicher wieder her, als sie es vormals war. — 9)

Denn selbst in jenen rohen Zeiten, und da, wo man sich jetzt noch der Tortur bedient, gieng und gehet man so weit nicht. Die Tortur fand und findet nur gegen wenigstens halb überführte Angeschuldigte statt, und zugleich ist und war man immer zu behutsam, als das man die Beurtheilung: ob ein Angeschuldigter für halb überführt zu achten sei, je einzelnen Inquirenten, oder auch nur den

9) Wie vollkommen die Grundsätze des Cammergerichts mit den in der ältern Gesetzgebung angenommenen übereinstimmen, gehet unter andern auch aus der an die Breslauische Ober-Amts-Regierung ergangenen Verordnung vom 4ten October 1766 hervor, worinn es heisst: „auch wollen Wir Euch bei Gelegenheit des wider den „Inquisiten N. N. von Euch veranlaßten sogenannten „*examinis rigori* nicht verhalten, das dergleichen ohne „vorgängiges rechtliches Gutachten eines Criminalcollegii „und von Uns eingeholte Approbation niemals verordnet „werden muß, wie Ihr solches auch schon *ex dispositione* „*Cod. Fried. P. IV. Tit. V. §. 8. Litt g.* hättet entnehmen können; denn durch Veränderung des Namens leidet die Sache keine Aenderung, und das Schlagen der „Gefangenen hat vor den gemeinen Arten der Tortur noch „die Bedenklichkeit voraus, das die an den Inquisiten verübte Gewalt ganz unbestimmt ist.“

Gerichtshöfen, welche die Untersuchung führen, überlassen hätte. *Urthel und Recht* mußten und müssen es entscheiden: ob der Angeschuldigte des Verbrechens wenigstens für halb überführt zu achten, und derselbe als ein ganz oder zum Theil Überführter auf die Folter zu bringen sei. *Urthel und Recht* mußten und müssen zugleich den *Grad* der Tortur festsetzen.

Hier aber ist die Entscheidung: ob und in wiefern der Angeschuldigte für überführt zu achten sei, dem einzelnen Inquirenten überlassen; hier bestimmt ein oft sehr leidenschaftlich handelnder, junger und unerfahrener Inquirent den Grad der Züchtigung, und bestimmt ihn gerade in dem Augenblick, da er über das Benehmen des Angeschuldigten unzufrieden und aufgebracht, und nur selten fähig ist, die Lage der Sache richtig und kaltblütig zu überlegen. — Ist das nicht mehr als Tortur? — Die Wahrheit zwingt mich, es zu bekennen, und es mit dem in der 9ten Note angeführten Rescript und mit dem Gutachten des Cammergerichts dafür zu erklären.

Bei dem leider! nur gar zu bekannten Hang der meisten Inquirenten zum Schlagen und Peinigen der Angeschuldigten hätte man in der That nicht nöthig gehabt, das Schlagen der Angeschuldigten ausdrücklich wieder zu erlauben. Ein bloßer Wink, ein bloßer Fingerzeig würde vollkommen zureichend gewesen sein, sie wieder in das alte Geleise zurück zu bringen, aus welchem man sie so mühsam herausgehoben hatte, wenn sie ja

schon durchgängig daraus gehoben gewesen sein sollten.

Denn mit Abschaffung der Tortur wurde bei uns zwar auch das *Schlagen* der Gefangenen abgeschafft und aufs strengste verboten. Nichts war indessen schwerer, als die oft sehr leidenschaftlichen Inquirenten an diese Vorschrift zu gewöhnen und sie zur Beobachtung derselben anzuhalten. Sie wurde in beinahe unzähligen Fällen, bald unter diesem, bald unter jenem Vorwande, überschritten. Nur die äusserste Strenge, und öftere, zum Theil harte Bestrafungen der inquirenden Richter konnten sie nach und nach zur pflichtmässigen Befolgung derselben vermögen. —

Im Grunde ist dieser Hang der Inquirenten zum Schlagen der Angeschuldigten auch so natürlich, dass man sich in der That nicht wundern kann, wenn diesem Missbrauch kaum mit der grössten Strenge gesteuert werden konnte.

Der Inquirent nimmt an dem allgemeinen Interesse des Publici Theil, den unbekannten Urheber eines Verbrechens kennen zu lernen. Ihn fordert überdies seine Pflicht dazu auf, ihn zu entdecken, und die Furcht, dass die fehlgeschlagene Entdeckung und Überführung des Thäters seinem minder geschickten Benehmen bei der Untersuchung beigemessen werden könnte, setzt vollends sein Ehrgefühl und seine Eitelkeit in Bewegung. — In welchen Eifer muss ihn dies alles nicht gegen den Angeschuldigten bringen, gegen den er Argwohn hat und rechtliche Anzeigen zu haben glaubt,

die ihm um so dringender scheinen, je weniger der gewöhnliche Inquirent dabei kaltes Blut behält? Und wenn nun noch dazu der ungebildete Angeschuldigte die Fragen des Inquirenten aus Dummheit, Mißverständniß, Furcht oder selbst aus einer bei ungebildeten Menschen oft mehr des Mitleids als des Zorns würdigen Verstocktheit, nicht so frei und so bestimmt beantwortet, als es der leidenschaftliche Inquirent gerne haben möchte; wenn eine Antwort auf eine Frage, womit der Inquirent nun gewiß den Angeschuldigten zu fangen glaubte, ersteren in neue Verlegenheit setzt; wenn Vorurtheil und Leidenschaft ihm den Angeschuldigten als einen Menschen darstellen, der bloß aus bösem Willen nicht gehörig antworten will: so ist nichts natürlicher, als daß der Inquirent sich gegen einen solchen Menschen, von dem er noch dazu glaubt, daß er ihn verhöhnen, aufziehen und seine Arbeiten erschweren wolle, sehr gern und leidenschaftlich die strengsten Zwangsmittel erlaubt. —

Es ist also gar nicht zu verwundern, daß vormals auch die strengsten Maafsregeln alles Schlagen der Angeschuldigten nicht unterdrücken konnten, — und jetzt — nachdem das Gesetz selbst das Schlagen der Angeschuldigten ausdrücklich billigt und zuläßt — wie kann man sich wohl wundern, wenn beinahe ein jeder Inquirent von der ertheilten Erlaubniß, gewiß sehr oft ganz gegen die Absicht des Gesetzes, in vollem Maafs Gebrauch macht? Selbst junge und unerfahrene Referendarien sind davon nicht ausgenommen. Das Gesetz selbst macht

in Ansehung ihrer keine Ausnahme, sondern ertheilt jene Erlaubniß *jedem Inquirenten*, mithin auch ihnen, insofern sie, wie es sehr häufig geschieht, zur Führung der Criminaluntersuchungen gebraucht werden; daher sie sich dann auch (wie ich, wenn die Sache nicht ganz allgemein bekannt und notorisch wäre, durch mehrere Beispiele beweisen könnte.) eben so gut als ein anderer Inquirent das Recht anmaafsen, die Gefangenen schlagen und peitschen zu lassen. —

Die gefährlichen und nachtheiligen Folgen dieses *gerichtlichen* Schlagens der Angeschuldigten finden indessen hier noch lange nicht ihre Gränzen. — Was der Justiz selbst erlaubt ist, davon glauben andere Behörden noch weit unbedenklicher Gebrauch machen zu können, und *aussergerichtliche*, auf die Criminaluntersuchungen gleichwohl demnächst so grofsen und wesentlichen Einfluß habende Mißhandlungen der Angeschuldigten sind jetzt beinahe allgemein geworden. —

Vormals waren dergleichen Mißhandlungen der Angeschuldigten bei ihrer Arretirung von Seiten des *Militairs* und der *Policei* beinahe unerhört. Sie fielen wenigstens höchst selten vor, und sie wurden gerügt. — Jetzt aber, nachdem man sich *selbst bei der Justiz* das Schlagen der Angeschuldigten erlaubt, sind sie ganz allgemein geworden, und können kaum weiter gerügt werden, ob sie gleich bei Verwaltung der Criminaljustiz von den schrecklichsten Folgen sind, wie einige bald anzuführende Beispiele sehr auffallend bestätigen werden. —

Das sind also die nachtheiligen und gefährlichen Folgen des *Schlagens* der Angeschuldigten! — und welchen Nutzen, der diese nachtheiligen und gefährlichen Folgen aufwäge, kann man sich davon wohl versprechen? — Gar keinen! selbst dann nicht, wenn es möglich wäre, alle jene Mißbräuche zu entfernen, und wenn ausserdem bei dem Schlagen der Angeschuldigten ähnliche Vorichtsmaafsregeln eingeführt und beobachtet würden, als sonst bei den Torturen zu geschehen pflegte.

Ich kann mich hierüber nicht besser ausdrücken, als mit den Worten des um die Criminaljustiz in den *Preussischen* Staaten so vorzüglich verdienten Cammergerichtspräsidenten von Kirch-eisen. Er sagt in einer Anmerkung zu dem schon oben gedachten Gutachten des Cammergerichts: „man
 „braucht wahrlich nicht mehr, um sich gegen die
 „Anwendung der gewaltsamen Mittel, zur Erpres-
 „sung der Erklärung eines Angeschuldigten, aufzu-
 „lehnen, die man ein *Bekenntnifs* nennt, weil sie
 „mit der Vermuthung des Denuncianten oder des
 „Richters übereinkömmt, die aber unmöglich un-
 „ter diesen Umständen für eine *Wahrheit* gehalten
 „werden kann, wenn sie nicht durch *Indicia* un-
 „terstützt wird, die alsdann vielleicht allein zu ei-
 „ner, wiewohl gelindern Strafe zureichen dürften.
 „Der ganze Gewinn besteht also *in etwas mehr* oder
 „weniger harter Strafe. Ist dies nun wohl der Mühe
 „werth, es zu wagen, einen unschuldigen Menschen
 „foltern zu lassen? Die Liebhaber der Tortur wen-
 „den zwar ein, daß schon dringende Anzeigen

„vorhanden sein müssen, um zur Tortur schreiten
 „zu können, und dafs also ein ganz Unschuldiger
 „dieser Gefahr nicht ausgesetzt sei. Das macht
 „mich aber nicht irre. Welche Anzeigen sind drin-
 „gende? wie trüglich sind sie nicht? wie sehr liegt
 „nicht ihr Gewicht öfters mehr in der Stimmung,
 „in den Fähigkeiten, in dem argwöhnischen oder
 „unbefangenen Charakter des Richters, als in der
 „Sache selbst? Dies Spiel kann ein Angeklagter
 „nicht spielen“ — ich setze hinzu — am allerwe-
 nisten dann spielen, wenn es nicht der Beurthei-
 lung des *Richters*, sondern der Beurtheilung des in
 der Regel nicht unbefangenen, sondern aufgebrach-
 ten und leidenschaftlich handelnden, oft sehr uner-
 fahrnen und ungeübten *Inquirenten* überlassen ist;
 ob dringende Anzeigen vorhanden sind oder nicht;
 ob der Gefangene bestimmt oder unbestimmt geant-
 wortet; ob er gelogen oder die Wahrheit gesagt hat;
 und ob er, seines Leugnens ungeachtet, so weit über-
 wiesen ist, dafs man ihm durch Schläge die An-
 zeige abfordern könne, was er mit den gestohlenen
 Sachen gemacht habe, um mittelst dieser Anzeige
 das Bekenntniß des Verbrechens indirect zu er-
 halten. — —

Es sei mir erlaubt, alle diese Grundsätze mit
 einzelnen wirklich schon eingetretenen Erfahrun-
 gen zu belegen und zu bestätigen. Denn wenn
 sie gleich, vermöge ihrer einleuchtenden Wahrheit,
 eines solchen Erfahrungsbeweises nicht bedürfen;
 so werden sie doch dadurch sinnlicher dargestellt,
 und ich entgehe dem Verdacht, als ob ich, aus

bloßer Vorliebe zu theoretischen Grundsätzen, zu finster sähe, und zu unglückliche Folgen ahndete.

Der Raum und der Zweck dieser Schrift verstaten mir nicht, eine Menge von Beispielen aufzustellen, an welchen es mir nicht fehlt. Ich will daher vorzüglich nur Einen sehr merkwürdigen Fall mit desto größerer Vollständigkeit auseinandersetzen, der alle meine Grundsätze und Bemerkungen so vollständig bestätigt, daß ich selbst ihn nicht auffallender hätte *erdichten* können.

Es war in dem letzten Jahre des verflossenen Jahrhunderts, als dem Ruhm der Preussischen Criminaljustiz die größte Gefahr drohte, an der Klippe des wieder eingeführten Schlagens der Angeeschuldigten zu scheitern, und er unfehlbar daran gescheitert wäre, wenn nicht der Genius der Menschheit und der Genius der Preussischen Staaten, die nun schon seit länger denn einem halben Jahrhundert immer vereint zu gehen pflegen, noch in dem letzten Augenblick, wo die Rettung möglich war, eine unerwartete und fast einem Wunder ähnliche Hülfe herbeigeführt hätten. —

Im Frühling des Jahrs 1800 entstand in Südpreußen eine Menge von Feuërsbrünsten. Viele Flecken und Dörfer wurden in die Asche gelegt. Auch die Städte Sieradz und Wartha wurden ein Raub der Flammen. —

Nach allen zusammentreffenden Umständen war es kaum zu bezweifeln, daß boshafte Brandstifter die Urheber dieses Unglücks wären, und man suchte ihnen also auf die Spur zu kommen, sie zu ent-

decken, und diesem Unglück ein Ende zu machen. Militair, Policei und Einsassen beschäftigten sich mit dem Aufgreifen der sich häufig herumtreibenden *Vagabonden*, und so wurden, bei Gelegenheit des zweiten Sieradzschens Brandes, ein ehemaliger Oberfeuerwerker und Maurergeselle, Namens Joseph, bei dem Warthaschen Brande aber vier Juden und zwei Christen arretirt.

Von Seiten des *Militairs*, der *Policei* und der *Einsassen*, hielt man sich völlig überzeugt, daß alle diese Leute zur *Brandstiftungsbande* gehörten. Man forderte also von ihnen ein Geständniß, und erpresste solches auch wirklich von *sechs* der Verhafteten durch Schläge und Mißhandlungen, welche erst in der Folge zum Theil actenmäßig bekannt geworden sind; durch *Suggestivfragen* (das heißt solche Fragen, welche zugleich die Antwort enthalten, die man haben will) und durch unzeitige *Confrontationen* oder Zusammenstellungen der Angeeschuldigten.¹⁰⁾

Nur der Joseph allein blieb, aller Mißhandlungen ungeachtet, standhaft beim Leugnen der That, und beim Behaupten seiner Unschuld, ob man ihn gleich als den Anführer der Bande ansah, und die sechs übrigen Verhafteten diesen Verdacht

¹⁰⁾ *Vol. II. der Biermannschen Untersuchungsacten fol. 82 seqq. fol. 120. seqq.*

auch, auf die an sie deshalb gethane Suggestivfragen, einstimmig bestätigten.¹¹⁾

In dieser Lage der Sache wurden die Verhafteten den Händen der Justiz überliefert. Einer davon, der Jude Abraham Vogel, verstarb gleich den Tag nachher an den Folgen der erlittenen Mißhandlungen;¹²⁾ die übrigen aber wurden von den bei der Justiz ernannten Inquirenten, vermöge der vorhandenen Geständnisse, als überführte Brandstifter angesehen und behandelt.¹³⁾ —

Man bekümmerte sich nicht weiter darum, was für Bewandniss es eigentlich mit jenen Geständnissen hätte, sondern setzte auf den Grund derselben die Untersuchung fort, und behandelte selbst den Joseph, von welchem noch gar kein Geständniss erfolgt war, als einen überführten Verbrecher.

Man stellte ihm vor: dafs er nach seinen bisherigen *wahrheitswidrigen* Aussagen vor dem Kriegsrath Vellhagen und dem Justizamtmann Tei-

¹¹⁾ Untersuchungsacten des K. R. Vellhagen fol. 3. seqq. Biermannsche Untersuchungsacten Vol. I. fol. 52. 100.

¹²⁾ Acta des Justizministerii fol. 131. Biermannsche Untersuchungsacten Vol. II. fol. 120. 129. seqq.

¹³⁾ Conf. die in den Noten 14. 15. 16. 17. 18. und 19. angeführten Stellen aus den Acten.

chert des ihm angeschuldigten Verbrechens so gut als schuldig sei.¹⁴⁾

Man forderte *bestimmte* Antworten von ihm, denn seine Antworten konnten, nach Lage der Sache, und bei der immer fortdauernden Furcht vor Schlägen, oft nicht anders als unbestimmt ausfallen; und man begleitete diese Aufforderung mit der Drohung: daß er sonst *nach Vorschrift der Gesetze* mit Kantschuhhieben zur Ertheilung einer *bestimmten* Antwort *genöthigt* werden würde.¹⁵⁾ —

Die übrigen Angeschuldigten hatten ein gleiches Schicksal. Sie versuchten es zwar noch einmal *bei der Justiz*, sich ebenfalls mit ihrer Unschuld zu schützen, und wiederriefen hier und da ihre erprelsten Geständnisse; indessen hielten und erklärten die Inquirenten ihren Wiederruf, bei den schon vorhandenen Geständnissen, für *Lügen*,¹⁶⁾ und waren davon so fest überzeugt, daß auf die von einigen der Angeschuldigten zum Beweise des *Alibi* (oder des Aufenthalts an einem andern Ort zur Zeit des Brandes) vorgeschlagenen Defensionalzeugen gar nicht geachtet wurde. —

Der Biermann ward unter andern bedeutet,

¹⁴⁾ *Josephsche* Untersuchungsacten fol. 2. und *Biermannsche* Untersuchungsacten Vol. I. fol. 94 seqq.

¹⁵⁾ *Biermannsche* Untersuchungsacten Vol. I. fol. 74.

¹⁶⁾ *Biermannsche* Untersuchungsacten Vol. I. fol. 12. 48. seqq. 114. 126. 132. Vol. II. fol. 2. 124. seqq.

als er sein Geständniß wiederrief und den Beweis des behaupteten Alibi führen wollte: daß dieser Wiederruf ein bloßer Winkelzug sei, und eine große Hartnäckigkeit und Tücke verrathe.

Man forderte ihn wiederholentlich auf: die Wahrheit zu sagen und bestimmt zu erklären, ob er nicht an einem gewissen Tage, (der ihm genannt wurde,) in Sieradz gewesen sei.

Ihm ward eröffnet: die bereits abgehörten vier Coinquisiten hätten seine Theilnahme durch ihre Aussagen einstimmig bestätigt, und es sei gar kein Grund vorhanden, ihnen nicht Glauben beizumessen, weil sie sich selbst eben dadurch der Brandstiftung schuldig gegeben hätten.

Er ward ermahnt: bereits actenmäßig ausgemittelte Umstände nicht weiter frevelhaft zu leugnen; — und auf alle diese Remonstrationen, über welche nach der ausdrücklichen Registratur der Inquirenten die Zeit des Termins verflossen war, gestand er endlich von neuem ganz generell zu: an den angeschuldigten Brandstiftungen zu Sieradz und Wartha Antheil genommen zu haben.¹⁷⁾

Die übrigen Inquisiten, welches wirklich sehr merkwürdig ist, hatten dagegen selbst bei der Justiz nicht den Muth, einen gänzlichen Wiederruf zu wagen. Sie versuchten aber doch, ob und wie weit ihnen dergleichen Wiederruf gestattet werden

¹⁷⁾ Biermannsche Untersuchungsacten Vol. I. fol. seqq.

möchte, indem sie oft *einzelne* Theile ihres Geständnisses als *unwahr* und durch *Prügel* erzwungen angaben.

So widerrief Baruch Leyserowicz seinen Antheil an dem Sieradzischen Brande; Löbel Salomon seine Theilnahme an dem ersten Feuer in Sieradz; und selbst der lebenssatte Horo leugnete noch einmal, an dem Sieradzer Brande vom 27sten April Theil gehabt zu haben, ob er gleich das Geständniß seiner Theilnahme an dem Brande vom 28sten April nicht widerrief.¹⁸⁾

Wahrscheinlich würden die Inquisiten, wenn man sich nicht schon von ihrer Schuld zu sehr überzeugt gehabt, und einen jeden Wiederruf, durch Remonstrationen und unzeitige Confrontationen, gleich wieder unterdrückt hätte, nach und nach weiter gegangen sein, sobald sie sich nur vor *Schlägen* gesichert geglaubt hätten. —

Aber die feste Überzeugung der Inquirenten von der Schuld der Inquisiten liefs es dahin nicht kommen. Man bedrohte vielmehr die Angeschuldigten aufs nachdrücklichste mit den Strafen der Lügen und Widersprüche, und brachte solche auch zur Vollstreckung. Vermeintliche *Lügen* und *Widersprüche*, an welchen es, wie ich in der Folge bemerken werde, unter den obwaltenden Umstän-

¹⁸⁾ Biermannsche Untersuchungsacten Vol I. fol. 12. 114. 126.

den schlechterdings nicht fehlen konnte, wurden mit Kantschuhhieben und Prügeln bestraft. —

So konnte es nicht fehlen, daß die Inquisiten, sobald ihnen nur von *Lügen* etwas vorgesprochen wurde, gleich wieder zu ihren Bekenntnissen zurückkehrten, und eben dadurch dem Beweise des *Alibi*, worauf sie sich wiederholentlich beriefen und worauf sie wiederholentlich zurückkamen, stillschweigend zu entsagen schienen.¹⁹⁾

Nur zwei der Angeschuldigten, der Maurergeselle Biermann und der verabschiedete Mousquetier Horo, blieben *bei der Justiz* mit Prügeln verschont. Ersterer, weil er, wie ich in der Folge näher nachweisen werde, Prügel mehr als den Tod fürchtete, und es, nachdem er die Hoffnung sich zu retten verloren hatte, recht geflissentlich darauf anlegte, sich und die übrigen Inquisiten des angeschuldigten Verbrechens anzuklagen;²⁰⁾ der zweite aber, weil er ein sehr kränklicher, abgelebter und einfältiger, seines Lebens überdrüssiger Mensch war, den man zufälligerweise unter minder speciellen Umständen angeschuldigt, und der also zu sonst unvermeidlichen Widersprüchen, Lügen und Unbestimmtheiten weniger Veranlassung hatte.²¹⁾

¹⁹⁾ *Vol. I. der Biermannschen Untersuchungsacten fol. 48. 56. 120. 130. 132. 138.*

²⁰⁾ *Biermannsche Untersuchungsacten Vol. I. fol. 103. u. Josephsche Untersuchungsacten fol. 42.*

²¹⁾ Horo war so schwach, daß er oft in seinem Ge-

Alle übrige Inquisiten entgiengen dagegen auch bei der Justiz dergleichen Bestrafungen nicht, wie solches, jedoch erst in der Folge, bei der Gelegenheit zu den Acten registrirt wurde, als die Inquisiten, nachdem ihre Unschuld aufgeklärt war, über die Ursachen ihrer vorherigen Geständnisse befragt wurden, und sie sich mit der Furcht vor Prügeln sehr auffallend entschuldigten.

Der Joseph erhielt unter andern während der Untersuchung bei der Justiz, wegen angeblicher Verwickelungen und Widersprüche, nach der officiellen Anzeige eines Mitgliedes der Regierung zu Kalisch, etliche hundert tüchtige Kantschuhkiebe, an deren Folgen er noch Ende Decembers desselben Jahres litt.²²⁾ obgleich in den Untersuchungsacten nur einer einzigen nachdrücklichen Züchtigung gedacht wird, welche der Joseph während der Untersuchung erhalten habe.²³⁾

fängniss vernommen werden mußte, Vol. I. fol. 122. 126. und auch bei der Vernehmung der Defensionalzeugen nicht transportirt werden konnte. Vol. II. fol. 117. Er sagt fol. 116. *ibid.* von sich selbst, „nachdem er einmal durch „Schläge zum Geständniss gezwungen worden, sei er um „so mehr bei einer Rede geblieben, als er seines Lebens „satt und überdrüssig sei, und viel Elend ausgestanden „habe.“

²²⁾ fol. 132 der Acten des Justizministerii.

²³⁾ Es gehört ganz unstreitig zu den größten und gefährlichsten Mißbräuchen, welche jetzt bei Verwaltung der

Furcht vor Prügeln, und die, unter Anschuldigung der Lügen, Widersprüche und Unbestimmtheiten

Criminaljustiz statt haben: daß die Inquirenten, welche sich das *Bedrohen* und *Schlagen* der Angeschuldigten erlauben, in den Acten fast nie bemerken, daß, in welcher Art und unter welchen Umständen solches geschehen sei, und daß, wenn ja davon in den Acten Erwähnung geschieht, dennoch dergleichen Registraturen immer so unbestimmt und unvollständig gefaßt sind, daß man darnach die Sache schlechterdings nicht beurtheilen kann.

Auch hiervon geben die Sieradzischen Brandstiftungsacten einen neuen Beweis. Es finden sich in denselben nur zwei Registraturen, daß ein Inquisit gezüchtigt worden sei, und doch hat man, bei dieser Untersuchung, von der dazu ertheilten Erlaubniß so wiederholten Gebrauch gemacht.

Welches Maafs bei den angemarkten zwei Züchtigungen beobachtet worden sei, ist aus den Acten nicht ersichtlich, und noch weniger kann man ansehen, worinn eigentlich die in den Acten so häufig erwähnten *nachdrücklichen* und *ernsthaften* Vorstellungen und Remonstrationen bestanden haben.

In dem weiter unten zu erwähnenden Riffelmannschen Fall, und in andern mir vorgekommenen Fällen, deutete dies immer auf *Prügel* und *harte Drohungen*. —

Ich habe nicht unterlassen, diesen gefährlichen Mißbrauch in jedem einzelnen mir vorgekommenen Fall aufs nachdrücklichste zu rügen, und die Inquirenten anzuweisen: jede Züchtigung, das Maafs und die Ursache dersel-

heiten wirklich ausgetheilten Prügel, erpressten so, auch bei der Justiz, ein Geständniß der That, von allen der Sieradz- und Warthaschen Brandstiftung Angeschuldigten, den Joseph allein ausgenommen, welcher sich durch nichts bewegen liefs, vom Behaupten seiner Unschuld abzugehn. Alle übrige wiederholten dagegen bei der förmlichen Criminaluntersuchung, in der Hauptsache, ihr gleich anfänglich erpresstes Geständniß, und es gelang den Inquirenten am Ende auch, die bei den einzelnen Vernehmungen der Inquisiten, und beim Zusammenstellen einiger derselben so häufig vorgekommenen Widersprüche durch Confrontation und Gegeneinanderstellung aller Inquisiten zu heben, und so in der Hauptsache ein übereinstimmendes Geständniß aller fünf Inquisiten zu bewirken.²⁴⁾

Eine schleunige Bestrafung der Schuldigen war

ben, in den Acten umständlich zu registriren, und darinn anzumerken, wann, unter welchen Umständen, und auf was Art der Angeschuldigte mit Schlägen und Züchtigungen bedroht worden; indessen würde es doch, wenn man das gefährliche Schlagen und Züchtigen der Angeschuldigten nicht ganz abschaffen, und die ehemalige Verfassung wiederherstellen will, höchst nöthig sein, alle Inquirenten hierzu durch eine Generalverfügung nachdrücklich und ernstlich anzuweisen. Sonst fehlt es gänzlich an irgend einer Controlle, und die Angeschuldigten sind der Willkühr und den Leidenschaften der Inquirenten noch mehr überlassen.

²⁴⁾ Vol. I. fol. 100 seqq.

in diesem Fall nothwendig. Die in Südprensen überhand genommenen Brandstiftungen erforderten sie schlechterdings, und es war daher in dem §. 2. der Instruction, welche der zur Untersuchung der Südprensischen Brandstiftungen niedergesetzten Commission unter dem 14ten Juni 1800 ertheilt wurde, verordnet: „dafs, sobald einer der Angeschuldigten einer solchen Theilnahme an der verübten Brandstiftung geständig oder überführt würde, wodurch nach Vorschrift des allgemeinen Landrechts Todesstrafe verwirkt sei, die Untersuchung sogleich abgeschlossen, der Defensionspunct berichtigt, und erkannt werden sollte. Dies geschah also auch in Ansehung der vorgedachten, der Brandstiftung zu Sieradz und Wartha geständigen fünf Inquisiten, welche die Commission verurtheilte: auf einer Kuhhaut zum Richtplatz geschleift, enthauptet und verbrannt zu werden. —

Das in dieser Art abgefaßte Straferkenntniß wurde mit den in Ansehung der fünf Verurtheilten verhandelten Acten ohne Beifügung der noch nicht geschlossenen Josephschen Untersuchungsacten, zur Allerhöchsten Bestätigung eingesandt; indessen waren aus dem Erkenntniß so wenig als aus den Acten die besondern Umstände zu ersehen, unter welchen die fünf Inquisiten bekannt hatten.

Die groben Mißhandlungen, wodurch ihr erstes Geständniß erpresst worden war, giengen daraus nicht hervor, und die während der Untersuchung statt gehabten sogenannten Bestrafungen der Lügen, Widersprüche, Winkelzüge und unbe-

stimmten Antworten der Inquisiten waren in den Acten nicht angemerkt, aufser dafs sich in dem einzigen Protocoll vom 21sten Juni 1800 verzeichnet fand: „der Itzig Jacob habe seine Angabe „alle Augenblicke verändert, und es sei ihm also „eine nachdrückliche Peitschenzüchtigung, für diese „offenbaren Winkelzüge, gereicht worden.“²⁵⁾“

Es war daher kein Grund zur Verweigerung der Allerhöchsten Bestätigung des sonst rechtlichen und gesetzmässigen Erkenntnisses vorhanden, und sie erfolgte wirklich.

Bei der Publication dieses Erkenntnisses überwog nur bei einem einzigen der fünf Inquisiten die Furcht vor dem Tode die Furcht vor wiederholten Schlägen. Alle unterwarfen sich dem Erkenntnis; und nur der Löbel Salomon rief in der heftigsten Gemüthsbewegung aus: „ich bin unschuldig, man mag es nur untersuchen.“²⁶⁾ Er erklärte sich demnächst ganz bestimmt, dafs er gegen das Erkenntnis das Rechtsmittel der weitem Vertheidigung einwenden wolle, und schlug Zeugen vor, wodurch er das *Alibi* erweisen und darthun wollte, dafs er sich zu der Zeit, als die Brandstiftungen in Sieradz und Wartha statt gehabt

²⁵⁾ Biermannsche Untersuchungsacten Vol. I. fol. 117.

²⁶⁾ Vol. I. fol. 171.

hatten, in dem Flecken Kolo und an andern Orten befunden habe.²⁷⁾

Einer der Inquirenten machte sich mit ihm sogleich auf den Weg, um die vorgeschlagenen Zeugen an Ort und Stelle zu vernehmen. Noch ehe man aber nach Kolo kommen konnte, verlangte der Inquisit den Inquirenten zu sprechen, und eröffnete demselben bei dieser ihm gewährten Unterredung seine Besorgniss: „dass die vorgeschlagenen Zeugen die erforderlichen Tage nicht genau anzugeben im Stande sein würden;“ mit der Bitte: „man möchte ihm also gestatten, dass er ihrem Gedächtniss zu Hülfe kommen und ihnen einhelfen dürfte.“ Der Inquirent schlug ihm dies Gesuch mit vollem Recht ab, und nun gerieth der Inquisit, nach der in dem Protocoll vom 16ten Juli 1800 befindlichen Registratur, in *Angst und Verlegenheit*. Der Inquirent versprach ihm, (*ohne dass man aus den Acten ersehen kann, was ihn zu diesem Versprechen veranlasste*): „dass Inquisit wegen der Reise und der damit verknüpften Umstände mit keinem Schlag belegt werden solle, und überhaupt Inquirent gesonnen sei, ihm durchaus keinen Schlag aus irgend einer Ursache, sie habe Namen wie sie wolle, geben zu lassen, mithin er sich zu scheuen nicht Ursach habe, falls er noch jetzt mit dem Bekenntniss der Wahrheit hervor treten möchte;“ worauf denn der Inquisit erwiederte:

²⁷⁾ Vol. II. fol. 2.

„nun wenn das ist, und man mir es nicht weiter
 „übel nehmen will, was ich bisher gelogen habe,
 „so will ich die reine Wahrheit bekennen, und nur
 „sagen, daß mein ganzer Wiederruf nur auf einer
 „Erdichtung beruhet.“²⁸⁾

Der Inquisit wiederholte nunmehr sein Geständnis, jedoch auf eine sehr merkwürdige Art, welche sein Schwanken zwischen der Furcht vor Prügelein und der Furcht vor dem Tode aufs neue bestätigt. Denn ohngeachtet er sein Geständnis geradezu wiederholte, und den Wiederruf bestimmt zurücknahm; so konnte er sich doch nicht enthalten, am Schluß eben dieses Protocolls²⁹⁾ alle die besondern Umstände und Thatsachen, welche er in dem Protocoll vom 15ten Juli 1800 angegeben hatte, um mittelst der Ausmittlung derselben den Beweis des *Alibi* zu führen, ausdrücklich zu wiederholen. Er hütete sich indessen sehr sorgfältig, auf der Ausmittlung derselben noch ferner zu bestehen oder darauf noch ferner einen Wiederruf seines Geständnisses zu gründen, sondern er fügte bloß hinzu: *ob mich diese Juden* (die nemlich, welche er als Zeugen angegeben hatte) *kennen würden*, bezweifle ich sehr. — Weil er nun übrigen

²⁸⁾ Confer. Protocoll vom 16ten Juli 1800 (in den Biermannschen Untersuchungsacten zweiter Instanz fol. 5.

²⁹⁾ Biermannsche Untersuchungsacten Vol. II. fol. 6.

ganz bestimmt dem eingewandten Rechtsmittel entsagte, und sich dem Erkenntniß unterwarf, so wurde hierauf nicht weiter geachtet, und er vielmehr sogleich nach Kalisch zurückgeschickt.

Die beiden andern zu Kalisch noch in Verhaft sitzenden *Juden* hatten inzwischen schon ihren Rabbinen in der Beichte entdeckt: „dafs sie an „den Brandstiftungen zu Sieradz und Wartha „nicht Theil genommen, sie sich dazu blofs aus „Furcht vor Schlägen bekannt hätten, und unschuldig stürben.“ Die Rabbinen hielten sich daher verpflichtet, der Untersuchungs-Commission anzuzeigen: dafs diese Leute sich muthwillig aus der Welt bringen wollten, aus Dummheit und grofser Furcht vor Schlägen. Sie provocirten zugleich, Namens derselben, auf das Rechtsmittel der weitem Vertheidigung, und auf die nähere Vernehmung der Inquisiten über das behauptete *Alibi*.³⁰⁾

Die Ehefrau des Baruch Leyserowicz unterstützte dies Gesuch,³¹⁾ und es wurde bewilligt.

Die Inquisiten wurden nun nochmals vernommen. Sie behaupteten ihre Unschuld, und gaben die Zeugen und Beweismittel an, wodurch sie das *Alibi* erweisen wollten; daher denn die Aufnahme dieses Beweises, der von dem Löbel Salomon erfolgten Zurücknahme seines Wiederrufs ungeachtet, fortgesetzt werden mußte.

³⁰⁾ Vol. II. fol. 9. seqq.

³¹⁾ Vol. II. fol. 7. seqq.

Biermann und Horo blieben noch immer standhaft bei ihren Geständnissen, und der erste fuhr fort, selbst unmittelbar vor und nach dem Genuß des Abendmahls, die Coinquisiten, bei wiederholter Confrontation, des angeschuldigten Verbrechens aufs frechste zu bezüchtigen.³²⁾

Man beschloß unter diesen Umständen von Seiten der Commission, den Biermann und Horo vorläufig hinrichten zu lassen, und setzte dazu einen Termin an.

Noch vor Eintritt desselben erfuhr indessen die Commission, daß auch Biermann seinem Beichtvater entdeckt habe, „daß er völlig unschuldig sei, und die drei mit ihm zum Tode verurtheilten Juden gar nicht kenne;“ daß er jedoch seinen Widerruf zurückgenommen habe, als der Beichtvater ihm geäußert: „daß er entweder die Commission oder ihn hintergehe, und er unter diesen Umständen Bedenken trage, ihm zum zweitenmal den Genuß des Abendmahls zu verstaten.“³³⁾

Die Commission glaubte nicht nöthig zu haben, auf diesen zurückgenommenen Widerruf zu achten; sie hielt ihn für eine bloße Grimasse. Mit einemmal aber verbreitete sich im Publico ein allgemeines Gerücht von Biermanns Unschuld. Einer der Inquirenten hielt es für Pflicht, diesem Ge-

³²⁾ Vol. II. fol. 17.

³³⁾ Vol. II. fol. 30.

rücht weiter nachzuspüren. Er wandte dazu den Abend und die Nacht vor der Execution an, und entdeckte: dafs dies Gerücht sich auf die Angabe des von dem Biermann bei der Untersuchung oft genannten, jetzt zufälligerweise nach Kalisch gekommenen Mauermeisters Wernike aus Blaszk gründe, bei welchem der Biermann zur Zeit des Sieradzschens Brandes in Arbeit gestanden hatte. ³⁴⁾

Nur noch einige Stunden vor der angesetzten Execution konnte der Wernike hierüber bei der Commission vernommen werden. Seine Aussage bestätigte das Gerücht von der Unschuld des Biermann. Die Execution wurde also aufgeschoben, der Wernike aber, zur Vermeidung aller etwanigen Collusionen, in Verhaft genommen.

Biermann, dem man die Anwesenheit des Wernike und den *Aufschub* der Execution bekannt machte, war darüber äusserst unzufrieden. Er beklagte sich über den Aufschub der Execution aufs bitterste und äusserte: „Wernike, der Spitzbube, „mag nur kommen, dafs er sich nicht selbst ins „Unglück bringt. Er hätte früher kommen sollen. „Wenn er jetzt kömmt, will ich ihm ins Gesicht „spucken. Er ist von den Juden bestochen.“ ³⁵⁾ Er blieb standhaft und unveränderlich bei seinem Geständnifs, und bei dem Anschuldigen der übr-

³⁴⁾ *Acta* des Justizministerii fol. 133.

³⁵⁾ *Vol. II* fol. 115.

gen Inquisiten, und gieng hierunter in der Folge so weit: dafs, nachdem schon die *Unmöglichkeit* seiner Theilnahme am Sieradzschcn Brande vollständig ausgemittelt war, und er nun nicht ferner leugnen konnte, dafs er sich und die übrigen Inquisiten dieser Brandstiftung *fälschlich* angeklagt habe, er doch noch immer aufs hartnäckigste darauf bestand, dafs er und die übrigen Inquisiten, mit Ausschluss des Joseph, sich der Warthaschen Brandstiftung schuldig gemacht hätten.

Diese fast unglaubliche Frechheit des Biermanns hat etwas empörendes, und könnte auf einen besondern, ganz ausserordentlichen Charakter desselben schliessen lassen. Gleichwohl ist dies wirklich nicht der Fall. *Furcht vor Schlägen*, zu welcher sich in der Folge, als er doch alles verloren glaubte, eine durch die *Verzweiflung* erweckte *Eitelkeit* gesellte, veranlasste allein sein auffallendes Benehmen; wenigstens lässt es sich aus diesen beiden Motiven sehr befriedigend erklären.

Anfänglich hatte er gar nicht die Absicht, sich unschuldig hinrichten zu lassen. Er war bei der Arretirung durch Prügel zum Bekenntniss gezwungen worden: indessen hatte er Muth und Entschlossenheit genug, bei seiner ersten Vernehmung *vor der Justiz* alles zu widerrufen und seine Unschuld zu behaupten. Als ihm aber die schon oben bemerkten kräftigen Remonstrationen gemacht wurden, und er wahrscheinlich fürchtete, dafs sich diese mit Prügeln endigen würden, besonders da ihm die harten Züchtigungen, welche dem Joseph

auch bei der Justiz zu Theil wurden, nicht unbekannt blieben; ³⁶⁾ so gestand er von neuem, jedoch in den ganz generellen Ausdrücken: „es habe „alles seine Richtigkeit, wie er es gleich nach seiner Arretirung angegeben habe.“

Noch dauerte indessen bei ihm der Kampf zwischen seiner grossen Furcht vor Prügeln, welche er bei allen Gelegenheiten verräth und eingesteht, ³⁷⁾ und zwischen der Furcht vor dem Tode; denn in demselben Augenblick, in welchem er jenes Bekenntniss ablegte, wagte er es noch einmal, über das nachher ganz vollständig erwiesene *Alibi* Zeugen vorzuschlagen. ³⁸⁾

Nun aber erfolgten neue Remonstrationen, und der Inquisit wurde bedeutet: „dafs dieser Wieder„ruf ein blofser Winkelzug sei, und eine grosse Hart„näckigkeit und Tücke verrathe.“ Dafs dergleichen mit Prügeln bestraft würden, war ihm bekannt, und erst in diesem Augenblick scheint es, dafs die Furcht vor Prügeln die Oberhand behielt, und er nun den festen Entschlufs nahm: lieber zu sterben, als sich prügeln zu lassen. Er wiederholte, wie es in dem Protocoll heifst, in *etnem* gerührten Ton, sein generelles Geständniss, und wiederrief es auch in der Folge nicht weiter.

Die Lebenslust war bei dem allem in ihm noch

³⁶⁾ Conf. die Acten des Justizministerii fol. 132.

³⁷⁾ Confr. Vol I. fol. 122. Vol. II. fol. 114. 127.

³⁸⁾ Conf. Vol. I. fol. 48.

nicht erloschen; bloß Furcht vor Prügeln unterdrückte sie. Denn ob er sich gleich nicht weiter unterstand, sein Geständniß *ausdrücklich* zu widerrufen, so konnte er sich doch nicht enthalten, hier und da noch Zeugen über das *Alibi* anzugeben, ³⁹⁾ ohne jedoch mit dieser Angabe einen Widerruf seines Geständnisses zu verbinden. Selbst ganz zuletzt noch that er dies bei seiner Schlufsvernehmung auf eine sehr merkwürdige Art. Denn nachdem er alles wiederholentlich gestanden hatte, antwortete er auf die Frage: ob er noch etwas zu seiner Vertheidigung anzuführen habe? „ich wünsche, „daß mein Meister“ (der Wernike, bei dem er in Arbeit gestanden hatte) „annoch darüber abgehört würde, wo ich am 28sten April gewesen bin, „woraus sich denn ergeben wird, daß meine bisherige Angabe richtig sei, und welchen Tag ich in „Sieradz gewesen bin.“

Er calculirte hierbei ganz richtig, daß, sobald der Wernike nur vernommen würde, nothwendig ans Licht kommen müßte, wie es in der Folge, durch die Vernehmung des Wernike und vieler andern Zeugen, auch wirklich geschah: daß er weder am 27sten, noch am 28sten April in Sieradz gewesen sein könne, und daß auch seine Unschuld an dem Warthaschen Brande dadurch aufgeklärt werden würde; indessen wagte er es doch bei dieser fortdauernden Lust zum Leben nicht, sein Geständ-

³⁹⁾ Confr. Vol. I. fol. 56. 120. 130.

nifs zu wiederrufen. Er stellte vielmehr die Sache so vor, als wenn durch die Vernehmung des Werrike sein Geständnifs *bestätigt* werden sollte, und sie unterblieb also, weil die Inquirenten eine solche Bestätigung seines Geständnisses für ganz überflüssig erachteten. —

Bis auf den letzten Augenblick suchte er sich also zu retten, insofern es mit seinem fest genommenen Entschluß bestehen konnte: lieber zu sterben, als sich der Gefahr auszusetzen, geprügelt zu werden.

Nun aber erfolgte das Erkenntnifs, und nun hielt sich Biermann ganz verloren, weil solches von Sr. Majestät dem Könige vollzogen war. Er erwartete nun, nach seiner eigenen Angabe, von allen weiteren Versuchen, seine Unschuld an den Tag zu bringen, nichts mehr, als höchstens die Verwandlung der Todesstrafe in eine lebenswierige Festungsstrafe. ⁴⁰⁾ Das wollte er nicht, und erst *nun* verließ ihn die *Lust zum Leben*. Er nahm den festen Entschluß, *sterben zu wollen*.

Der Gedanke, daß er unschuldig sterbe, und die Verzweiflung, sich retten zu können, regten zugleich seine Eitelkeit auf, und überspannten ihn. Er wollte nun auch heldenmäfsig sterben. — Er wünschte daher, mit einer gewissen Auszeichnung in der Kleidung zum Tode geführt zu werden; er bat, ihm eine besondere Stube einzuräumen, und

⁴⁰⁾ *Confr. Vol. II. fol. 125.*

den Besuch fremder Leute zu verstatten, und äusserte noch kurz vor der angesetzten Execution, *als er schon die Sterbekleider angelegt hatte*, gegen einen der Inquirenten: „nicht wahr? ich bin noch gefasst, „wie ich immer versprochen habe?“ ⁴¹⁾

Erkünstelt war diese Fassung: das beweiset sein grosser Unwille über den *Aufschub* der Execution. Er hatte die Todesangst einmal überstanden, und fürchtete, weil er nichts weiter als *Aufschub*, keinesweges *Rettung* erwartete, sie noch einmal mit eben der Anstrengung erdulden zu müssen, oder den Ruhm seiner Fassung und Entschlossenheit zu verlieren, den Überspannung und Eitelkeit ihm als etwas sehr wichtiges darstellten.

Sein Benehmen in Rücksicht seiner selbst läßt sich hiernach erklären; aber auch seine beinahe unglaubliche Hartnäckigkeit, mit welcher er die übrigen Inquisiten, selbst unmittelbar nach dem Genuß des Abendmahls, nach welchem er so sehr verlangt hatte, und in dem Augenblick, da er den Tod erwartete, beharrlich anschuldigte, welche dem Psychologen nicht minder merkwürdig erscheint, ist nicht ganz unnatürlich, und läßt sich hiernach befriedigend erklären.

Er hatte schon bei seiner ersten Vernehmung den Joseph und die übrigen Coinquisiten als Mitschuldige angegeben, und als er daher, nach seinem bei der Justiz erfolgten generellen Geständnisse,

⁴¹⁾ Vol. II. fol. 70.

über die speciellen Umstände des Verbrechens vernommen wurde, machte man mit der *Suggestivfrage* den Anfang: „ob nicht Joseph an der „Brandstiftung Theil genommen habe?“ Biermann beantwortete diese: *ja das ist eigentlich der Haupturheber*, ⁴²⁾ und hierbei blieb er demnächst auch während der ganzen Untersuchung. Er wollte sich nicht widersprechen und in Widersprüche verwickeln, weil er Prügeln ausweichen wollte, die er mehr als den Tod fürchtete. Dies wollte er am wenigsten thun, nachdem er den Entschluß zu sterben genommen hatte, und so sagte er unter andern: „ich bleibe bei meiner Rede, es ist alles so, „wie ich gesagt habe, *das viele Vernehmen ist eine „ordentliche Marter für mich.*“ ⁴³⁾

Ausserdem glaubte er, wie er in der Folge selbst behauptet, daß seine Anschuldigung den Coinquisiten, welche das Verbrechen mit ihm gestanden hatten, nicht schaden könnte, und dachte in Ansehung des Joseph, der ihm noch dazu, nach seiner eigenen Angabe, bei einer Confrontation gesagt hatte: „er wisse wohl, daß er aus „Zwang alles aussagen müßte, und habe deshalb „keinen Groll auf ihn:“ *stirbst du unschuldig, so mag er auch unschuldig sterben.* ⁴⁴⁾

Mit einem Wort, er selbst wollte lieber un-

⁴²⁾ Vol. I. fol. 52.

⁴³⁾ Vol. II. fol. 28.

⁴⁴⁾ Vol. II. fol. 115.

schuldig sterben, und auch andere lieber unschuldig sterben lassen, als sich der Gefahr aussetzen, in Widersprüche verwickelt und geprügelt zu werden.

Bei dem allen ist aber doch die *zweideutige Art*, mit welcher der Biermann die Coinquisiten noch zuletzt, zwei Tage vor dem zu seiner Hinrichtung angesetzten Termin, unmittelbar nach dem Genuß des Abendmahls beschuldigt, höchst merkwürdig. Dem Joseph sagt er ins Gesicht: „dafs er (der „Joseph) an den Brandstiftungen *soviel Antheil* „habe, *als er selbst*.“

Den drei andern Inquisiten, welche bei und nach der Publication des Erkenntnisses zu widerrufen angefangen hatten, sagt er dahingegen in die Augen: „ich nehme es auf mein Gewissen, diese „Menschen sind *in der Art schuldig*, wie ich gesagt „habe.“ Vermuthlich hiefs dies nichts anders, als: *eben so schuldig wie ich selbst*; wenigstens läfst es sich so erklären. ⁴⁵⁾

⁴⁵⁾ Hätten die Inquirenten bei der ganzen Untersuchung die den Criminalrichtern nicht genug zu empfehlende Regel: jeden Angeeschuldigten mit seinen eigenen Worten im Protocoll reden zu lassen, eben so treu, wie in diesem Protocoll befolgt, so würden diese Untersuchungsacten vielleicht dem *Psychologen* eben so merkwürdig sein, als sie es jetzt dem *Criminalisten* sind, dem man wohl kein auffallenderes Beispiel aufstellen kann, wie nöthig die strengste Beobachtung *aller Förmlichkeiten*, auch in den dringendsten und scheinbarsten Fällen ist.

Die Untersuchung hatte indessen, da man schon so viel Ursach bedenklich zu werden erhalten hatte, und da auch der Horo seine Unschuld behauptete, und das Entdecken derselben an seinen catholischen Beichtvater eingestand, ob er gleich dessen ungeachtet von dem Straferkenntniß nicht appelliren wollte, sondern demselben gemäß hingetrichtet zu werden verlangte, ihren Fortgang, und die Commission verfuhr dabei *nunmehr* mit der größten Behutsamkeit. Sie vernahm in einem Bezirk von 30 Meilen beinahe 30 Zeugen, und suchte nicht nur allen möglichen Collusionen und Suggestionen vorzubeugen, sondern auch die kleinsten Umstände auszumitteln, welche Licht über die Sache verbreiten konnten; und so wurde denn endlich ganz vollständig erwiesen:

dass die fünf zum Tode verurtheilten Inquisiten Sieradz und Wartha nicht angesteckt haben konnten, indem sie zur Zeit der Anzündung von den Brandstätten theils weit entfernt, theils dergestalt beobachtet worden waren, dass sie durchaus nicht die Brandstifter hatten sein können.

Nur bloß in Ansehung des Biermanns blieb eine sehr entfernte Möglichkeit übrig, dass er an der Warthaschen Brandstiftung Theil genommen haben könnte, und eben dies war auch der Fall mit dem Joseph in Ansehung der Sieradzschen Brandstiftung. Biermann wurde daher bei der Warthaschen, so wie der Joseph bei der Sieradzschen Brandstiftung, bis auf weitere Anzei-

gen absolvirt; alle übrige Inquisiten aber wurden, so wie auch der Biermann in Ansehung der Sieradzischen Brandstiftung, völlig frei gesprochen und für ganz unschuldig erklärt.

Nach erfolgter Ausmittlung ihrer Unschuld behaupteten sie einstimmig auf eine sehr auffallende Art: dafs sie blofs durch die erhaltenen *Schläge* und die *Furcht vor mehreren Schlägen* zu dem falschen Geständnifs und den wechselseitigen Anschuldigungen bewogen worden, sie sich auch nicht getraut hätten, ihre Geständnisse zurückzunehmen, weil man solches für *Lügen* gehalten, *Lügen* aber mit *Prügeln bestraft* habe. ⁴⁶⁾

So war also bei *sechs* Menschen die Furcht vor Prügeln stärker, als selbst die Furcht vor dem Tode. — So starb wirklich ein *unschuldiger* Mensch an den Folgen derselben, — und so wären beinahe *fünf* andere, im Wege der förmlichen Execution, ein Opfer derselben geworden. — —

Nach der vollständigen Aufstellung dieses merkwürdigen Beispiels, wird es nicht nöthig sein, dafs ich noch mehrere mir bekannt gewordene ähnliche Beispiele anführe, um die gefährlichen und nachtheiligen Folgen des wiedereingeführten Schlagens der Angeschuldigten zu beweisen; indessen sei es mir erlaubt, noch einen zweiten Fall, der auch merkwürdig genug ist, nur ganz kurz zu berühren.

In der Grafschaft Mark waren, bei der Nähe

⁴⁶⁾ Vol. II. fol. 12. 54. 58. 74. 114. 115. 116. 124. seqq.

des Kriegstheaters, häufige Diebstähle, Räubereien und selbst ein Mordraub begangen worden, ohne daß man den Thätern auf die Spur kommen konnte. Unter diesen Umständen gerieth eine dortige Familie, Namens Riffelmann, in den Verdacht eines unbeträchtlichen Diebstahls an Betten, und wurde durch ein Militaircommando arretirt. Anfänglich leugneten die Riffelmanns einstimmig das ihnen angeschuldigte Verbrechen; scharfe Züchtigungen des Militairs brachten aber endlich den einen Sohn, Wilhelm Riffelmann, zum Geständniß und zur Nachweisung der gestohlenen Betten. Er gab zugleich seine beiden Brüder als Theilnehmer an dem Verbrechen an, und man war nun überzeugt: daß die Riffelmannsche Familie es sei, welche sich der in dortiger Gegend vorgefallenen Diebstähle, Räubereien, und selbst des begangenen Mordraubes, schuldig gemacht habe.

Militair und Policei beschäftigten sich mit ihrer vorläufigen Vernehmung, forderten ein Geständniß aller dieser Verbrechen, und erpressten durch Prügel, Mißhandlungen und Suggestivfragen nicht nur das geforderte Geständniß, sondern auch die Anzeige sehr vieler Mitschuldigen, welche zum Theil in dortiger Gegend angesessen waren.

Man brachte sie alle zum Arrest, und lieferte dann die ganze sogenannte *Bande* an das competente Criminalgericht ab. Hier wiederriefen die Angeschuldigten ihre erpressten Geständnisse und Angaben. Hier wurden die schrecklichen Mißhand-

lungen, wodurch solche erpresst worden, vollständig nachgewiesen, und zugleich wurde, durch die mühsamste und vollständigste Untersuchung, die völlige Unschuld aller Angeschuldigten ausgemittelt, ausser daß dem Wilhelm Riffelmann der begangene Bettendiebstahl zur Last blieb, und der Anton Riffelmann einer Theilnahme daran verdächtig war.

Alle Angeschuldigten wurden daher, ausser den beiden Riffelmanns, als völlig unschuldig entlassen, dem Anton Riffelmann aber der erlittene Arrest zur Strafe angerechnet, und der Wilhelm Riffelmann zu einer zweijährigen Zuchthausstrafe verurtheilt, welche er jedoch nicht ganz erdulden konnte, weil er auf dem Zuchthause verstarb, und zwar, wie es in dem deshalb unter dem 21sten April 1800 erstatteten Bericht heisst: — *nach langen Leiden, als wahrscheinlichen Folgen der bei seiner Arretirung erlittenen empörenden Mißhandlungen.* ⁴⁷⁾ — —

So sehr auch diese Bemerkungen über die schädlichen und gefährlichen Folgen des wieder eingeführten Schlagens der Angeschuldigten den Gang meiner Hauptuntersuchung aufgehalten haben; so fürchte ich doch deshalb keinen Vorwurf, da es hier auf eine Sache der *Menschheit* ankömmt, die mir, vermöge meines Amts und meiner Pflicht-

⁴⁷⁾ *Conf. Acta* des Justizministerii über diesen Criminalfall.

ten, so nahe liegt. Ich kann vielmehr nicht schließen, ohne zuvörderst noch eine mir nicht unwichtig scheinende Bemerkung hinzuzufügen.

Nach den jetzt angenommenen Grundsätzen ist den Inquirenten das *Schlagen* und *Züchtigen* der Angeschuldigten in folgenden Fällen erlaubt:

1. wenn der Angeschuldigte bestimmte Antwort verweigert;
2. wenn er auf Lügen ertappt wird;
3. wenn er sich weigert, über die gestohlenen Sachen Auskunft zu geben.

Wenn man diese Anordnungen nur oberflächlich und ohne practische Sachkenntniß betrachtet, so scheinen sie nichts unrechtes zu enthalten, und sich gar wohl vertheidigen zu lassen. Wer aber nach dem allen, was ich schon oben ausgeführt habe, dies noch glauben, und von dieser Meinung noch nicht zurückgekommen sein sollte, der prüfe sie nun doch einmal an einem einzelnen individuellen Fall, namentlich an dem Sieradz- und Warthaschen Fall.

Alle Inquisiten bis auf einen hatten bekannt, und die That im allgemeinen zugestanden. Nun mußte natürlich ein jeder einzelner näher vernommen werden, welchen speciellen Antheil er für seine Person an dem Verbrechen genommen habe, und in wie weit er die Coinquisiten beschuldige. Hierbei konnte es gar nicht fehlen, daß jeden Augenblick *Widersprüche* und *Lügen* erfolgten, denn das ganze Factum beruhte ja auf Lügen und Unwahrheit; mithin war die eine gesetzliche Veranlas-

sung zu Prügeln vorhanden, und gleichwohl mit dem größten Unrecht.

Um dieser Klippe zu entgehen und Widersprüche zu vermeiden, suchten die Inquisiten sich durch *unbestimmte* Antworten möglichst zu helfen. Die Inquirenten konnten dies natürlich für nichts anders, als für vorsätzliches Zurückhalten ansehen, und also trat mit *gleichem Unrecht* die zweite gesetzliche Veranlassung ein, die Inquisiten mit Schlägen zu *bestimmten* Antworten zu nöthigen.

Nun hätte nichts gefehlt, als dafs bei diesem Brande noch Verdacht gewesen wäre, dafs die Inquisiten dabei gestohlen hätten. Sie hätten wieder nicht anzugeben vermocht, was sie mit den *gestohlenen Sachen* angefangen hätten, und so wären sie auch nach der *dritten* Bestimmung zwar gesetzlich, aber doch mit *eben so grossem Unrecht* und ganz *unschuldig* gezüchtigt worden. —

Überhaupt mufs man diese Untersuchungsacten lesen, wenn man mit einem *unauslöschlichen Haß* und *Abscheu* gegen alle durch Zwangsmittel erpresste Bekenntnisse bis ins Innerste erfüllt werden will; besonders wenn man erwägt, dafs es hier auf den Tod, und noch dazu auf einen *fürchterlichen Tod* ankam, dem die Angeschuldigten, um nur Prügel zu vermeiden, durch ihr falsches Bekenntniß entgegen giengen. —

Oft scheinen die Förmlichkeiten der materiellen Gerechtigkeit hinderlich zu sein, und zu nichts als zu Chicanen, Weitläufigkeiten und Aufenthalt zu dienen. Aber man fange nur an sie zu vernach-

lässigen, und diesen durch das ruhige Nachdenken vieler Jahrhunderte gegen Willkühr und Uebereilung errichteten Damm einzureißen; die Folgen davon werden sich bald zeigen, und die, *scheinbar* zum Vortheil der materiellen Gerechtigkeit, vernachlässigten Förmlichkeiten werden sich an der materiellen Gerechtigkeit gewaltsam rächen. —

Man lasse das Prügeln, und dadurch die Furcht vor Prügeln, bei Untersuchungen nur allgemein werden, was für *unwahre* Geständnisse wird man nicht erst bei geringeren Verbrechen, wo es nicht auf Leben und Tod ankömmt, *erpressen*? — Kurz genug werden die Untersuchungen werden, und rasch genug wird ihr Gang sein; — aber wird auch die Nachwelt unsere Namen mit eben der Verehrung nennen, mit der sie die Namen der Männer nennt, welche das Panier gegen die Tortur aufhoben und ihre Abschaffung bewirkten? — —

Der zweite obengedachte Zweck jener Verordnungen vom 26sten Februar 1799 bestehet darinn:

das *Entweichen* der Gefangenen aus den Gefängnissen zu verhindern;

und um diesen zu erreichen, wird das Entweichen aus den Gefängnissen mit sehr harten und nachdrücklichen Strafen verpönt. Wer eines zum erstenmal begangenen gemeinen Diebstahls wegen zur Untersuchung gezogen ist, und aus dem Aufbewahrungs- oder Strafgefängniß entweicht, wird *wegen der Entweichung* so bestraft, als ob er eines zum erstenmal begangenen gemeinen Diebstahls überführt wäre; das Entweichen bei einem zweiten

gemeinen Diebstahl aber wird bestraft, als wenn der Entwichene sich eines dritten Diebstahls schuldig gemacht hätte; er wird in eine Besserungsanstalt bis zu seiner Besserung eingesperrt.

Entweicht ein bis zu seiner Besserung Eingesperrter, so wird er dafür so bestraft, als wenn er sich eines gewaltsamen Diebstahls schuldig gemacht hätte; er wird in eine *strenge* Besserungsanstalt eingesperrt; und entweicht er aus dieser, so wird, ausser der mit der Einsperrung immer verbundenen strengen Züchtigung, auf dessen Einsperrung bis zur Begnadigung erkannt. —

Härter ist das Entweichen eines Gefangenen wohl noch nie bestraft worden. — Man denke sich einmal unter andern den Fall: dafs ein junger Mensch, wegen eines zum zweitenmahl begangenen Diebstahls, der so wenig als der erste bedeutend zu sein braucht, ins Gefängnifs kömmt. Die Nachlässigkeit der Gefängnifswärter läfst ihn entfliehen, und nun wird er als ein zum drittenmal ertappter Dieb bestraft. Während der Dauer dieser Strafzeit reizt ihn der natürliche Trieb zur Freiheit, und die Sorglosigkeit der Gefangenwärter zu einem wiederholten Versuch zu entweichen, und er wird nun als ein gewaltsamer Dieb bestraft. Verleitet ihn dann sein unglückliches Schicksal, und halbe Wuth über die mißlungenen Versuche und den dadurch verwirkten längeren und *unbestimmten* Verlust der Freiheit, zu einer nochmaligen Unbesonnenheit, und er entweicht aufs neue, so wird er bis zur Begnadigung eingesperrt. —

Ein junger, unbesonnener Mensch kann auf solche Art, ohne irgend ein erhebliches Verbrechen begangen zu haben, dahin kommen, daß er sein ganzes Leben im Gefängniß schmachten muß. —

Verdienen Pflichtwidrigkeiten der Gefangenwärter und zweckwidrige Einrichtungen der Gefangenanstalten, *ohne welche doch fast nie ein Entweichen statt finden kann*, ein solches Opfer? —

Ich kann mich hiervon so wenig, als überhaupt von der Zweckmäßigkeit und der Rechtmäßigkeit dieser Verfügung überzeugen. Das Entweichen aus den Gefängnissen, vorausgesetzt, daß es mit keiner in ein wirkliches Verbrechen ausartenden Gewalt verbunden ist, kann niemals als ein Verbrechen, sondern allenfalls nur als eine unmoralische Handlung angesehen werden. Jede Anordnung von Strafe kann und darf aber keinen andern Zweck haben, als *wirkliche Verbrechen*, nicht bloß unmoralische Handlungen zu verhüten. Wenn also hier von keinem wirklichen Verbrechen die Rede ist, so können auch keine Strafen angedroht werden; und überdem ist das Androhen einer Strafe in diesem Fall nicht nur *zwecklos*, sondern auch *zweckwidrig*.

Für den Verhafteten wird sicher in dem Augenblick, da sich ihm die Gelegenheit zum Entweichen darbietet, das Gewicht der Strafe, welches er als eine bloße Möglichkeit in die Schale des *Nichtbegehens* legen soll, zu einem *Nichts* verschwinden, während die Vorstellung von dem nahen wirklichen Genuß seiner Freiheit die andre

Schale der Wage mit der größten Stärke niederdrückt. Er wird sich dadurch vom Entweichen gewifs nicht abhalten lassen. — Dahingegen werden die Aufseher und Wächter der Gefangenanstalten, durch das Androhen solcher Strafe, in eben dem Grade nachlässig und unaufmerksam gemacht, als die angedrohten Strafen des Entweichens hart und nachdrücklich sind. Sie vertrauen nun auf die *Wirksamkeit* der angedrohten Strafe, worauf ja der Staat selbst Vertrauen setzt, weil er sie sonst nicht angedroht haben würde. Sie sind also minder wachsam und vorsichtig, und der Gefangene erhält eben dadurch mehr Gelegenheit zum Entweichen, als er sonst gehabt haben würde.

Das *Androhen* der Strafe veranlaßt und befördert also gerade die Handlung, welche man zu verhüten beabsichtigt, und es ist also nicht bloß zwecklos, sondern auch zweckwidrig.

Die Erfahrung bestätigt dies. In dem Jahr 1800 sind 346 Verbrecher aus den Gefangenanstalten entflohen, deren Entweichen zur Wissenschaft des Criminaldepartements gelangt ist. Wie viele mögen nicht noch ausserdem entwichen sein?

Ich kann daher jene Verfügung der Circularverordnung weder für rechtmäfsig noch für zweckmäfsig anerkennen, und bin vielmehr von der Richtigkeit der *Grundsätze* unserer älteren Gesetzgebung aufs vollkommenste überzeugt, nach welchen das Entweichen der Gefangenen *nicht* als ein strafbares Verbrechen angesehen wurde; *Grundsätze*, die noch im Jahr 1796 vom *gesammten Justizministerio* anerkannt wurden,

welches die Clevische Regierung, auf eine bei demselben eingereichte Anfrage, unter dem 23sten Mai 1796 in folgender Art ganz richtig beschied:

„Wenn Ihr den in Eurem Bericht vom 6ten
 „dieses angezeigten Fall gehörig auseinandersetzt,
 „so werdet Ihr finden, dafs wirklich keine Lücke
 „im Gesetz vorhanden sei. Dafs ein Gefangener
 „sich in Freiheit zu setzen sucht, ist an und für
 „sich *niemals*, auch vor Emanirung des Landrechts
 „nicht, nach der Praxi und denen Meinungen der
 „bewährtesten Criminalrechtslehrer, z. E. des
 „*Kress*, des *Böhmer* etc. für ein strafwürdiges Ver-
 „brechen gehalten worden. Verübt er dabei Ge-
 „walt an Personen oder Sachen, so wird er für
 „diese unbefugte Privatgewalt, nach Maafsgabe ih-
 „rer Art, und des dadurch verursachten Schadens,
 „nach den darüber umständlich genug vorhande-
 „nen Gesetzen bestraft. Macht er mit mehreren
 „ein Complot zum Ausbruche, so will er nicht
 „blofs sich selbst, sondern zugleich andere aus dem
 „Gefängnisse mit Gewalt befreien, und alsdann
 „finden die im Landrecht T. II. Tit. XX. §. 160 —
 „165 verordneten Strafen allerdings wider ihn An-
 „wendung, indem es keinen Unterschied machen
 „kann, ob der, welcher gefänglich eingezogene
 „Personen der Obrigkeit entziehen will, selbst ein
 „Gefangener sei oder nicht.“

Der dritte obengedachte Zweck jener Verordnungen bestehet endlich darinn:

die den Verletzern des Eigenthums im Allgemeinen Landrecht angedrohten *Strafen* zu *schärfen*.

Bei der nicht zu bestreitenden Unbestimmtheit der Circularverordnung vom 26sten Febr. 1799 getraue ich es mir in der That nicht, im allgemeinen bestimmt zu entscheiden: ob dieselbe die, den Verbrechern gegen die Sicherheit des Eigenthums, im *Allgemeinen Landrecht* angedrohten Strafen, an und für sich, *verschärft*, oder noch mehr *gemildert* habe. In mehreren Urtheilssprüchen, die ich, wenn es darauf ankäme, nachhaft machen könnte, haben die vorzüglichsten Justiz und Criminalcollegia sehr gründlich ausgeführt: dafs die Circularverordnung die Strafe der Verletzer des Eigenthums, gegen die im Landrecht festgesetzten Strafen derselben, *gemildert*; andere haben hingegen eben so gründlich und bündig ausgeführt: dafs sie solche *verschärft* habe. Und beide Meinungen lassen sich in der That auch beinahe gleich gut vertheidigen und rechtfertigen, da jene Verordnung es fast überall auf das blofse Arbitrium des Richters ankommen läfst.

Ohne mich also auf eine Entscheidung dieser Frage einzulassen, bemerke ich nur: dafs die Circularverordnung, wenn sie gleich, einige wenige Fälle ausgenommen, es lediglich dem Arbitrio des Richters überläfst, gelinder oder härter zu strafen, dennoch dadurch allein schon alle die nachtheiligen Wirkungen, welche mit zu *milden* Strafgesetzen verbunden sind, hervorbringen mufs, dafs sie im

Ganzen die Strafen so bestimmt, daß sie für die Verbrecher selbst und in der Meinung derselben weit weniger abschreckend sind, als die im Allgemeinen Landrecht festgesetzten Strafen.

In der Anlage No. 7 habe ich die gegen Diebe und Räuber im Allgemeinen Landrecht, in allen darinn angeführten einzelnen Fällen, geordneten Strafen bemerkt, und so viel möglich mit den eigenen Worten der Circularverordnung angezeigt, welche Strafen sie dagegen in diesen Fällen festgesetzt hat. Auch bei dem flüchtigsten Ueberblick dieser Anlage wird sich ein jeder von selbst überzeugen: daß nach den darinn angeführten Vorschriften der Circularverordnung fast durchgängig, statt auf die im Allgemeinen Landrecht ihrer Dauer nach *bestimmt* festgesetzten Gefängniß-, Zucht- und Festungsstrafen, mit und ohne Willkommen und Abschied, ja selbst, statt auf die darinn hier und da geordneten Todesstrafen zu erkennen, auf körperliche Züchtigung und auf Einsperrung, bald bis zur Nachweisung eines ehrlichen Erwerbs, bald bis zur Besserung, bald bis zur Begnadigung, mithin auf ganz unbestimmte Zeit, erkannt werden soll. — —

Es ist in die Augen leuchtend, daß die in der Circularverordnung angeordneten Strafen, eben um deshalb, weil das Maass derselben größtentheils von der Willkühr des Richters abhängt, weit härter ausfallen können, als sie das Allgemeine Landrecht bestimmt. Wenn zum Beispiel, bei gemeinen Diebstählen, körperliche Züchtigung mit Einsperrung in eine Besserungsanstalt, zum einsamen Gefängniß, oder

zur Strafarbeit verbunden wird (und dies zu thun hängt von der Willkühr des Richters ab): so kann, da in diesen Fällen auch die Bestimmung der Dauer der Einsperrung der Willkühr des Richters überlassen ist, die Strafe ansehnlich härter ausfallen, als sie das allgemeine Landrecht festsetzt. Wenn ferner der bis zur Nachweisung eines ehrlichen Erwerbs oder bis zur Besserung Verurtheilte wirklich so lange eingesperrt bleibt, bis er jene Nachweisung vollständig geleistet, oder sich wirklich gebessert hat, und wenn endlich der bis zur Begnadigung Verurtheilte nicht begnadigt wird, mithin zeitlebens eingesperrt bleibt: so ist es unbedenklich, daß die Strafen härter ausfallen, als sie das Allgemeine Landrecht bestimmt; vorausgesetzt, daß die Besserungsanstalten so eingerichtet werden, als die Circularverordnung ihre Organisation voraussetzt, und daß sie mithin nichts anders als *wahre Strafanstalten*, nur unter einem veränderten Namen, sind.

Ich sage, die Strafen können in diesen Fällen härter ausfallen und angeordnet werden, als sie das Allgemeine Landrecht bestimmt; aber wird denn auch der zum Verbrechen geneigte Bösewicht, indem er die Gründe für und wider die intendirte unrechtliche Handlung abwägt, daran glauben und davon überzeugt sein, daß sie es *wirklich* sein werden? Nein! nie wird dies der Fall sein. So gut er beim Begehen eines Verbrechens fast immer Straflosigkeit hofft, eben so gut wird er auch mit dieser Hoffnung die seiner verderbten Neigung schmeichelnde Hoffnung verbinden: daß ihn nur der gelindeste Grad der von

der richterlichen Willkühr abhängenden Strafe treffen werde; daß die körperliche Züchtigung nur gelinde, die Einsperrung bis zur Besserung, oder bis zur Nachweisung eines ehrlichen Erwerbs, von keiner langen Dauer, und daß selbst seine Begnadigung nicht lange ausgesetzt bleiben werde.

Körperliche Züchtigung, von der sich die Circularverordnung vom 26sten Februar 1799 so sehr viel Wirkung verspricht, ⁴⁸⁾ ist überhaupt, bei Verbrechen dieser Art, eben so wenig *abschreckend*, als ich sie an und für sich *zweckmäfsig* finden kann.

Nur in zwei Fällen halte ich körperliche Züchtigung für eine zweckmäfsige Strafe, wenn nemlich das Verbrechen *entweder* von der Beschaffenheit ist, daß durch die körperliche Züchtigung im *Gefängniß* die ganze Sache abgemacht werden kann, oder wenn man es mit einem so verworfenen Verbrecher zu thun hat, daß an demselben gleichsam nichts weiter zu verderben ist, und man, in Rücksicht auf ihn, kein Bedenken haben kann, ihn *öffentlich* züchtigen zu lassen.

Im *ersten* Fall ist mit der körperlichen Züchtigung im Gefängniß der Vortheil verbunden, daß ein Mensch, eines kleinen Vergehens wegen, nicht

⁴⁸⁾ Es ist sehr sonderbar, daß alle diese Hoffnungen, wie mir ganz zuverlässig bekannt ist, einzig und allein auf dem *einzigen* im zweiten Bande der merkwürdigen *Rechtsprüche der Hallischen Juristen-Facultät* Seite 359 angezeigten Fall beruhen.

gleich aus dem Cirkel seiner Geschäfte herausgesetzt wird, welches oft von äußerster Wichtigkeit ist, und auf seinen ganzen künftigen Lebenswandel den größten Einfluß hat. Im zweiten Fall aber kann eine nachdrückliche und öffentlich vollzogene körperliche Züchtigung dazu dienen, das Androhen der Strafe bei der Volksmasse desto wirksamer zu erhalten, und das, durch Vollstreckung der Strafe aufgestellte, in die Sinne fallende Beispiel der Folgen des Verbrechens desto abschreckender und sinnlicher zu machen.

Im ersten Fall überwiegt der mit einer nicht öffentlich vollzogenen Züchtigung verbundene Vortheil den an und für sich mit allen dergleichen das Ehrgefühl schwächenden Züchtigungen verbundenen Nachtheil; im zweiten Fall aber hat man es mit einem gegen Ehre und Schande gleichgültigen Verbrecher zu thun.

In beiden Fällen halte ich daher eine körperliche Züchtigung für zweckmäfsig, in allen übrigen Fällen aber in der Regel für zweckwidrig.

Das Ehrgefühl wird durch den mit einer jeden körperlichen Züchtigung verbundenen Schimpf unterdrückt, und doch sollten die Gesetze darauf bedacht sein, es immer mehr und mehr zu erheben, und von dem Gefühl für Ehre und Schande wirksamen Gebrauch machen.

Auch die sogenannten *Willkommen* und *Abschiede* lassen sich daher in der Regel nicht rechtfertigen, besonders aber verdienen die letztern getadelt und abgeschafft zu werden. Denn wie kann man wohl

hoffen, in dem Verbrecher, welcher nach ausgestandener Strafe so eben in die menschliche Gesellschaft zurückkehren und ein besseres Leben anfangen soll, dadurch die Empfindungen hervorzubringen, welche ihm bei seinem Wiedereintritt in die Gesellschaft nützlich und nöthig sind, daß man ihn nun noch einmal derbe auspeitschen läßt? und wie wollen endlich wohl diejenigen dergleichen *Abschiede* vertheidigen, welche sogar die *moralische* Besserung der Verbrecher als den Zweck der bürgerlichen Strafen annehmen? —

In den wenigsten Fällen ist also körperliche Züchtigung eine *zweckmäßige* Strafe, und in eben so wenigen Fällen ist sie auch *abschreckend*.

Die Erfahrung bestätigt dies, denn sonst müßten die schon vormals mit Willkommen und Abschied geschärften Strafen wirksamer gewesen sein, und man müßte beim *Militär*, wo Verbrechen dieser Art mit der so äusserst strengen und harten Spitzruthenzüchtigung geahndet werden, wenig oder gar keine Diebe kennen. Das ist aber der Fall nicht. Beim Militärstande sind Verbrecher gegen die Sicherheit des Eigenthums verhältnißmässig nicht seltener, als beim Civilstande. Sind aber so strenge körperliche Züchtigungen nicht wirksamer, so kann man von gelindern noch weniger Wirkung erwarten. Sie sind überdies dem Geist der Nation und ihren Sitten nicht angemessen, weil bei uns Leute der niedern Classe, gegen welche die körperliche Züchtigung doch nur vorzüglich zur Anwendung kommen kann, nach ihrer pöbelhaften Art zu denken und sich aus-

zudrücken, der Meinung sind: Schläge sind leicht zu tragen, wenn sie nur erst aufgeladen sind.

Wie wenig überhaupt von Leuten dieser Art körperliche Züchtigungen geachtet werden, gehet unter andern daraus hervor: dafs mir verschiedene Fälle vorgekommen sind, in welchen gegen schwangere Weiber und kränkliche Verbrecher, statt der nicht anwendbaren körperlichen Züchtigung, auf längere Zuchthaus - und Festungsstrafe erkannt war, welche unmittelbar nach ihrer Entbindung und Wiederherstellung einkamen, sich die körperliche Züchtigung ausbaten, und dagegen von der längern Zuchthaus- und Festungsstrafe befreit sein wollten. —

Vielleicht wird man mich hier eines Widerspruchs beschuldigen, indem ich behaupte: dafs der ungebildete Mensch gegen Prügel gleichgültig ist, und gleichwohl oben ausgeführt habe: dafs das Schlagen, während der Untersuchung, so äusserst gefährlich ist. Ich verdiene indessen diesen Vorwurf nicht. Hier ist von Schlägen die Rede, welche durch ein Erkenntnifs dem Maafs und der Zahl nach bestimmt sind, und die zugleich ohne Leidenschaft und mit kaltem Blute zugemessen werden. Hier weifs der zu Bestrafende, wieviel er zu dulden hat, wann die Qualen aufhören werden, und dafs er, durch einen kurzen körperlichen Schmerz, ein gröfseres Uebel abkauft, und seine Freiheit schneller wieder erhält.

Dort ist alles umgekehrt. Ein Inquirent, der leidenschaftlich ist, oder den doch der Angeschuldigte dafür hält, ist derjenige, dessen *Willkühr* über das Maafs der Schläge allein zu entscheiden hat. Selbst

der, oder die nach dem §. 8. der Circularverordnung sich ablösende Gefangenwärter, welche die Execution verrichten, nehmen an dem Eifer, ein Geständniß hervorzubringen, Theil; denn auch sie sind, so wie das ganze Publicum, dabei interessirt. Die Schläge, welche ein Geständniß bewirken sollen, fallen also ganz anders, als die Schläge, welche das schon ausgemittelte Verbrechen zu bestrafen bestimmt sind. Der Angeschuldigte sieht kein Ende derselben ab, oder glaubt es wenigstens nicht anders absehen zu können, als wenn er sich in den Willen des Inquirenten bequemt, der ein Geständniß verlangt. Er leidet nicht, um ein größeres Übel abzukaufen.

Man braucht in der That die menschliche Natur nur wenig zu kennen, um von der Erheblichkeit dieses großen Unterschiedes völlig überzeugt zu sein, und zu bemerken, daß in meinem anfänglich widersprechend scheinenden Behaupten wirklich kein Widerspruch enthalten ist.

So wenig abschreckend aber für Verbrecher aus der ungebildeten Volksclasse die nach der Circularverordnung vom 26ten Februar 1799 so oft anzuwendenden körperlichen Züchtigungen sind, eben so wenig abschreckend ist für sie auch die ihnen angedrohte Einsperrung bis zur Nachweisung eines ehrlichen Erwerbs, bis zur Besserung und bis zur Begnadigung.

↓ Was das Einsperren bis zur Nachweisung eines ehrlichen Erwerbs, oder bis zur Besserung zeithero zu sagen hatte, das weiß ein jeder. Auch das Allgemeine Landrecht hatte festgesetzt: daß Diebe,

besonders solche, welche sich des Verbrechens des Diebstahls, nach zweimaliger Verurtheilung, zum drittenmal schuldig gemacht hätten, und überhaupt Verbrecher, welche ihrer verdorbenen Neigungen wegen dem gemeinen Wesen gefährlich werden könnten, nach ausgestandener Strafe, bis zur Nachweisung eines ehrlichen Erwerbs, oder bis zur Besserung, in Arbeitshäusern aufbewahrt werden sollten. Nicht selten wurde hierauf erkannt, fast nie aber wurden dergleichen Erkenntnisse vollstreckt. Es fehlte immer an Grundsätzen, so wie es denn auch bis zu diesem Augenblick daran noch fehlt, wornach beurtheilt werden konnte und sollte: ob der Verhaftete die erforderte Nachweisung eines ehrlichen Erwerbs geleistet, und ob er sich gebessert habe. Ausserdem war diese Beurtheilung, so wie auch jetzt noch, den Vorstehern der Zucht- und Arbeitshäuser überlassen, und diese waren zu nichts geneigter, als sich dieser Classe von Menschen gleich nach ausgestandener Strafe zu entledigen. Mir ist unter andern ein Beispiel bekannt geworden, daß ein bis zur Besserung verurtheilter Verbrecher, am dritten Tage nach ausgestandener Strafe, als ein Gebesserter entlassen wurde, und als ich daher in der Mitte des Jahrs 1799 eine Recherche anstellte, wieviel von den bis zur Nachweisung eines ehrlichen Erwerbs und bis zur Besserung verurtheilten Verbrechern sich noch in den Festungen, Zucht- und Arbeitshäusern befänden: so fanden sich in sämtlichen Festungen, Zucht- und Arbeitshäusern, mit Inbegriff aller derjenigen, welche schon seit Publi-

cation der Circularverordnung vom 26sten Februar 1799 waren verurtheilt worden, nicht mehr als 23; alle übrigen hatte man auf guten Glauben entlassen. —

Was aber noch weit ärger ist, gerade die Gutmüthigen und Bessergesinnten, die mit der wenigsten Gefahr entlassen werden könnten, werden länger als die boshaften zurück behalten, weil die Vorsteher der Gefängnisse sie für sich selbst und zu ihren Diensten nützlich gebrauchen können und wirklich gebrauchen. Ich verweise deshalb auf die sehr gegründete Bemerkung und Klage des Predigers *Wagenitz* in den historischen Nachrichten über die Zuchthäuser. (Band I. S. 201.)

War es nun wohl unter diesen Umständen zu erwarten, daß die in der Circularverordnung festgesetzte Einsperrung bis zur Nachweisung eines ehrlichen Erwerbs oder bis zur Besserung wirksamer und abschreckender sein würde, als die im Allgemeinen Landrecht ihrer Dauer nach *bestimmt* angeordneten Gefängniß-, Zuchthaus- und Festungsstrafen? Nein! sicher nicht, und am allerwenigsten war dies bei den schon öfter bestraften, gefährlichsten und verschmitztesten Verbrechern zu erwarten. Denn gerade diese kennen den Gang der Sache am besten. Sie wissen, daß sie es in den Strafanstalten hauptsächlich nur mit ungebildeten *Unterofficianten* zu thun haben, und daß diese selbst schon gencigt genug sind, sich ihrer bald zu entledigen, im äussersten Fall aber es nur darauf ankömmt, sie zu gewinnen, um das Urtheil der höhern Officianten zu leiten. Sie

verlassen sich auf ihre Gewandtheit, und wissen, daß auch im äussersten Fall nichts leichter ist, als das Urtheil jener Unterofficianten durch tausend Kunstgriffe zu bestechen, sich so das Ansehen moralisch gebesserter Menschen zu geben, und ihrer baldigen Entlassung gewiß zu sein. —

Nur selten wenden daher auch Verbrecher dieser Art ein Rechtsmittel gegen erkannte Einsperrung bis zur Nachweisung eines ehrlichen Erwerbs oder bis zur Besserung ein. Mir ist kein einziger Fall bekannt, in welchem bloß deshalb ein Rechtsmittel eingewandt worden wäre. Sie halten solches nicht der Mühe werth, und sie urtheilen in der That nicht unrecht; denn der Gang der Sache ist jetzt noch gerade eben so, als ich ihn geschildert habe.

Das angedrohte, der Dauer nach ganz *unbestimmte* Einsperren bis zur Nachweisung eines ehrlichen Erwerbs oder bis zur Besserung ist also nicht wirksamer und abschreckender, als die der Dauer nach *bestimmten* Strafen des Allgemeinen Landrechts, und das um so weniger, als jede angedrohte Strafe, welche nicht bestimmt ist und Hoffnungen zuläßt, den größten Theil ihrer Kraft und Wirkung verliert.

Die Hoffnung, der Strafe zu entgehen, ist es überhaupt, welche das *Androhen* der Strafen so oft unwirksam macht. Die gelindeste Strafe, von welcher der Verbrecher mit Gewißheit wüßte und überzeugt wäre, daß er ihr nicht entgehen könnte, würde ihn von Verbrechen abhalten. Nur hauptsächlich die Hoffnung, unentdeckt zu bleiben und

der Strafe ganz zu entgehen, hebt die Wirkung des Androhens der Strafen auf.

Wenn man also zu dieser verderblichen Hoffnung auch noch die gewiss nicht ausbleibende Hoffnung hinzukommen läßt: daß der Verbrecher, selbst nach erfolgter Entdeckung des Verbrechens, durch List, Verstellung und Verschmiztheit seine Strafe unverhältnißmäßig mildern könne, und wenn diese hinzukommende Hoffnung sogar durch eigene gemachte Erfahrungen oder durch täglich vorkommende Beispiele genährt wird; dann ist sicher von dem Androhen der Strafe kein wirkfamer Erfolg zu hoffen, dann ist die gedrohte Strafe nichts weniger als abschreckend, und mithin ist es auch die in der Circularverordnung gedrohte Einsperrung bis zur Nachweisung eines ehrlichen Erwerbs oder bis zur Besserung keinesweges, und weit weniger, als die im Allgemeinen Landrecht der Dauer nach bestimmt festgesetzten Strafen.

Völlig gleiche Bewandniß hat es aber auch mit der bei uns ganz neuen, in der Circularverordnung angedrohten Strafe des Einsperrens *ad bene placitum* oder bis zur *Begnadigung*. Ich mag hier nicht untersuchen, ob ein Erkenntniß auf Gnade nicht überhaupt etwas ist, das wenigstens nicht rechtlich genannt werden kann, weil der *Weg Rechts* und der *Weg der Gnade* zwei so verschiedene Dinge sind, daß sie nie zusammen vereinigt werden können, und weil überhaupt dem Monarchen der Weg der Gnade für keinen einzigen, selbst nicht für den auf Lebenszeit verurtheilten Verbrecher, verschlos-

sen werden kann. So viel ist aber gewiß, daß ein Verbrecher aus der niedern Volksclasse sicher nicht im Stande ist, sich den *feinen* Unterschied zwischen Einsperren bis zur *Besserung* und Einsperren bis zur *Begnadigung* zu denken, wenn anders dergleichen auch wirklich vorhanden ist. Eine *lebenswierige* Einsperrung fällt ihm bei einer angedrohten Einsperrung bis zur *Begnadigung* nicht ein, und das um so weniger, als das Gesetz selbst, in dem §. 23 und 24 der Circularverordnung vom 26sten Februar 1799, Verurtheilung *bis zur Begnadigung*, und Verurtheilung *zu lebenswieriger Einsperrung*, wesentlich von einander unterscheidet. Er glaubt vielmehr nach seinem schlichten Menschenverstand: daß einem bestraften Verbrecher, von dessen *Besserung* man sich überzeugt hat, die *Begnadigung*, wozu man ihm Hoffnung gemacht hat, nicht entstehen könne, und indem er sich nicht ohne Grund schmeichelt, daß die *Besserung* des *bis zur Besserung*, und die *Besserung* des *bis zur Begnadigung* verurtheilten Verbrechers, auf *gleiche*, mithin auf die vorgedachte, ihm zureichend bekannte Art werde beurtheilt werden, schmeichelt er sich auch mit der größten Zuversicht, daß sein Schicksal nicht härter seyn werde, als das Schicksal des zur *Einsperrung bis zur Besserung* verurtheilten Verbrechers. — Das Androhen des Einsperrens bis zur *Begnadigung* ist also nicht wirksamer und abschreckender, als das Androhen des Einsperrens bis zur *Besserung*, mithin auch, wie ich schon oben ausgeführt habe, nicht wirksamer und abschreckender,

als die im Allgemeinen Landrecht der Dauer nach bestimmt festgesetzten Strafen.

Nach dem, was ich bisher ausgeführt habe, sind also durch die Circularverordnung vom 26sten Febr. 1799 und durch die damit in Verbindung stehende Instruction von eben dem Tage, unsere mangelhaften Gesetze gegen Verletzer des Eigenthums nicht zweckmäfsig verbessert worden. Alles befindet sich, in Rücksicht derselben, noch in der vorigen Lage; ja es sind sogar die jetzt den Verletzern des Eigenthums gedrohten *unbestimmten* Strafen noch weniger abschreckend, als es die zwar sehr gelinden, doch aber *bestimmten* Strafen des Allgemeinen Landrechts waren.

Mangelhafte Gesetze sind und bleiben also *bis jetzt* die *erste Hauptquelle* des Übels, dem man es zuzuschreiben hat, daß die Zahl der Verbrecher gegen die Sicherheit des Eigenthums noch täglich in sichtbarer Progression zunimmt.

Die *zweite* in dem Gebiet der Criminaljustiz entspringende *Hauptquelle* dieses Übels besteht, wie ich schon oben bemerkt habe, in der *unzweckmäfsigen Verfassung und Verwaltung unserer Gefangenanstalten*; und gewiß ist diese Quelle von einer noch gefährlichern Ergiebigkeit.

Unsere Gefangenanstalten entsprechen, nach ihrer ganzen jetzigen Einrichtung, überall dem Zweck nicht, zu dessen Erreichung Gefangenanstalten errichtet werden. *Verbrechen zu verhüten*, ist dieser grofse Hauptzweck; in unsern Gefangen- und Strafanstalten aber werden vielmehr *Verbrecher* gebildet

und erzogen, und die *Bestrafung der Verbrecher*, welche auf Verhütung der Verbrechen abzweckt, ist es also in der That *selbst*, welche die Verbrechen noch vermehrt und befördert. — Ich werde diese schreckliche Wahrheit in dem zweiten Theil dieser Schrift näher zu belegen, eine schicklichere Gelegenheit haben, ob es gleich kaum einer näheren Bestätigung derselben bedürfen wird, da sie leider! bekannt genug ist. Denn die Klagen des in den Preussischen Staaten an zweckmäßige Einrichtungen gewöhnten Publicums sind hierüber laut und allgemein, und die Erheblichkeit und Rechtmäßigkeit derselben ist schon längst anerkannt. Man hat daher auch seit geraumer Zeit auf Mittel gedacht, die Gefangenanstalten in den ältern Provinzen zu verbessern und zweckmäßig einzurichten. Man hat selbst Hand ans Werk gelegt, und hier und da ganz neue Gefangenanstalten, mit Verwendung grosser Kosten, erbaut; dessen ungeachtet aber ist beinahe alles auf dem zeitherigen Fuss geblieben, und die Gefangenanstalten sind — wenn man die Wahrheit frei und offenherzig sagen will — um nichts verbessert worden.

Des Königs Majestät Allerhöchste Person sind von den verderblichen und nachtheiligen Folgen der fortdauernden unzweckmäßigen Einrichtung und Verwaltung der Gefangenanstalten überzeugt. Allerhöchst dieselben wollen und fordern deren bessere und zweckmäßige Einrichtung sehr ernstlich, und haben auch hierüber in der sub No. 6 unter den Anlagen befindlichen Cabinets-Ordre vom 1sten Febr. 1799 die Allerhöchste Inten-

tion ausführlich zu erkennen zu geben, und zu befehlen geruhet: daß zweckmäßige Besserungsanstalten angelegt werden sollen.

In der Hoffnung, daß die Besserungsanstalten sehr geschwinde und leicht würden angelegt werden können, setzten daher die Circularverordnung und Instruction vom 26sten Febr. 1799 zum voraus: *daß es bereits geschehen sei*, und ordneten, *unter dieser Voraussetzung*, die in selbigen festgesetzten Strafen und Einrichtungen an. —

Ob nun gleich diese Hoffnung demnächst fehlschlug, und man mit der Einrichtung der Besserungsanstalten bis auf diesen Augenblick noch nicht zu Stande gekommen ist, so lassen sich doch vorläufig aus jenen Verordnungen die allgemeinen Grundsätze entnehmen, nach welchen man sie zu organisiren beabsichtigt.

Man will die ältern Strafanstalten beinahe ganz abandonniren; Straf- und Besserungsanstalten mit einander verbinden; die Verbrecher in den Besserungsanstalten *strafen*, und sie zugleich darinn *bessern*, hauptsächlich *moralisch* bessern. —

Der Geheimerath von Warsing und der Syndicus Köls erhielten den Auftrag, die Sache diesen Grundsätzen gemäß weiter zu bearbeiten, und diese haben einen, jenen Grundsätzen gemäß eingerichteten, Entwurf eines *Hauptreglements* für die zu etablirenden Besserungsanstalten eingereicht, welches bei allen Etablissements dieser Art, wodurch man die Verbesserung der Gefangenenanstalten überhaupt bewirken will, zur Grundlage dienen soll.

Ich kann mich von der Ausführbarkeit dieses Entwurfs, so wenig als von der Zweckmäßigkeit des ganzen Plans überzeugen. Meines Ermessens bleibt man von dem vorgesteckten Ziel viel zu weit zurück. —

Der wohlthätige Zweck der Allerhöchsten Cabinets-Ordre vom 1sten Februar 1799 ist auf das Ganze gerichtet. Es sollen die Gefangenanstalten überhaupt verbessert, und insonderheit zweckmäßige Besserungsanstalten angelegt werden.

Und dies ist und bleibt auch der einzige richtige Gesichtspunct, von welchem man bei der Sache ausgehen kann und muß. Es ist das einzige Mittel zur Erreichung des beabsichtigten wohlthätigen Zwecks, und es kann nur auf diesem Wege der ganz offenbaren Inconsequenz ausgewichen werden, in die man unvermeidlich verfallen würde, wenn man sich in den Besserungsanstalten die Besserung, und sogar die *moralische* Besserung der Verbrecher, zum Hauptzweck machen, dagegen aber die Aufbewahrungs- und Strafgefängnisse, *durch welche der Weg zu den Besserungsanstalten nach richtigen Grundsätzen führen muß*, in ihrem jetzigen traurigen Zustande lassen wollte.

Jetzt sind unsere Aufbewahrungs- und Strafgefängnisse nichts anders als *Verführungspepinieren*, das weiß ein jeder; und jenes hiesse also nichts anders, als daß man die Verbrecher erst in den Aufbewahrungs- und Strafgefängnissen noch schlimmer werden lassen wollte, um sie demnächst in den Besserungsanstalten zu bessern, und sogar *moralisch* zu bessern. —

Ein Plan zur zweckmäßigen Verbesserung der Gefangenanstalten, und zur zweckmäßigen Einrichtung der anzulegenden Besserungsanstalten, muß auf das *Ganze* gerichtet sein; er muß schlechterdings das *Ganze* umfassen.

Man scheint dies gefühlt, und auf einen Ausweg gedacht zu haben. Man will nemlich die *altern* schon vorhandenen Strafanstalten auf sich beruhen lassen, und sie beinahe ganz abandonniren; man will Aufbewahrungs-, Straf- und Besserungsanstalten mit einander verbinden, und so, *unter dem Namen der Besserungsanstalten*, nicht eigentliche Besserungsanstalten, sondern *neue* Aufbewahrungs- und Strafgefängnisse anlegen.

Aus dem Entwurf zum Hauptreglement gehet dies ganz klar hervor. Gleich im Eingange heist es; „der Zweck der Besserungsanstalten ist, die unbrauchbaren und schädlichen Mitglieder des Staats wegen begangener Verbrechen zu züchtigen, sie vom Laster zu entwöhnen, zum Fleiß und zur Tugend anzuhalten, und wo möglich zu bessern.“ Demnächst wird im 1ten, 2ten, 3ten, 4ten und 5ten §pho näher bestimmt, was für Personen zur Aufnahme in die Besserungsanstalten qualificirt sind, auch ferner im 7ten §pho festgesetzt, daß alle *schwere*, nicht Todesverbrecher, und überhaupt alle Verbrecher, deren Verurtheilung auf längere oder kürzere Zeit unbedenklich ist, gleich nach geschlossener Untersuchung, in die Besserungsanstalten aufgenommen werden sollen. Als eine Folge aller dieser Dispositionen wird im 8ten §pho geordnet: „es sollen mit-

„hin künftig nur solche Personen, welche für ehrlos erklärt, oder zu lebenswieriger Einsperrung verurtheilt worden, zur Festung, *alle andere Verbrecher* aber zur Besserungsanstalt condemnirt werden.“

Heißt das etwas anders, als dafs man die ältern schon vorhandenen Gefangenenanstalten auf sich beruhen lassen, und unter dem Namen der Besserungsanstalten *neue* an deren Stelle anlegen will?

Ich kann mich von der Zweckmäfsigkeit dieses gewählten Ausweges nicht überzeugen. Denn nicht zu gedenken, dafs die unter dem Namen der Besserungsanstalten *neu* anzulegenden Gefangenenanstalten, nach dem entworfenen Plan, beinahe eben die Fehler haben würden, über die man sich bei den jetzt vorhandenen mit Recht beklagt, und dafs darinn den häufigen Verführungen eben so wenig vorgebeugt werden würde, als in den schon vorhandenen, wie ich zu seiner Zeit weiter auszuführen mir vorbehalte; so würde doch auch, durch diese schon an und für sich *zweckwidrige* Verbindung der Aufbewahrungs-, Straf- und Besserungsanstalten, der ganze wohlthätige Zweck der letzteren (es sei nun, dafs man dabei beharren will, ihn hauptsächlich auf eine *moralische Besserung* zu richten, oder dafs man ihn auf eine *physische Besserung*, wenn ich mich so ausdrücken darf, das heisst: auf eine durch *mechanisches Gewöhnen* zur Arbeit und Ordnung bewirkte Unterdrückung der verderbten Neigungen einschränken will) gänzlich verfehlt werden.

Ausserdem würde der Kostenaufwand, welcher erfordert werden würde, wenn man von den schon

vorhandenen Strafanstalten beinahe gar keinen Gebrauch machen, sondern ganz neue an deren Stelle setzen wollte, viel zu groß sein, als daß man einen solchen Plan je ausführen könnte.

Und wozu sollte denn auch dieser übermäßige Kostenaufwand dienen? welchen Nutzen könnte man davon erwarten?

In den neu acquirirten Provinzen fehlt es freilich noch an den nöthigen Gefangenanstalten überhaupt, und dort kann fürs erste, und so lange nicht dem dringendern Bedürfnis von Aufbewahrungs- und Strafgefängnissen abgeholfen ist, von eigentlichen Besserungsanstalten noch nicht die Rede sein.

In den älteren Provinzen ist das aber nicht der Fall. Die Mark, Pommern, Magdeburg, Halberstadt, Schlesien, Altostpreußen, Westphalen und Franken sind im Ganzen mit zureichenden Gefangenanstalten versehen.

Ich getraue mir, unter der Voraussetzung: daß Aufbewahrung Behufs der Besserung und Nachweisung eines ehrlichen Fortkommens, bloß auf diejenigen Personen eingeschränket wird, gegen deren eingewurzelte Neigung zum Verbrechen der Staat sich sicher zu stellen berechtigt ist, diesen Satz, auch ganz ohne Rücksicht auf die unter Mitwirkung der *Stände* neu angelegten *Landarmenhäuser*, zu behaupten und zu beweisen. Nimmt man aber auch auf diese Rücksicht, dann ist es vollends unbedenklich, daß es uns in den ältern Provinzen an den nöthigen Gefangenanstalten nicht fehlt. Und warum wollte man darauf, bei einer vollständigen und

zweckmäßigen Verbesserung der Gefangenanstalten, nicht rechnen? Niemand ist bei der Sache mehr interessirt, als die *Stände* selbst. Die Sicherheit ihres Eigenthums hängt von der besseren Einrichtung der Gefangenanstalten ab, und die liegt ihnen am Herzen. Ich bin aufs gewisseste und vollkommenste überzeugt, daß sie mit Vergnügen die Hand dazu bieten würden, wenn man in diesen Armenhäusern Besserungsanstalten, und allenfalls auch gemeinschaftliche Inquisitoriatgefängnisse anlegen wollte, besonders wenn man ihnen, wie billig geschehen müßte, und zweckmäßig geschehen könnte, die Mitverwaltung derselben nach wie vor überliesse.

Es fehlt in jenen älteren Provinzen auch nicht an zureichenden Fonds zur bessern und zweckmäßiger Einrichtung der Gefangenanstalten und zur Anlegung zweckmäßiger Besserungsanstalten. Der Staat braucht dazu, nach meiner Überzeugung, und so weit ich die Sache bis jetzt überschauen kann, ausser den schon zu den Gefangenanstalten dieser Provinzen gewidmeten Fonds, *keinen Groschen* zu verwenden. —

Der entworfene Plan zur Verbesserung der Gefangenanstalten ist also weder zweckmäßig noch ausführbar, und die *zweite* angegebene *Hauptquelle des Übels* der sichtbaren, täglich zunehmenden Vermehrung der Verbrecher gegen die Sicherheit des Eigenthums würde durch die Ausführung desselben, wenn sie auch an und für sich möglich wäre, nicht verstopft werden.

Die *dritte Hauptquelle* des Übels der zunehmen-

den Vermehrung der Verbrecher gegen die Sicherheit des Eigenthums liegt endlich ganz unstreitig in dem noch immer zu langsamem Gang der Criminalprocesse, und in der oft zu lange verzögerten Bestrafung der Verbrecher.

Die Zwecke des *Androhens* und der *Vollstreckung* der Strafen kommen zwar, wie ich unten weiter auszuführen Gelegenheit haben werde, in dem ihnen gemeinschaftlichen Hauptzweck zusammen:

Verbrechen zu verhüten.

Der *specielle* Zweck der *Vollstreckung* der Strafen aber besteht darinn: das Androhen der Strafen wirksam zu machen; es soll dadurch der ganzen Volksmasse ein sichtbarer Beweis der Gerechtigkeit des Staats und der Gesetze vor Augen gelegt, und zugleich ein abschreckendes, in die Sinne fallendes Beispiel der unausbleiblichen Folgen des Verbrechens aufgestellt werden. —

Es bedarf kaum einer Bemerkung, daß dieser *specielle* Zweck der *Vollstreckung* der Strafen durch nichts mehr vereitelt wird, als durch eine langsame und späte *Vollstreckung* derselben. Was lange ausbleibt, das hält der sinnliche und ungebildete Mensch nicht für unausbleiblich. Er ist gewohnt, nur zwischen solchen Begebenheiten und Erscheinungen, welche unmittelbar auf einander folgen, eine sogenannte Causalverbindung voranzusetzen und anzuerkennen. Verläuft, zwischen der Ursache und den Folgen derselben, ein für das Combinationsvermögen des sinnlichen Menschen zu großer Zeitraum,

so findet er selten eine solche Verbindung, und nie fühlt er sie lebhaft. —

Wird zum Beispiel der Verbrecher, welcher ein Verbrechen begeht, unmittelbar nach der That vom Gewitter erschlagen, so findet der sinnliche Mensch hierinn Ursache und Folge, und eine unmittelbare göttliche Bestrafung des Verbrechers; lebt aber der Verbrecher noch einige Jahre fort, und wird dann vom Blitz getroffen, so fällt es ihm selten ein, daß dies eine Folge des begangenen Verbrechens sein könnte.

Und beinahe eben dies ist auch der Fall bei Vollstreckung der *bürgerlichen* Strafen. Trifft den Verbrecher erst nach langer Zeit die Strafe des Gesetzes, so *fühlt* der ungebildete sinnliche Mensch nie mit wirksamer Lebhaftigkeit, daß die Strafe eine *unausbleibliche* Folge des Verbrechens sei. Oft ist es sogar schwer, dies seinem Verstand *begreiflich* zu machen; — und soll also die Strafe ihre *volle* Wirkung haben, so muß dem sinnlichen Menschen das Verbrechen, dessen Folge die Strafe ist, bei Vollstreckung der Strafe noch eben so *sinnlich* gegenwärtig sein, als es ihm bei der ersten Nachricht von dem Begehen des Verbrechens gegenwärtig war. —

Fast ein jedes Verbrechen erregt bei der Volksmasse anfänglich Widerwillen und Abscheu gegen den Verbrecher. Straft es der Staat zu einer Zeit, in welcher das Andenken desselben noch gegenwärtig, und die dadurch erregten Gefühle noch lebhaft sind, so ist beinahe ein jeder für die Ein-

drücke, welche die Strafe machen soll, empfänglich. Die Gefühle für die Gerechtigkeit des Staats und der Abscheu gegen das Verbrechen drücken sich dann tief ein. Ein jeder billigt die Strafe, ein jeder betrachtet sie als eine gewisse und unausbleibliche Folge des Verbrechens. Der Staat erscheint jedem gerecht, die Gesetze kraftvoll, und die Criminalgerichtshöfe strenge und furchtbar; und gerade das wird erfordert, wenn die zum Verbrechen reizende *Sinnlichkeit* vom Verbrechen lebhaft zurückgeschreckt, wenn die Macht des *sinnlichen* Eindrucks der Strafe statt haben und erhalten werden soll. —

Ganz andere Empfindungen regen sich aber, wenn der Verbrecher erst nach Jahren, und nachdem schon der Widerwille und Abscheu gegen ihn geschwächt ist, bestraft wird. Der Mensch ist von Natur gut und weichherzig. Der Verbrecher, gegen den er anfänglich Widerwillen und Abscheu empfand, erscheint ihm mit dem Lauf der Zeit als ein blos schwacher, gefallener Mensch. Mitleiden tritt an die Stelle des Widerwillens und Abscheus. Er ist in dieser Stimmung geneigt, die Gerechtigkeit des Staats und der Gesetze zu bezweifeln. Die Gesetze erscheinen ihm nicht kraftvoll, sondern schwach; die Gerichtshöfe nicht strenge und furchtbar, sondern sorglos und nachlässig. Er betrachtet die Strafe nicht als eine gewisse, unausbleibliche Folge des Verbrechens, und weiß oft nicht recht, was er daraus machen soll, daß der Verbrecher erst nach so langer Zeit bestraft wird. —

So geht der Eindruck beinahe ganz verloren, den der Staat durch *öffentliche* Vollstreckung bürgerlicher Strafen auf die *Sinnlichkeit* der Volksmasse zu machen beabsichtigt, und auch das *Androhen* der Strafen wird dadurch unwirksam. —

Alle *angedrohte Strafen* sollen, vermöge ihres *speciellen* Zwecks, ein Gleichgewicht gegen die Neigung zum Verbrechen und gegen die Vorthelle sein, welche sich der Verbrecher von der Ausführung des Verbrechens verspricht. Betrachtet nun der zu unrechtlichen Handlungen geneigte Verbrecher die *angedrohte Strafe* nicht als eine *unausbleibliche, unmittelbare* Folge des Verbrechens, so wird dieser Zweck grösstentheils verfehlt. Die *angedrohten Strafen* hören dann auf, ein *Gleichgewicht* gegen die Neigung zum Verbrechen zu sein; wenigstens erscheinen sie dem Verbrecher nie so furchtbar und lebhaft, als es nach der Absicht des *Androhens* der Strafen geschehen sollte.

Sinnlichkeit reizt ihn zum Verbrechen. Er sieht die *vermeintlichen* Vorthelle des beabsichtigten Verbrechens als gewiss, ganz nahe vor sich liegen; das Vollstrecken der *angedrohten Strafe* aber hält er noch für ungewiss, und ist überzeugt, daß wenigstens in jedem Fall, selbst wenn er wirklich entdeckt werden sollte, zwischen der That und der Strafe noch immer eine große Kluft vorhanden bleibt, daß die Strafe dem Verbrechen nicht unmittelbar folgt. Die als gewiss, ganz in der Nähe vor ihm liegenden *vermeintlichen Vorthelle* des Verbrechens erscheinen ihm also *groß*; die Strafen

aber, die er als ungewiß nur in weiter Entfernung erblickt, *klein* und unbedeutend, und das um so mehr, als es eine ausgemachte Wahrheit ist: daß dem sinnlichen Menschen, *moralische* Gegenstände eben sowohl als *körperliche*, nach dem Verhältniß der Entfernung verkleinert erscheinen.

Späte und langsame Vollstreckung der Strafen verfehlt also ihren eigenen Zweck, macht zugleich das Androhen der Strafen unwirksam, und vermehrt solchergestalt die Zahl der Verbrecher.

Leider ist es zeither auch unser Fall gewesen, daß durch zu späte und langsame Vollstreckung der Strafen die Wirkung der angedrohten Strafen sehr merklich gehemmt worden ist.

Die in der Anlage No. 6 beigefügte Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 1sten Febr. 1799 rügt diesen Fehler unserer Criminalverfassung ganz vorzüglich, und befiehlt die Abstellung desselben sehr ernstlich. Die Vorschriften der Instruction vom 26sten Febr. 1799 sind daher mit darauf gerichtet, und es entsteht also wieder die Frage: ob und in wiefern durch dieselben diese Quelle der Vermehrung der Verbrecher bereits ganz oder zum Theil, *zweckmäßig*, mithin nicht auf Kosten der Sache selbst verstopft sei?

Die *erste* in der nur gedachten Instruction deshalb §. 15 getroffene Verfügung, „nach welcher das „Beschwören des Werths der gestohlenen Sachen „in der Regel abgeschafft ist,“ halte ich, im Ganzen betrachtet, für zweckmäßig. Durch die sonst immer nothwendig erforderte eidliche Bestärkung

des *corporis delicti* ward der Gang der Criminalpro-
 cesse zum öftern ganz ohne Noth und Nutzen ver-
 zögert. Die Abschaffung derselben war wünschens-
 werth. Aber so *allgemein* als geschehen, konnte sie
 nicht abgeschafft werden; und dann mußte auch
 die Abschaffung, wenn der beabsichtigte Zweck voll-
 ständig erreicht werden sollte, *bestimmter* erfolgen.
 Sie ist zu *allgemein* abgeschafft, weil sie da, wo der
 Werth des Gestohlenen auf Bestimmung der Strafe
 wesentlichen Einfluß hat (wie zum Beispiel, wenn
 es zweifelhaft ist, ob der Werth des Gestohlenen
 5 Rthlr. übersteigt oder nicht), unentbehrlich ist
 und bleibt, und nicht anders, als auf Kosten der
 materiellen Entscheidung abgeschafft werden kann;
 sie ist aber auch zu *unbestimmt* abgeschafft, weil
 diese Verfügung, in der festgesetzten Art, fast nie
 zur Ausführung kommen kann. Es wird nemlich
 alles von dem Umstande abhängig gemacht: ob der
 Bestohlene, welcher den Werth des Gestohlenen ge-
 wissenhaft anzeigt, von unbescholtenem Ruf, ob es
 eine glaubhafte Person sei oder nicht? Wer soll
 nun diese Frage entscheiden? Der Inquirent oder
 der Richter? und wessen Entscheidung soll den
 Vorzug haben? Beide kennen den Bestohlenen ge-
 meinhin gleich wenig. Beide können es, ohne nä-
 here Untersuchung, nur selten beurtheilen: ob der
 Bestohlene von unbescholtenem Ruf, ob es eine
 glaubhafte Person sei oder nicht? Untersuchungen
 aber können deshalb nicht angestellt werden, ohne
 die Sache nicht noch weitläuftiger zu machen, und
 eben daher kann auch von dieser unbestimmten

Verfügung in den wenigsten Fällen Gebrauch gemacht werden. Ihr Nutzen ist unter diesen Umständen bis jetzt sehr klein und unbedeutend.

Die zweite §. 16 enthaltene Verfügung, „nach welcher es dem Ermessen des Richters überlassen wird, die Untersuchung abzuschließen, wenn auch noch Defensionalzeugen zu vernehmen sind, deren Abhörung nicht hat erfolgen können,“ trägt zur Beschleunigung der Criminalprocesse noch weniger bei. Zwei Fälle lassen sich hier nur denken. Die Umstände oder das *thema probandum*, worüber die Zeugen abgehört werden sollen, sind *entweder* erheblich *oder* unerheblich. Sind sie *unerheblich*, so wurde schon vormals der Abschluß der Instruction darnach nicht aufgehalten; sind sie aber *erheblich*, so müßte der Richter den Beweis *entweder* als nicht geführt annehmen, *oder* er müßte die Richtigkeit alles dessen voraussetzen, was die Zeugen bekunden sollen. Das erstere würde *widerrechtlich* und hart gegen den Verbrecher, das zweite aber offenbar *gefährlich* für das Publicum sein. — Bis jetzt ist mir kein Fall vorgekommen, in welchem die Gerichtshöfe von dieser ihnen ertheilten Befugniß, in einer oder der andern Art, Gebrauch gemacht hätten.

Die dritte §. 17 vorgeschriebene Beschleunigungsmaafsregel, „nach welcher die Untersuchung immer als abgeschlossen angenommen werden soll, wenn der Verbrecher des Verbrechens, weshalb er verhaftet worden, überführt oder geständig ist, ohne die Untersuchung durch Ausmittlung meh-

„rerer Verbrechen aufzuhalten, deren der Verhaftete *verdächtig* ist,“ würde freilich zur Abkürzung der Criminalprocesse führen; manche oft weitläufige Untersuchung würde dadurch ganz vermieden werden. Aber sie ist für das Publicum *gefährlich*, und in dieser Rücksicht zweckwidrig. *Beschleunigung* der Strafe eines vielleicht nur geringen Verbrechens kann zweckmäfsig durch *Unterdrückung* gröfserer Verbrechen, deren ein Verbrecher *verdächtig* ist, nicht erkauft werden. Das geschieht aber, wenn man sich um die Ausmittlung der Verbrechen, deren der Verhaftete sonst *verdächtig* ist, gar nicht weiter bekümmern will, um ihn nur, eines ausgemittelten Verbrechens wegen, *bald* bestrafen zu können. Die Sicherheit des Publicums leidet hierunter, und die Sicherstellung desselben, als das endliche Ziel der ganzen Criminalverwaltung, wird nicht erreicht.

Ein Dieb, von welchem es ausgemittelt ist, dafs er nur *einmal* gestohlen hat, kann blofs mit der gesetzlichen Strafe belegt werden; bestätigt es sich aber bei einer näheren Untersuchung, dafs er sich *mehrerer* Diebstähle schuldig gemacht, dafs er einen Hang zum Stehlen hat, so berechtigt dies den Staat, wie ich im zweiten Theil dieser Schrift weiter auszuführen Gelegenheit haben werde, sich gegen die eingewurzelte Neigung desselben zum Verbrechen sicher zu stellen. Wie wichtig ist es also nicht für den Staat und die Sicherheit desselben: dafs Verbrechen, deren ein Verbrecher *verdächtig*

ist, nicht untersucht bleiben, nicht unterdrückt werden?

Die *vierte* §. 18 und 21 angeordnete Beschleunigungsmaafsregel, setzt fest: „dafs in geringfügigen, leicht zu übersehenden Sachen die Zuordnung eines Vertheidigers gar nicht statt haben, auch nur in sehr wichtigen und verwickelten Sachen das Einbringen schriftlicher Defensionen nachgelassen, in der Regel aber solche vom Vertheidiger zu Protocoll gegeben werden sollen.“ Ich kann mich von dem Nutzen und der Rechtmäfsigkeit dieser Verfügung nicht überzeugen. Ein Vertheidiger oder Rechtsbeistand mufs billig niemanden entzogen werden; denn der Verdacht, auch eines unbedeutenden Diebstahls, ist für die Ehre, für das Glück, Fortkommen und den Wohlstand eines Menschen mit unendlich nachtheiligen Folgen verbunden. Ich gebe es zwar gern zu, dafs die *Vertheidigungen*, so wie sie jetzt zu den Acten kommen, oft, und sogar in der Regel, schlecht und ohne Nutzen für den Angeschuldigten sind. Eines theils folgt aber hieraus weiter nichts, als dafs man, wenn die Gebrechen der jetzigen Criminalverfassung aus dem Grunde geheilt werden sollen, auch in Ansehung der zuzuordnenden Vertheidiger auf zweckmäfsigere Maafsregeln bedacht sein müsse; und andernteils erwäge man doch auch, wodurch man eigentlich so weit gekommen ist, dafs die Defensores jetzt öfters entbehrlich scheinen. Nur durch die eben so gerechte als menschenfreundliche Vorschrift der Gesetze: dafs jede Untersuchung noth-

wendig mit der Defension des Angeschuldigten schliessen müsse, ist man hauptsächlich im Stande gewesen, der Willkühr der Inquirenten Grenzen zu setzen, und ihre Aufmerksamkeit auf strengere Beobachtung der in den Gesetzen vorgeschriebenen Förmlichkeiten einigermaassen anzustrengen. Beobachten sie gegenwärtig die gesetzlichen Formalitäten so sorgfältig, dafs der Vertheidiger nichts zu erinnern findet, und dafs eben darum seine Defension in der Regel wenig erhebliches enthalten kann; so vergesse man doch ja nicht: dafs dies ein Vorzug ist, der eben nur durch die eingeführte Nothwendigkeit der Defensionen hauptsächlich erreicht werden konnte, und der möglicher-, ich darf sagen wahrscheinlicherweise, mit der Beschränkung der Defensionsfreiheit wieder verloren gehen könnte und würde.

Was endlich die Defensionen *ad protocollum* betrifft, so finde ich darinn nur insofern eine Zeitersparung, als man bisher die Defensoren nicht mit Strenge zur Einhaltung der Defensionsfristen angehalten hat. Thut man letzteres durch zweckdienliche Maafsregeln, so wird der Defensionspunct beinahe eben so schnell berichtigt werden, wenn man auch, nach wie vor, schriftliche Defensionen zuläfst.

Dafs aber von schriftlichen Defensionen der beabsichtigte Zweck besser, als durch die Defensionen *ad protocollum*, zu erwarten sei, wird wohl niemand bezweifeln. Schon der Umstand: dafs es eine Hauptpflicht des Vertheidigers ist, die bei der Un-

tersuchung vorgefallenen Fehler und Irregularitäten des Inquirenten zu rügen, macht es sehr bedenklich, dergleichen Rügen, durch eben diesen Inquirenten, zu Protocoll nehmen zu lassen. —

Vielleicht würde der Ruhm der Preussischen Criminaljustiz, bei Gelegenheit des Sieradzischen und Warthaschen Brandes, nicht in die Gefahr gerathen sein, in welcher er sich befand, wenn man schriftliche Vertheidigungen der Angeschuldigten zugelassen hätte. —

Die fünfte §. 19, 20 und 23 vorgeschriebene Beschleunigungsmaafsregel besteht darinn: „dafs nach dem Schluß der Instruction ein *status caussae* entworfen, solcher mit dem Verbrecher und dessen etwanigen Vertheidiger durchgegangen, derselbe demnächst auch von dem Referenten mit den Acten sorgfältig verglichen, ergänzt und berichtet werden, sodann aber bei Abfassung der schriftlichen Relationen zum Grunde gelegt, und in den Relationen nur der mit Gründen unterstützte Strafantrag formirt werden soll.“

Insofern dieser *status caussae* blofs dazu dienen soll, den Inquirenten, am Schluß der Untersuchung, zu einer nochmaligen vollständigen Übersicht der Sache zu veranlassen, und ihm Gelegenheit zu geben, die etwa noch vorhandenen Lücken der Untersuchung selbst zu bemerken, ohne erst ein mit Zeitverlust verbundenes *Resolutum* des erkennenden Richters zu erwarten: würde ich dabei nichts weiter zu erinnern wissen, als dafs es bei nicht weitläufigen, leicht zu übersehenden Sachen, dieser

III

neuen, zu Verzögerungen Anlaß gebenden, *Förmlichkeit* kaum bedarf; daß es aber bei wichtigen und verwickelten Sachen um so zweckmäßiger sein dürfte, es, auch in Ansehung der Diebe und ähnlicher Verbrecher, bei der sonst üblichen *Specialinquisition* zu belassen, als solche in den Händen eines geschickten Inquirenten ganz unstreitig das beste Mittel ist und bleibt, den Inquisiten mit sich selbst in Widerspruch, und dadurch zum Geständnis zu bringen.

Eine gut und vorsichtig angeordnete *Specialinquisition* in dem Sieradz- und Warthaschen Brandstiftungsfall würde höchst wahrscheinlich zu der Entdeckung geführt haben, daß die Geständnisse der sämtlichen Angeschuldigten unwahr, und die Übereinstimmung dieser Geständnisse bloß durch die zu raschen und unzeitigen Confrontationen aller Angeschuldigten hervorgebracht war. —

Insofern dahingegen jener *status caussae* zur Erleichterung der Arbeit des Referenten, und zur Beschleunigung der Untersuchungen dienen soll, kann ich mich von der Zweckmäßigkeit desselben nicht überzeugen. Gesetzt auch, daß der vom Inquirenten entworfene, vom Referenten mit den Acten sorgfältig verglichene, ergänzte und berichtigte *status caussae*, ganz ohne Nachtheil der materiellen Entscheidung einer Sache, bei Abfassung der schriftlichen Relation zum Grunde gelegt werden könnte: so ist es doch in die Augen leuchtend, daß der Inquirent zur Anfertigung dieses *status caussae* eben so viel Zeit verwenden muß, als der Referent dazu

gebraucht, um solchen aus den Acten zu extrahiren, und in seiner Relation vorzutragen. Ist es also nicht immer gleichviel, ob die Acten sich während dieser Zeit in den Händen des *Inquirenten* oder des *Referenten* befinden? Ich sollte es meinen; die Zeit aber, welche der Referent nun noch darauf verwenden muß, den vom *Inquirenten* angefertigten *statum caussae* mit den Acten sorgfältig zu vergleichen, zu ergänzen und zu berichtigen, geht immer verlohren, und überdem leidet bei dieser Verfahrungsart das Materielle der Sache.

Es ist nemlich bei der jetzigen Einrichtung des Criminalwesens von besonderem Nutzen, daß das Erkenntniß nicht von eben der Person, welche die Untersuchung geführt hat, abgefaßt wird, und nichts als dies trägt so sehr dazu bei, daß *einseitige* Beurtheilung der Sache vermieden wird. — Das Erkenntniß in der Sieradzischen Brandstiftungssache würde vielleicht nie gefällt worden sein, wenn es nicht die Untersuchungscommission selbst abgefaßt, oder wenn die dringende Beschleunigung der Sache erlaubt hätte, dem Cammergericht die Acten mit dem Erkenntniß zur ruhigen Prüfung und Erstattung eines rech lichen Gutachtens vorzulegen. — Soll nun aber der Referent den *statum caussae* des *Inquirenten* zum Grunde legen, und thut er dies, so gehet dieser Nutzen beinahe ganz verloren. Der Referent wird nicht allein selbst, sondern auch das Collegium, dem der Vortrag geschieht, ganz unvermerkt in den Ideengang des *Inquirenten* geführt, und dadurch zur *Einseitigkeit*

der Beurtheilung ein sehr erheblicher Anlaß gegeben. —

Die Vorschrift, daß der Referent die Richtigkeit des *status causae* sorgfältig prüfen soll, sichert gegen diese Besorgniß nicht. Der *status causae* kann in gewisser Art richtig, und doch einseitig sein, und zur einseitigen Ansicht der Sache Anlaß geben. Wer es weiß, wie oft man, erst bei eigener Bearbeitung einer Sache, die Fehler eines andern entdeckt, die man bei der bloßen Prüfung, ohne selbst die Feder anzusetzen, nicht bemerkt haben würde, dem wird meine Besorgniß weder gesucht noch unerheblich scheinen.

Nun denke man sich aber vollends die Sache in den Händen eines flüchtigen, minder gewissenhaften Referenten, und das Resultat aller dieser Betrachtungen wird unmöglich ein anderes sein können: als daß die Vorschrift wegen des *status causae*, von der ich schon oben gezeigt habe, daß sie zur Beschleunigung der Sache nichts beiträgt, der materiellen Entscheidung höchst nachtheilig werden kann.

Der übrigen mit dieser Verfahrensart verbundenen Inconvenienzen: daß die Acten des Spruchcollegii unvollständig bleiben; daß die Bestätigung der Criminalurtheil erschwert wird; und daß der Inquisit ein unvollständiges Urtheil erhält, welches er und sein Defensor, ohne Einsicht der Acten, nicht verstehen und beurtheilen können, will ich gar nicht einmal erwähnen. —

Die meisten unsrer Gerichtshöfe haben diese

Inconvenienzen so sehr gefühlt, daß nur die allerwenigsten von der den Referenten ertheilten Befugniß, den vom Inquirenten entworfenen *statum causae* bei ihren Relationen zum Grunde zu legen, Gebrauch gemacht haben. Zugleich aber muß ich auch gestehen, daß ich bisher beinahe noch gar keine andere, als schlecht und flüchtig gearbeitete *status causae* gesehen habe. Hauptsächlich mag dies mit darinn seinen Grund haben, daß die Inquirenten das Anfertigen derselben als einen *Hofedienst* ansehen, welchen sie dem Referenten leisten sollen, ob ich gleich nicht leugnen will, daß sie auch oft der Sache nicht gewachsen sind.

Die *sechste* §. 22 und 23 vorgeschriebene Beschleunigungsmaafsregel besteht darinn: „daß es dem Ermessen des Dirigenten des Spruchcollegii überlassen bleiben soll, ob in der Sache mündlich oder schriftlich zu referiren sei, und ob es der Ernennung eines Correferenten bedürfe oder nicht, mit der ertheilten Erlaubniß, daß der Referent seine Relation dem Correferenten zustellen kann, damit dieser nicht besonders zu referiren brauche, sondern nur seine Bemerkungen hinzufügen könne.“

Auch diese Beschleunigungsmaafsregel, insofern sie wirklich als eine solche betrachtet werden kann, scheint mir auf Kosten der *materiellen* Entscheidung der Sache angeordnet zu sein. Ein *mündliches* Referiren in Criminalsachen würde ich *nie* gestatten. Auch bei dem gewissenhaftesten Referenten ist das Arbeiten mit der Feder in der Hand ganz etwas

andres, als das Lesen der Acten, um einen bloß mündlichen Vortrag daraus zu halten. Bei jenem bieten sich oft und fast immer Bedenken zur Prüfung dar, welche bei dem bloß mündlichen Vortrage gar leicht übersehen werden.

Wie gefährlich ist aber nicht vollends das mündliche Referiren eines flüchtig und oberflächlich arbeitenden Referenten? Bei der schriftlichen Ausarbeitung wird er gewissermaßen gezwungen, dem Collegio wenigstens so viel vorzutragen, daß dieses zu näheren Fragen, zum Nachschlagen und zur Einsicht der Acten veranlaßt wird. Wie sehr werden diese Veranlassungen vermindert, wenn das Collegium weiter nichts von der Sache erfährt, als was das flüchtige Lesen der Acten in dem Gedächtniß eines leichtsinnigen Referenten zurückgelassen hat? Beim schriftlichen Referiren muß sich auch der leichtsinnigste Referent schon darum der Treue und Vollständigkeit mehr befleißigen, weil seine schriftliche Relation bei den Acten bleibt, und er, wenn Flüchtigkeiten und Unvollständigkeiten ihm einmal zur Last gelegt werden, aus jener Arbeit immer controllirt und überführt werden kann. Diese Controlle hat er aber gar nicht zu scheuen, wenn auf seinen bloß mündlichen Vortrag die Sache abgeurtheilt ist. Denn wer kann es ausmitteln, ob er vollständig vorgetragen, oder ob das Collegium seinen vollständigen Vortrag überhört, oder auch das nicht betrachtete Factum als unerheblich verworfen habe?

Es giebt in Criminalsachen, und besonders

auch bei Diebstählen, keine *Bagatellsachen*. Der Nachtheil eines unrichtigen Criminalurtheils läßt sich gar nicht berechnen. Der gute Ruf des Angeeschuldigten, und also der größte Theil seines Lebensglücks, stehet einerseits, und andererseits die Sicherheit des Publicums auf dem Spiel. Beides kann nie als *Bagatellsache* betrachtet werden, und wie läßt es sich also vertheidigen: daß man Criminalsachen als Bagatellen, mit mehrerer Leichtigkeit als Civilsachen, behandeln will, um sie nur bald abzumachen?

Eher läßt es sich vertheidigen und rechtfertigen: daß nicht in allen Sachen zwei Referenten ernannt werden sollen, ob ich gleich aufrichtig gestehe, daß mir das ununterbrochene Verfahren der Criminaldeputation des Cammergerichts weit vorzüglicher zu sein scheint, nach welchem in allen Sachen Re- und Correferenten bestellt, erstere aber, bei minder wichtigen Sachen, aus der Zahl der Referendarien erwählt werden.

Der jetzige verdienstvolle Cammergerichts-Präsident von Kirchheim verbindet hiermit noch die Maafsregel: daß er sich selbst in fast allen den Referendarien zugeschriebenen Sachen zum Correferenten ernennt. An Verschleppung oder Verzögerung der Sache ist also gar nicht zu denken, und so wird Beschleunigung und gründliche Bearbeitung der Sachen mit der Bildung geschickter Criminalrichter verbunden.

Die Verfügung, daß der Referent seine Relation dem Correferenten zustellen soll, damit dieser

nicht besonders zu referiren brauche, sondern nur seine Bemerkungen hinzufügen könne, enthält übrigens nichts *neues*. Es ist solches schon immer geschehen, und kann mithin auch, als eine *neue* Beschleunigungsmaafsregel, nicht angesehen werden.

Die *siebente* §. 25 vorgeschriebene Beschleunigungsmaafsregel: „dafs der Referent seine Arbeit „binnen 8 bis 14 Tagen, der Correferent aber immer binnen 8 Tagen abliefern soll,“ ist an sich vollkommen gut und zweckmäfsig. Thätige Dirigenten der Spruchcollegien gestatteten ihren Referenten und Correferenten indessen auch schon vormals keine pflichtwidrige Verschleppung der ihnen distribuirten Sachen. Auf den Eifer und die Thätigkeit derselben wird es auch noch ferner ankommen; denn jene Vorschrift ist übrigens von der Art, dafs sie, ohne eine sorgfältige und ununterbrochene Controlle der Dirigenten der Spruchcollegien und der höhern Behörden, keine mehrere Wirkung verspricht, als alle andere in den Civil- und Criminalgesetzen bestimmte Fristen.

Die *achte* §. 28 und 29 vorgeschriebene Beschleunigungsmaafsregel, „nach welcher die Frist „zur Einlegung des Rechtsmittels der weitem Vertheidigung auf *drei Tage* eingeschränkt, und festgesetzt wird, dafs *Verschärfung* des Erkenntnisses „der ersten Instanz erfolgen soll, wenn ein verurtheilter Dieb, ohne hinlänglichen Grund, sich des „Rechtsmittels der weitem Vertheidigung bedient,“ kann ich nicht als eine zweckmäfsige Beschleunigungsmaafsregel anerkennen.

Die Einschränkung der sonstigen zehntägigen Frist zur Einlegung des Rechtsmittels der weitem Vertheidigung auf eine dreitägige Frist ist zu unbedeutend, als daß ich darüber etwas zu sagen hätte. Dagegen ist der übrige Theil dieser Verfügung von der äussersten Wichtigkeit. Es streitet mit allen rechtlichen Grundsätzen, und mit der ganzen Analogie der Rechte: daß ein Erkenntniß, auf das eingewandte Rechtsmittel dessen, der sich durch den Ausspruch zu hart bestraft glaubt, bloß darum, weil er sich hierunter irrt, noch mehr verschärft werden solle. Die bei einigen Gerichtshöfen in Civilprocessen eingeführten, mit Recht verhaßten *Succumbenzgelder* sollen zwar als die Strafe eines ohne hinlänglichen Grund eingewandten Rechtsmittels angesehen werden. Aber sind sie es denn auch wirklich? Wer es weiß, wie verschieden oft die Meinungen der Richter in einzelnen Rechtsfällen sind, und daß oft auch das letzte Erkenntniß *materialiter* sehr unrichtig sein kann, wenn es gleich *formaliter* unumstößlich und unabänderlich ist, der wird dies wohl nicht behaupten wollen. Und nun denke man sich den großen Unterschied zwischen Civil- und Criminalgesetzen. Letztere können ihrer Natur nach nicht so bestimmt sein, als die ersten. Auch der beste Criminalcodex muß der Willkühr des Criminalrichters einen weit größern Spielraum überlassen. Wie verschieden sind also in Criminalfällen nicht die Meinungen der Richter, und wie besonders verschieden müssen sie nicht bei der *unbestimmten* Fassung der Circular-

verordnung vom 26sten Februar 1799 ausfallen? Kann man es also unter diesen Umständen einem Angeschuldigten wohl verdenken, wenn er gegen das erste Erkenntniß ein Rechtsmittel einwendet? kann man ihn deshalb *mit Recht* bestrafen, und sein ohnedem von so vielen zufälligen Umständen abhängiges Schicksal auch noch von dem zufälligen Umstande abhängig machen: ob der Richter der zweiten Instanz zu strengeren oder gelinderen Meinungen geneigt ist? Ich kann mich davon nicht überzeugen, und halte diese Strafe mit dem D. Grollmann zu Gießen für äußerst hart, und schon in dieser Rücksicht unzweckmäßig.⁴⁹⁾

⁴⁹⁾ Er drückt sich darüber in nachstehender Art aus:
 „Unmöglich kann ich es billigen, daß die ohne hinrei-
 „chenden Grund geschehene Einwendung eines Rechtsmittels
 „wider das eröffnete Urtheil als Grund betrachtet werde,
 „aus welchem eine erhöhte Strafbarkeit des Diebes abzu-
 „leiten sei. Man kann es dem Verbrecher nicht verdenken,
 „wenn er, zumal wo das Gesetz, *wie hier*, die Bestim-
 „mung der Quantität und Qualität der Strafe dem Ermessen
 „des Richters überläßt, durch die Ergreifung eines Rechts-
 „mittels, sich vielleicht von einem Theile der zuerkannten
 „Strafe zu befreien sucht, und wer möchte es einem Ver-
 „brecher zurechnen, daß er, auch bei einer gerechten will-
 „kürlichen Strafe, zur Beurtheilung dieser Gerechtigkeit
 „derselben, nicht durchaus bei seinem individuellen Ur-
 „theile gerade dieselben Gesichtspuncte auffasste, wie der
 „die Strafe bestimmende Richter? Man würde zum we-

Sie ist es aber auch noch in einer andern Rücksicht. An und für sich wird sich dadurch der verschmitzte Verbrecher von der Einlegung des Rechtsmittels nicht abhalten lassen. Er handelt gemeinlich, ohne weitere Rücksicht, nach dem Grundsatz: Zeit gewonnen, viel gewonnen, und der Zweck jener Verfügung wird also in den wichtigsten Fällen verfehlt. Minder gefährliche und weniger verschmitzte Verbrecher aber leiden darunter, besonders wenn sich der die Untersuchung führende Richter die Arbeit der Instruction eines Rechtsmittels ersparen will, oder Bedenken trägt, die von ihm in der ersten Instanz instruirten Acten den höhern Behörden vorzulegen, mithin, wie es gewiss nicht selten geschieht, die ihm übertragene Verwarnung *übertreibt*, und dadurch den Verbrecher von Einlegung eines Rechtsmittels gegen ein Erkenntniß abhält, welches in den höhern Instanzen zu seinem Vorthail hätte geändert werden können.

Zwangsmittel dieser Art sind widerrechtlich, wie ein jeder zugestehen wird; sie sind aber bei jener Verfügung gar nicht zu vermeiden, und von derselben unzertrennlich.

„nigsten alsdann voraussetzen müssen, *dass der Verbrecher*
 „*ein eben so grosser Criminalist wie der Richter gewesen*
 „*sein müsse.*“

Bibliothek für die peinliche Rechtswissenschaft und Gesetzkunde. Ersten Theils drittes Stück. Seite 8 der Miscellen.

Die *neunte* und letzte §. 27, 31 und 35 vorgeschriebene Beschleunigungsmaafsregel bezieht sich endlich auf das Verfahren bei Einsendung der Erkenntnisse zur Bestätigung, und auf die *Einschränkung der höheren Confirmationen*.

Ich behalte mir vor, vielleicht in einer andern besondern Schrift das Unzweckmäfsige dieser vermeintlichen Beschleunigungsmaafsregel ausführlich zu zeigen, und darzuthun: dafs der Nutzen der höheren Bestätigungen, wenn sie nach richtigen Grundsätzen angeordnet sind, alle etwanige damit verbundene, leicht zu hebende Inconvenienzen sehr weit überwiegt; hier bemerke ich für jetzt nur: dafs das, was deshalb in der Circularverordnung enthalten ist, ohne eine gänzliche Störung des Ganges der Geschäfte gar nicht zur Ausführung hat gebracht werden können, und dafs man daher genöthigt gewesen ist, die Ausführung jener Verfügungen zu suspendiren.

Es ergiebt sich aus dem allen von selbst, wie wenig zeither auch die oben angegebene *dritte Hauptquelle des Uebels* verstopft worden ist, und dafs solche weit tiefer liegen müsse, als dafs sie durch dergleichen *Palliative* verstopft werden könnte.

Die Erfahrung scheint zwar diesem Behaupten zu widersprechen. Ich selbst kann nicht leugnen, was die *Procefstabellen* aufs vollständigste, ganz unwidersprechlich beweisen: dafs nemlich die Criminaluntersuchungen jetzt, gegen vormals, ganz ohne Vergleich schneller betrieben und beendigt werden.

Aber man glaube doch ja nicht, daß das Publicum dies jenen Verfügungen zu verdanken habe. Es hat es bloß und allein dem glücklichen Umstande zu danken: daß Se. Majestät Allerhöchstselbst, überzeugt von der Unvollkommenheit der gegenwärtigen Criminalverfassung, Ihre Aufmerksamkeit auf diesen wichtigen Zweig der Staatsverwaltung ganz vorzüglich gerichtet haben. Aufgemuntert und angefeuert durch diese Aufmerksamkeit, und durch den auf das nachdrücklichste verkündigten Willen des Monarchen, haben die höheren Staatsbehörden ihre Aufsicht auf die Verwaltung des Criminalwesens verdoppelt. Dieser Eifer hat sich weiter herab bis zu den einzelnen Gerichtshöfen und Inquirenten verbreitet. Man hat aufgehört, die Criminalsachen so ganz, als *Nebensachen* zu betrachten und zu behandeln. Der Wunsch, durch Fleiß und Pflichtmäßigkeit die erhabenen Absichten des Monarchen erfüllen zu helfen, und das Bewußtsein einer sorgfältigen, ununterbrochenen Controlle der höheren Behörden, verbunden mit der Furcht vor einer strengen Censur und Bestrafung, haben eine Thätigkeit hervorgebracht, welche schon jetzt die wohlthätigsten Früchte hervorbringt, und mehr wie alles den unstreitig richtigen Satz bestätigt: *daß strenge Aufsicht von oben herab es vorzüglich ist, durch welche eine zweckmäßige Handhabung der Criminalgesetze erreicht werden kann, und daß, durch diese strenge Aufsicht, selbst mangelhafte und unzweckmäßige Gesetze zu dem Zweck führen, der, ohne jene Aufsicht,*

selbst von den besten Gesetzen nicht erwartet und erreicht werden kann.

Von dieser Seite betrachtet muß ich selbst den Verordnungen vom 26ten Febr. 1799, wenn ich gleich dem materiellen Inhalt derselben keinen Antheil an der jetzigen Beschleunigung der Criminalprocesse einräumen kann, die Gerechtigkeit wiederfahren lassen, daß ihre Existenz von großem Nutzen für die Sache gewesen ist. Diese Verordnungen und zugleich die fortgesetzten Arbeiten an einer bessern Criminalproceßordnung, und an zweckmäßiger Einrichtung der Gefangenanstalten, von welchen das ganze Publicum Kenntniß hat, und woran es so warmen Antheil nimmt, belehrten die Criminalrichter, mit welchem Eifer und Ernst der Monarch sowohl als die höheren Staatsbehörden jetzt eine für die Menschheit so wichtige Sache betreiben. Dieser Eifer wurde allgemein rege, und auch ich habe, durch ehrfurchtsvolle Empfindung und Anerkennung der so höchstwohlwollenden Gesinnungen des Monarchen nicht minder, als durch eigenes Pflichtgefühl und Patriotismus angetrieben, alles was in meinen Kräften stand, und wozu ich bei Einsendung der Acten zur Confirmation so mannichfaltige Gelegenheit hatte, gewirkt, und mir angelegen sein lassen, diesen Eifer zu beleben und zu erhalten. Unterstützt durch die Thätigkeit und den unermüdeten Eifer des verdienstvollen Geheimen-Ober-Tribunalraths Schröner, habe ich auf das Benehmen und auf die Betriebbarkeit der inquirenden und erkennenden Rich-

ter aufs sorgfältigste geachtet. Den zweckmäßiger eingerichteten Criminalproceßstabellen habe ich eine besondere Aufmerksamkeit gewidmet, und keine schickliche Gelegenheit vorbeigelassen, Beifall oder Mißbilligung zu äussern, Nachlässigkeit und Pflichtvergessenheit zu rügen und zu bestrafen, um so die jetzt aufwachende Thätigkeit, und den Eifer für eine so wichtige Sache, immer gleich lebhaft und warm zu erhalten. Ich darf mir und der Art meiner Dienstverwaltung einen Antheil an dem jetzigen *etwas* besseren Gange der Criminalprocesse dreist zuschreiben, und ich kann es ohne Unbescheidenheit um so mehr thun, als es niemand inniger als ich selbst empfinden kann, wie wenig das, was ich gethan habe, gegen das ist, was möglicherweise hätte geschehen können. —

Nach dem, was ich bisher vorgetragen und nun zureichend erwiesen zu haben glaube, hat also das in sichtbarer Progression noch täglich zunehmende Vermehren der Zahl der Verbrecher gegen die Sicherheit des Eigenthums hauptsächlich seinen Grund:

1. in mangelhaften Strafgesetzen;
2. in der un Zweckmäßigen Einrichtung der Gefangen- und Strafanstalten, und endlich
3. in der oft zu lange verzögerten Bestrafung der Verbrecher,

und es kömmt solchemnach darauf an: daß von Seiten der Justiz ernstlich darauf gedacht werde, diesen drei in ihrem Gebiet entspringenden Hauptquellen

des Übels besser und wirksamer, als bisher geschehen ist, Einhalt zu thun. Sie wird dadurch nicht bloß ihren eigenen speciellen Pflichten ein Genüge leisten, sondern es wird dies auch auf die Verstopfung der auf fremdem Gebiet, besonders auf dem Gebiet der *Policei*, entspringenden Quellen des Übels, von den wohlthätigsten Folgen sein, und die Verbesserungen, welche auch hier höchst nöthig sind, sehr merklich erleichtern.

Nach meinem vormals entworfenen Plan wollte ich es wagen, Vorschläge zur zweckmäßigen Verstopfung sämtlicher drei auf dem Gebiet der *Criminaljustiz* entspringenden Hauptquellen des Übels zu thun, indem mich, nach der damaligen Verfassung, nach welcher die *Concurrenz* bei der Gesetzgebung im Criminalfach zu dem Amt und zu den Pflichten des *Chefs des Criminaldepartements* gehörte, der Vorwurf einer unbefugten Anmaassung dabei nicht treffen konnte. Jetzt aber, da alles, was zur Gesetzgebung gehört, ausser dem Wirkungskreise des Ministers des Criminaldepartements liegt, ziehe ich mich bescheiden in die mir angewiesenen Gränzen zurück, und werde meine unmaafsgeblichen Verbesserungsvorschläge hauptsächlich nur auf die zweite Hauptquelle des Übels, auf die Verbesserung der Gefangen- und Strafanstalten, einschränken.

Denn auch das Verstopfen der dritten Hauptquelle des Übels, ich meine die Einführung einer schnelleren Bestrafung der Verbrecher, gehört zur Gesetzgebung. Die Gesetze, und namentlich die

Criminalordnung, müssen dazu zweckdienliche Vorschriften enthalten.

Soll ich indessen die Maafsregeln, welche mir die zweckmäfsigsten und nothwendigsten zu sein scheinen, um jene drei Hauptquellen des Übels zu verstopfen, wenigstens im allgemeinen angeben, ohne mich auf specielle Vorschläge über die Art ihrer Ausführung einzulassen, als welche, wie gesagt, ausser dem mir angewiesenen Wirkungskreise liegen: so rechne ich dahin vorzüglich nachstehende sechs allgemeine Maafsregeln, und zwar

I.

Eine durchgängige Einführung zweckmäfsig eingerichteter gemeinschaftlicher Inquisitoriate.

Die kleinen Jurisdictionenbezirke der einzelnen Patrimonialgerichte stehen mit den Kosten, welche die Anlegung zweckmäfsiger Aufbewahrungsgefängnisse bei jedem einzelnen Patrimonialgericht verursachen würde, in einem so offenbaren Mißverhältniß, daß die höhern Behörden immer sehr zufrieden sein müssen, wenn nur irgend eine Gelegenheit zur Aufbewahrung der Gefangenen an jedem Ort vorhanden ist. Auf die wesentlichen Haupterfordernisse zweckmäfsig eingerichteter Aufbewahrungsanstalten kann und wird also dabei nicht Rücksicht genommen, und schon von dieser Seite ist die Einführung gemeinschaftlicher Inquisitoriate höchst nöthig, und bei einer vollständigen Verbesserung des Criminalwesens unentbehrlich.

So erheblich indessen auch dieser Nutzen der gemeinschaftlichen Inquisitoriate ist; so ist es doch

bei weitem noch nicht der erheblichste Vortheil, welcher davon zu erwarten stehet, und nur durch sie allein erreicht werden kann. Ich rechne zu den anderweitigen, noch erheblicheren Vorthelen besonders:

1. *dass nur durch Einführung der Inquisitoriate durchgängig eine solche Verwaltung der Criminaljustiz möglich gemacht werden kann, welche Schnelligkeit und Gründlichkeit mit einander verbindet.*

Die wenigsten Gerichtshalter der Patrimonialgerichte wohnen an dem Ort des Gerichts. Sie müssen zu jedem abzuhaltenden Termin eine Reise, oft von mehreren Meilen, machen, und können sich, wenn die Untersuchung nur irgend weitläufig ist, nicht so lange von ihren übrigen Geschäften abmüssigen, um solche hintereinander zu führen und zu beenden. Der *schnelle Gang* der Untersuchung leidet hierunter, und überdem ist der Gerichtshalter fast immer dabei interessirt, in seinen übrigen Geschäften, durch dergleichen Untersuchungen, so wenig als möglich gestört zu werden. Er verwendet also nur selten die gehörige Zeit und Mühe darauf, und so leidet auch die *Gründlichkeit* der Untersuchung.

Diese leidet aber auch noch in einer andern Rücksicht. Die einzelnen Gerichtshalter haben nur selten Gelegenheit Untersuchungen zu führen, und denken gemeinhin an ein fortgesetztes theoretisches Studium des Criminalrechts eben so wenig, als sie Gelegenheit haben, sich im Criminalfach practisch zu üben und zu vervollkommen. Die meisten

Untersuchungen bei den Patrimonialgerichten sind daber nichts, als Probestücke eines Anfängers. Gründlichkeit und Zweckmäßigkeit sucht man darin fast immer vergebens.

Bei größern gemeinschaftlichen Inquisitoriaten ist das ganz anders. Der *Inquisitor Publicus* wird mit mehr Behutsamkeit und Vorsicht erwählt, er ist immer bei dem Inquisitoriat gegenwärtig, er widmet sich den Untersuchungsgeschäften ausschließlich, und erhält, durch tägliche Übung, eine practische Ausbildung und Vervollkommnung, die man von einzelnen Gerichtshaltern weder verlangen noch erwarten kann. — Hier kann *Schnelligkeit* und *Gründlichkeit* der Untersuchung statt haben, und mit einander verbunden sein.

2. Nur durch Einführung der Inquisitoriate kann man es dahin bringen, daß die Verbrecher nicht straflos bleiben.

So bald eine Untersuchung irgend weitläufig wird, ist sie dem Jurisdictionsberechtigten eben so lästig als den Unterthanen; ersterem wegen der Untersuchungskosten, und den letzteren wegen des Bewachens der Verbrecher. Ein nicht ganz wohlhabender Gutsbesitzer kann durch eine einzige weitläufige Untersuchung auf mehrere Jahre zurückgesetzt, und durch dergleichen Untersuchungen ruinirt und an den Bettelstab gebracht werden. Mir sind Fälle bekannt, in welchen die Untersuchungskosten, die dem Gutsbesitzer zur Last fielen, weit mehr betrugen, als seine sämtlichen jährlichen Einkünfte, wovon er mit seiner ganzen Fa-

milie leben sollte. — Ist es da Wunder, wenn die Flucht der Verbrecher, besonders der Diebe, denen man das gestohlene Gut einmal abgenommen hat, auch noch auf andere Art begünstigt wird, als es ohnehin durch die ganz unhaltbaren Gefängnisse und nachlässige Bewachung der Verhafteten geschieht? Nein! in der That nicht, und die Erfahrung bestätigt es daher auch unwidersprechlich, daß wirklich dergleichen höchst verderbliche und gefährliche Begünstigungen und Nachsichten statt haben. Aus den Patrimonialgerichten gehen fast gar keine Straferkenntnisse zur Bestätigung ein. Man siehet dergleichen höchst selten, und doch ist auf dem Lande gewiß mehr Gelegenheit zum Stehlen als in den Städten, und es wird dort gewiß auch mehr gestohlen, als in den Städten. Aber man läßt Diebe und andere Verbrecher ungestraft laufen. —

3. *Ohne Inquisitoriate ist es nicht möglich, die gefährlichsten Verbrecher, besonders Diebe und Räuber kennen zu lernen, gegen welche der Staat sich sicher zu stellen Ursach hat.*

Ein Vagabonde kann nach der jetzigen Verfassung funfzig und mehr Diebstähle begangen haben, ja sogar schon mehrmals bestraft sein, ohne daß ihn die Strafe des *wiederholten* Diebstahls trifft. Ein jeder einzelner Jurisdictionsberechtigter läßt ihn, um nur Kosten und Beschwerlichkeiten zu vermeiden, entweder policeimäfsig mit einigen Prügeln, oder durch seinen Gerichtshalter so gelinde als möglich abstrafen. Kaum gehet er eine Meile wei-

ter, so bricht er wieder ein und stiehlt aufs neue. Hier hat er dasselbe Schicksal, und so kann ein solcher Mensch eine ganze Provinz plündern, ohne in eine Festung oder in ein Zuchthaus zu kommen, und ohne daß daran gedacht werden kann: ob nicht die Sicherheit des Staats Landesverweisung oder Einsperrung eines solchen Vagabonden in eine Besserungsanstalt erfordert.

Ein solcher Verbrecher braucht indessen nicht einmal ein Vagabonde im eigentlichen Sinn des Worts zu sein. Schäfer, Dienstknechte, Instleute, Handwerker und mehrere andere Bewohner des platten Landes, welche öfters aus einer Jurisdiction in die andere ziehen, kommen eben so gut weg. —

Nur durch Einführung der Inquisitoriate kann dem vorgebeugt werden. Sie können leichter unter sich, mit den Strafanstalten, mit den Landräthen und allen übrigen Policeibehörden ihres Districts in Verbindung gesetzt werden. Sie können sich durch selbige die Signalements der Verbrecher verschaffen, und auch andere zweckmäßige Vereinigungen zum allgemeinen Besten mit denselben treffen, woran die einzelnen Jurisdictionarien nie denken können. Sie allein können die Diebesverbindungen ganzer Districte kennen lernen, und in ihrem Departement kann also ein Verbrechen um so schwerer ungestraft wiederholt werden, als ein jeder Bewohner des platten Landes, wenn es bloß auf Ablieferung des Verbrechers an das Inquisitoriat ankömmt, sehr bereit und geneigt ist, ihn an-

zuhalten, statt daß es fast immer unterbleibt, wenn es auf ein Bewachen und auf Herbeischaffung der Untersuchungskosten ankömmt.

4. *Nur durch Einführung der Inquisitoriate ist eine vollständige und zweckmäßige Controlle der Oberbehörden bei Verwaltung der Criminaljustiz des platten Landes zu erhalten.*

Bis jetzt giebt es für die Verwaltung der Criminaljustiz bei den einzelnen Justitiariaten keine andere Controlle, als die, welche bei Gelegenheit der Confirmationen, und bei der halbjährlichen Einsendung der Criminalproceßtabellen statt hat. Daß dieses aber eben so gut ist, als wenn gar keine Controlle geführt würde, ergibt sich schon aus dem oben gesagten, indem von den Untergerichten fast gar keine Erkenntnisse zur Confirmation einkommen, und auch die Tabellen fast nie einer geschwebten oder noch schwebenden Untersuchung erwähnen.

Mit Justizvisitationen kann man sich eben so wenig helfen. Sie führen bei einzelnen Justitiariaten zu nichts, und werden daher auch nicht angestellt. Die Verwaltung der Criminaljustiz auf dem platten Lande ist also ganz ihrem Schicksal überlassen, und so wird sie denn auch jetzt auf eine Art verwaltet, daß wenn es auf die Aufgabe einer recht schlechten Verfassung des Criminalwesens ankäme, man das Muster dazu aus den Provinzen nehmen müßte, in welchen noch keine Inquisitoriate eingeführt sind. —

Die Kosten der Einführung und Erhaltung der

Inquisitoriate können übrigens nie von solchem Belang sein, daß sie einen Einwand gegen so wohlthätige Anstalten abgeben könnten, wenn überhaupt auch ein vom Kostenbetrag entnommener Einwand dann Rücksicht verdiente, wann von einer *nothwendigen* Staatseinrichtung die Rede ist.

Der in einzelnen Aufbewahrungsgefängnissen, in welchen die Gefangenen nicht zur Arbeit angehalten werden können, fast immer sehr kostbare Unterhalt der Gefangenen kann und wird in zweckmäfsig eingerichteten Inquisitoriaten wenig oder nichts kosten. Die meisten Gefangenen sind junge, rüstige Leute, und es fällt beinahe ins Lächerliche, daß diese, bei irgend einiger Ordnung und Aufsicht, nicht wenigstens soviel sollten verdienen können, als zu ihrem im Gefängniß doch immer nur eingeschränkten Unterhalt erfordert wird. Es kömmt also bei der Sache hauptsächlich nur auf Anschaffung und Einrichtung der nöthigen Gebäude, und auf Salarirung der erforderlichen Officianten an. In den älteren Provinzen glaube ich, daß es weniger an den nöthigen Gebäuden, als an einer zweckmäfsigen Vertheilung der vorhandenen Gebäude unter die verschiedenen Classen der Gefangenanstalten fehlt. Gesetzt aber, daß es hier und da auch wirklich ganz an denselben fehlte, und man sich durch die neu angelegten Landarmenhäuser nicht helfen könnte; so kann es doch wohl nicht das mindeste Bedenken haben, daß der Staat hier so gut, als bei dem Etablissement der

Landarmenhäuser, zutreten würde, wenn anders die den Criminal- und Gefangenanstalten schon gewidmeten Fonds zu Etablissements dieser Art wider Vermuthen nicht zureichend sein sollten. Selbst die Stände und die Einsassen würden, wenn man die Bedingungen irgends billig machte, und ihre gewifs nützliche Concurrenz bei der Sache nicht ganz entfernen wollte, mit eben der Bereitwilligkeit zu den Etablissements und Unterhaltungskosten der Inquisitoriate Beiträge geben, als sie es bei Etablirung der Landarmenhäuser mit löblichem Patriotismus so freigebig gethan haben, dafs, wenn sie zur Unterhaltung der Inquisitoriate nur die jährlichen Überschüsse der Landarmenhäuser verwenden wollten, solche dazu gewifs noch lange nicht bis zur *Hälfte* erforderlich sein würden; so dafs also diese Beiträge für die einzelnen Jurisdictionarien, Kammereien und Ämter nie lästig und drückend werden könnten.

II.

Rechne ich zu diesen allgemeinen Maafsregeln
*eine vollständige Verbesserung und zweckmässige
 Einrichtung aller unserer Gefangen- und Straf-
 anstalten.*

Ich habe schon oben gesagt, dafs ich hierüber specielle Vorschläge thun würde. Sie sind der Hauptzweck dieser Schrift, und werden den zweiten Theil derselben ausmachen, daher ich denn hier darüber nichts weiter zu bemerken habe.

III.

Rechne ich zu diesen allgemeinen Maafsregeln
die Abfassung einer vollständigen und zweck-
mässigen Criminalordnung.

Die Criminalordnung von 1717 gehört ganz
 unstreitig zu unsern vorzüglichsten älteren Crimi-
 nalgesetzen; indessen ist nicht zu leugnen, daß
 sie bei dem allen sehr unvollständig ist, und daß
 auch verschiedene darinn enthaltene Vorschriften
 den jetzigen Zeitumständen nicht mehr angemessen
 sind. Man hat sich hier und da schon durch ein-
 zelnne specielle Verfügungen, Zusätze und Abän-
 derungen zu helfen gesucht; inzwischen sind da-
 durch die eigentlichen Mängel und Unvollständig-
 keiten der alten Criminalordnung noch lange nicht
 gehoben. Manches Gute derselben ist dadurch viel-
 mehr unanwendbar gemacht worden, und die Ein-
 heit und Uebereinstimmung mit dem Ganzen, wel-
 che bei Gesetzen dieser Art so höchst nöthig und
 wichtig ist, hat durch die vielen einzelnen, sich
 nicht immer consequent gebliebenen, Verfügun-
 gen ganz offenbar gelitten. —

Das Bedürfnis einer bessern und vollständigen
 Criminalordnung ist allgemein anerkannt, und ich
 brauche also darüber um so weniger noch weiter
 etwas zu sagen, als wirklich schon daran gearbei-
 tet wird. Ich vereinige bloß meinen Wunsch mit
 den Wünschen vieler Patrioten, daß diese Arbeit
 ihrem wohlthätigen Zweck ganz vollkommen ent-
 sprechen möge.

IV.

Rechne ich zu diesen allgemeinen Maafsregeln:

eine vollständige Revision aller unserer Criminalgesetze, mithin des ganzen zwanzigsten Titels im zweiten Theil des Allgemeinen Landrechts, und eine Verbesserung, Ergänzung und Vervollständigung sämmtlicher in diesem unsern Criminalcodex enthaltenen Gesetze.

Dafs auch der zwanzigste Titel im zweiten Theil des Allgemeinen Landrechts mit philosophischem Geist abgefaßt ist, und unendlich viel Gutes enthält, kann und wird niemand bestreiten. Eben so wenig aber kann man es auch in Abrede stellen, dafs derselbe dessen ungeachtet einer vollständigen Revision und Verbesserung bedarf.

Ganz fehlerfrei ist dieser Criminalcodex nicht. Man findet darinn nach Grundsätzen verfahren, denen man bei einer näheren Prüfung nicht beipflichten kann; verschiedene darinn angenommene und zum Grunde gelegte Begriffe sind dunkel, unvollständig und unpassend; manche Verbrechen sind offenbar zu gelinde, andere zu strenge verpönt, und hier und da finden sich unausgefüllt gebliebene Lücken; verschiedene Dispositionen sind zu unbestimmt gefaßt; oft wird dem erkennenden Richter zu viel, oft zu wenig Spielraum gelassen; und zuweilen stößt man sogar auf nicht gut zu erklärende Widersprüche. —

Der Zweck dieser Schrift erfordert es nicht, und es ist also auch nicht meine Absicht, alle diese Sätze hier vollständig zu erweisen. Ich schränke

mich vielmehr bloß darauf ein, nur einige Beispiele anzuführen, welche meine Behauptungen zureichend unterstützen werden.

Ich sage: man findet in unserm Criminalcodex nach Grundsätzen verfahren, denen man bei einer näheren Prüfung nicht beipflichten kann; und wer kann hieran wohl zweifeln, wenn man unter andern sieht, daß gegen den gar keine Ausnahme leidenden Grundsatz:

durch bürgerliche Strafen nur den Bürger zu strafen, und keine höheren Zwecke des Menschen zu stören, noch seiner eigenen selbstthätigen moralischen Besserung unübersteigliche Hindernisse in den Weg zu legen,

auf mehr als eine Art verstossen wird. Ich begnüge mich, zum Beweise dieser Behauptung bloß darauf aufmerksam zu machen, daß man in diesem unsern Criminalcodex noch die Anordnung der lebenswierigen Gefängnisstrafen, des Brandmarkens, des Staupenschlages und der sogenannten Abschiede gewahr wird.

Eher lassen sich, meines Bedünkens, die Todesstrafen vertheidigen und rechtfertigen, als alle diese Strafen. —

Man hat viel für und wider die Todesstrafen geschrieben; — erwägt man aber alle wechselseitig aufgestellte Gründe, so kann das Resultat wohl schwerlich anders als dahin ausfallen: daß man sie nicht ganz mißbilligen, sondern hier und da, als rechtlich und zweckmässig, anerkennen muß; ob

ich gleich sonst mit Rousseau ganz entschieden der Meinung bin: daß häufige Todesstrafen immer ein Zeichen der *Schwäche* und *Trägheit* einer Regierung sind, und daher auch bei uns ihre noch mehrere Einschränkung, als gerecht und zweckmäßig, anrathen würde.

— In alle Wege ist und bleibt wenigstens soviel ausgemacht: daß, wenn ein Verbrecher mit dem Tode bestraft wird, man nicht ganz geradezu sagen kann: daß durch die Todesstrafe die höheren Zwecke des Menschen und die höheren Ordnungen der Dinge, für welche und in welchen der Mensch lebt, gestört werden.

Der mit dem Tode bestrafte Verbrecher hört ganz auf, für die Ordnung der Dinge in der *bürgerlichen* Gesellschaft zu sein und zu leben; und lebt er dann in einer *höheren* Ordnung fort, so kann und muß man es der Natur vertrauen, daß ihre weiteren Zwecke durch den Tod auf dem Schafott, eben so wenig als durch andere gewaltsame Todesarten, wodurch so viele Menschen sterben, gestört werden können. — —

Ein heiliges Dunkel verhüllt hier die Bühne, und der Gesetzgeber sowohl als der speculative Philosoph können nichts besseres thun, als ehrfurchtsvoll schweigen.

Lebenswierige Gefängnisstrafen sind hingegen nicht nur an und für sich ganz *inconsequente* Strafen, sondern sie sind auch dem Grundsatz: daß der Staat durch die bürgerlichen Strafen die höheren Zwecke des Menschen und die höheren Ord-

nungen der Dinge, für welche und in welchen der Mensch lebt, nie stören dürfe, ganz geradezu entgegen.

Sie sind ganz *inconsequente* Strafen, weil sie *in sich selbst* gar nicht bestimmt sind, sondern ihre Dauer und ihre gröfsere oder geringere Härte blofs von zufälligen äufserlichen Umständen abhängt. —

Wenn zum Beispiel ein zwanzigjähriger Jüngling und ein abgelebter Greis ein und eben dasselbe Verbrechen begangen haben, auf welches die Gesetze unbedingte lebenswierige Gefängnisstrafe anordnen, so wird dieselbe Handlung zwar den Worten nach mit einer und eben derselben Strafe belegt; aber welch ein Abstand ist nicht zwischen der Härte dieser Strafe des einen und des andern! —

So inconsequent aber die lebenswierigen Gefängnisstrafen an und für sich sind, eben so sehr sind sie auch *dem Grundsatz zuwider*: dafs durch die Strafen die höheren Zwecke des Menschen nicht gestört werden dürfen.

Man läfst bei selbigen den Menschen in der Gesellschaft, aber blofs dem Körper nach. Man weiset ihn nicht aus dem menschlichen Leben, aber man hindert ihn, die Zwecke zu erfüllen, welche dem Leben angewiesen sind; man raubt ihm das höchste Gut eines jeden moralischen Wesens, man benimmt ihm alle *Hoffnung*. —

Hoffnung kann allein die moralische Thätigkeit des Menschen in Bewegung setzen. — Sie bleibt dem Verbrecher bei einer jeden auf *bestimmte Zeit* festgesetzten Strafe übrig. Aber bei einer

lebenswierigen Gefängnißstrafe wird sie vernichtet; der Verbrecher erhält die gewisse Ueberzeugung, daß er sein Leben unwiederruflich im Kerker beschließen muß. — Sein Gemüth wird dadurch verhärtet, alle Thätigkeit der Seele wird gelähmt, und der Verbrecher dadurch zu aller Ausbildung und Besserung unfähig gemacht. —

In einem mit philosophischem Geist abgefaßten Criminalgesetzbuch kann also in dieser *doppelten Rücksicht* von lebenswierigen Gefängnißstrafen gar nicht die Rede sein, und das um so weniger, als solche schlechterdings nicht nothwendig sind.

Denn wenn ich gleich überzeugt bin, daß es immer einzelne Verbrecher geben wird, welche, zur Sicherheit des Staats, viele Jahre, vielleicht lebenswierig, einbehalten bleiben müssen; so ist doch zwischen einem solchen, durch *fortgesetztes Betragen des Verbrechers selbst* nothwendig werden- den Einbehalten, und zwischen einer, durch *Gesetz und rechtliches Erkenntniß* unwiederruflich festgesetzten lebenswierigen Gefängnißstrafe ein sehr großer Unterschied.

Ich werde in dem zweiten Theil dieser Schrift, da wo ich von dem Zweck der verschiedenen Classen der Gefangenanstalten handle, zu zeigen und auszuführen Gelegenheit haben: daß Besserungsanstalten schlechterdings keine Strafanstalten sein dürfen, und daß darinn von *Fortsetzung* einer Strafe gar nicht weiter die Rede sein kann noch darf. Verbrecher, von denen, auch nach ausgestandener Strafe, fortgesetzte Gefahr für den

Staat zu besorgen ist, gehören, nach ausgestandener Strafe, in diese Besserungsanstalten, in welchen sie, außer der zur Sicherheit des Staats nothwendigen Beraubung ihrer Freiheit, keine weitere Strafe erdulden, und in welchen sie nicht ganz hoffnungslos zu seufzen Ursach haben, sondern es immer von ihnen abhängt, sich durch Ausbildung und Besserung den Ausgang aus denselben zu bahnen.

Freilich dürften *viele* davon in der Lehre bleiben, und *nie* entlassen werden können; denn ein Verbrecher, der durch seine strafbaren Handlungen einen dem Staat Gefahr drohenden Hang zu irgend einem Verbrechen gezeigt hat, und demnächst nicht auf eine völlig überzeugende Art beweiset: daß der Staat von ihm nichts weiter zu befürchten habe, der kann und darf nicht entlassen werden; indessen kömmt es hierauf nicht an.

Immerhin mag sich der Verbrecher, durch sein fortgesetztes Betragen, eine lebenswierige Aufbewahrung *selbst* zuziehen; ich kann es nicht hindern. Nur das *Gesetz* soll ihn dazu nicht verdammen. Ich will ihm die Hoffnung lassen, daß, wenn er über kurz oder lang den auch nach meinen Grundsätzen mit *der größten Strenge* zu erfordernden Beweis der Besserung führt, er seine Freiheit wieder erhalten werde. Ich will ihm diese Hoffnung lassen, um ihm nicht mit der körperlichen Freiheit, worüber der Staat allein zu verfügen ein Recht hat, zugleich auch die geistige Freiheit und Thätigkeit der Seele, welche in eine ganz andere Ordnung der Dinge gehört, zu entziehen und sie ganz zu läh-

men. — Mit einem Wort, ich will den Verbrecher, durch die Hoffnung einer dereinst noch möglichen Entlassung, anspornen, seine Thätigkeit dahin zu verwenden: daß er auf dem *gesetzlichen* Wege der Besserung zu dem Ziel gelange, wieder in Freiheit gesetzt zu werden, statt daß er sonst, wenn er diese Hoffnung nicht hat, vermöge des unwiderstehlichen Hanges des Menschen zum Wünschen und Hoffen, sich andern Hoffnungen überlassen, und desto eifriger darauf bedacht sein wird, auf *widerrechtlichen* Wegen zur Freiheit zu gelangen. —

Lebenswierige Gefängnisstrafen sind also inconsequente und widerrechtliche Strafen, deren es zur Sicherstellung des Staats gar nicht bedarf, und eben das glaube ich auch vom *Brandmarken*, vom *Staupenschlag* und von den sogenannten *Abschieden* behaupten zu müssen.

Bei uns findet indessen das *Brandmarken* und der *Staupenschlag* nur noch bei einer lebenswierigen Verurtheilung des Verbrechers statt. Mit Abschaffung der lebenswierigen Gefängnisstrafen würden also jene Strafen von selbst wegfallen, und ich brauche daher ihre Widerrechtlichkeit und Unzweckmäßigkeit nicht weiter zu erweisen; was ich aber von den sogenannten *Abschieden* denke und urtheile, darüber habe ich mich schon oben Seite 83 erklärt.

So wenig man aber den Grundsätzen beipflichten kann, nach welchen das Landrecht noch die lebenswierigen Gefängnisstrafen, das *Brandmarken*, den *Staupenschlag* und die *Abschiede* beibehalten

hat, eben so gewiß ist es auch, daß in demselben hier und da Begriffe aufgestellt sind, welche dunkel, unvollständig und unpassend sind.

So trifft unter andern dieser Vorwurf die Begriffe von *gewaltsamen Diebstählen*, vom Diebstahl und Raub *in Banden*, — und die aus diesen Begriffen hergeleiteten Folgen sind zum Theil ganz inconsequent.

Ein Dieb, der mir heute den *Schlüssel* meines Hauses oder meines Geldkastens, in der Absicht mich zu bestehlen, entwendet, morgen damit mein Haus oder meinen Geldkasten eröffnet und mich bestiehlt, wird als ein *gemeiner Dieb* bestraft; entwendet er mir aber in gleicher Absicht einen Dietrich, einen Nagel, oder ein ähnliches Instrument, und eröffnet damit mein Haus oder meinen Geldkasten, so trifft ihn die Strafe des *gewaltsamen Diebstahls*. — Was läßt sich bei diesem ganz willkürlich gemachten Unterschiede wohl denken? —

Der Begriff vom Diebstahl und Raub *in Banden* ist vollends von der Art, daß er von dem allgemeinen Sprachgebrauch und von dem im gemeinen Leben angenommenen Begriff vom Diebstahl und Raub *in Banden* ganz abweicht. Nach dem Begriff, welchen das Landrecht aufgestellt hat, kann dieses Verbrechen fast nie statt haben. Mir ist während meiner ganzen Amtsführung nur *ein einziger* Fall vorgekommen, in welchem man nach dem Landrechte einen Diebstahl *in Banden* annehmen konnte. — Selbst in dem bekannten Dillenburgschen Fall war die Criminaldeputation des

Cammergerichts der Meinung: daß die *drei und zwanzig* Räuber, welche sich zur Vollführung eines Raubes zusammenrottirt, und mit Schießgewehr und andern Waffen ausgerüstet hatten, nicht *als Räuber in Banden* bestraft werden könnten, weil nicht ausgemittelt war, daß sie sich verbunden hätten, das Rauben als ein *gemeinschaftliches Gewerbe* zu treiben.

Die auf Raub und Diebstahl gesetzten Strafen sind, wie ich es schon oben bemerkt habe, offenbar zu gelinde bestimmt, andere Verbrechen aber, wie unter andern das bei uns zu einem besondern Verbrechen erhobene Verheimlichen der Schwangerschaft und Geburt, werden immer noch viel zu hart bestraft, und eben dies scheint mir auch in Ansehung der Duellanten der Fall zu sein; so wie denn auch die Härte der selbst beim Militair nicht Anwendung findenden Disposition des §. 339, nach welcher ein jeder Beamter, welcher zur Zuchthaus- oder Festungsstrafe verurtheilt werden muß, *alle-mal* noch außerdem cassirt wird, von selbst in die Augen fällt. —

Manche Verbrechen sind hingegen, ob sie gleich nicht selten vorkommen, gar nicht besonders verpönt.

So ist zum Beispiel zwar die Strafe des wiederholten gemeinen und des wiederholten gewaltsamen Diebstahls, je nachdem solcher vor oder nach schon erfolgter ein- oder zweimaliger Bestrafung wiederholt wird, im Gesetze bestimmt; wie aber der zu bestrafen sei, welcher einen *gewaltsamen* Diebstahl

begangen hat, und deshalb schon bestraft oder auch noch nicht bestraft ist, sich demnächst aber eines oder mehrerer *gemeinen* Diebstähle schuldig macht, darüber schweigt das Gesetz; und eben so wenig ist in demselben bestimmt, wie der zu bestrafen sei, welcher eines *gemeinen* Diebstahls wegen schon ein- oder zweimal bestraft ist, sich demnächst aber eines *gewaltsamen* Diebstahls schuldig macht.

Auch an sehr unbestimmt gefassten Dispositionen fehlt es nicht. Man wird dergleichen besonders bei der practischen Anwendung in Menge gewahr. Als Beispiel verweise ich deshalb auf die Lehre von der *Cumulation der Strafen*, und in wiefern die *Strafe eines geringeren*, durch die Strafe eines zugleich mit begangenen *größeren Verbrechens*, ganz oder zum Theil *absorbirt* wird.

Der richterlichen Willkühr ist hierbei ein offenbar zu weiter Spielraum gelassen, und eben dies ist auch der Fall bei der, die Strafen der Injurien gegen Personen höheren Standes betreffenden, Disposition des §. 616, und bei der Disposition des §. 88 und 89, nach welcher der Richter das Verhältniß zwischen Geldbusse und Gefängnisstrafe in der Art festsetzen kann, daß eine *achttägige* Gefängnisstrafe mit einer Geldbusse von *fünf bis vierzig Thaler* gleich gehalten wird, ohne daß ein anderer Maafstab, als die *bekannte* Beschaffenheit der Vermögensumstände des Verbrechers, in dem Gesetz angegeben ist.

Die Fälle, in welchen auf Gefängnis-, auf Zuchthaus- oder auf Festungsstrafe erkannt werden

soll, sind beinahe gar nicht von einander unterschieden. Die Wahl zwischen Zuchthaus- und Festungsstrafen ist fast überall dem Richter überlassen. —

Zuweilen ist dagegen auch die richterliche Willkühr zu sehr eingeschränkt, wie dies unter andern bei den Dispositionen des §. 957 und des §. 959 offenbar der Fall zu sein scheint.

Hier und da finden sich endlich auch wirkliche Widersprüche. Ich verweise beispielshalber auf die Disposition des §. 1192 und auf die Disposition des §. 1199, und kann man mir den Einwand, daß im ersten Fall vom Raube überhaupt, im letztern aber von dem Straßenraube insonderheit die Rede sei, schon darum nicht entgegensetzen, weil der §. 1199 ausdrücklich auf den §. 1192 Bezug nimmt, auch ohne diese Bezugnahme in einzelnen Fällen eine unverhältnißmäßige Härte in dem §. 1199 liegen würde.

Ich wiederhole übrigens, was ich schon oben gesagt habe: daß es gar nicht meine Absicht ist, mich hier auf einen Beweis der hauptsächlichsten *Ausstellungen* gegen unseren Criminalcodex einzulassen. Ich wollte bloß *einige Beispiele* zur Bestätigung derselben aufstellen, und habe dazu die ersten die besten gewählt, welche mir eingefallen sind.

Ein jeder Sachverständiger muß es von selbst einsehen, daß eine vollständige Revision unsers neuen Criminalcodex ein desto größeres Bedürfnis unserer Criminalverfassung ist, je mehr bei dem-

selben Anwendung findet, was ich schon bei einer andern Gelegenheit gesagt und ausgeführt habe:

dafs nemlich ein Criminalgesetzbuch, welches immer passend bleibt, nicht von Zeit zu Zeit Abänderungen und näheren Bestimmungen unterworfen ist, sich nicht denken läfst. ⁵⁰⁾ —

Bei der Einführung eines ganz neuen Criminalgesetzbuchs ist dies in einem ganz vorzüglichen Grade der Fall. Die Vollständigkeit, Güte und Anwendbarkeit desselben kann durch nichts so sicher geprüft, und durch nichts in ein so helles Licht gesetzt werden, als durch die practische Anwendung und durch den Gerichtsgebrauch. Beinahe dieser allein kann richtig entscheiden, wo Ergänzungen, Abänderungen und Verbesserungen nöthig sind, und er hat es auch in Ansehung unseres nun seit beinahe zehn Jahren practisch angewandten neuen Criminalcodex zureichend gethan. Es ist Zeit, dafs man von den gesammelten Bemerkungen und Erfahrungen Gebrauch mache, und das um so mehr, als die bessere Einrichtung der Strafanstalten und die Verbesserung der Criminalprocessordnung auf die Criminalgesetze selbst den grölsten Einflufs haben, und die unentbehrlich erforderliche Einheit des Ganzen gestört werden würde, wenn man nicht mit jenen Verbesserungen eine

⁵⁰⁾ In meinem unter den Anlagen befindlichen Schreiben an den Gross-Canzler von Goldbeck, Seite 28 und 29.

vollständige Revision des Criminalcodex verbinden wollte.

Das *Ganze* unsers Criminalcodex muß *berichtigt* werden. *Einzelne* und *partielle* Abänderungen desselben führen zu nichts. — Widersprüche und Inconsequenzen sind, vor dieser allgemeinen Berichtigung des Ganzen, bei einzelnen Abänderungen beinahe unvermeidlich. — Die Circularverordnung vom 26sten Februar 1799 giebt hiervon sehr auffallende und redende Beweise. —

V.

Rechne ich zu diesen allgemeinen Maafsregeln:
die Anordnung eines Criminal - Obertribunals,
vor welchem, bei eingewandten Rechtsmitteln,
alle irgend erhebliche Sachen in der zweiten In-
stanz abgeurthelt werden müßten.

Die Erfahrung hat den Nutzen des Geheimen-Obertribunals in Civilsachen zur Genüge bestätigt. Einheit der Grundsätze und der Entscheidungen ist nur dadurch in einem solchen Grade der Vollkommenheit möglich geworden, als die Preussische Civiljustiz deren sich rühmen kann. —

Dafs eben eine solche Einheit in den Grundsätzen des Criminalrechts und in den Entscheidungen der peinlichen Rechtsfälle herrschen sollte und müßte, wird wohl niemand bezweifeln. Die Anordnung eines Criminal-Obertribunals ist also um so nöthiger, als das Criminalrecht, seiner Natur nach, bei weitem nicht zu dem Grade von Bestimmtheit gebracht werden kann, dessen das Civilrecht fähig ist.

Das Civilrecht beschäftigt sich, wie ich es schon bei einer andern Gelegenheit bemerkt habe, hauptsächlich mit *Begriffen*, stellt diese fest, und leitet dann Folgen aus denselben her, die ewig Wahrheit sein und bleiben müssen, wenn richtige Begriffe zum Grunde liegen.

Das Criminalrecht beschäftigt sich hingegen hauptsächlich mit *Handlungen*, mit den freien Handlungen der Menschen und der Zurechnungsfähigkeit einzelner Menschen, welche dergleichen Handlungen begehen. Handlungen lassen sich bloß *beschreiben*, und die Bestimmungen über die Zurechnungsfähigkeit der Handelnden können nie auf so einleuchtende und klare Grundsätze zurückgeführt werden, daß sie nicht Mißverständnisse und unrichtige Auslegungen in einzelnen Fällen zuließen.

Aus dem *Civilrecht* selbst kann man eine Bestätigung dieses Satzes entnehmen. Nirgends wird verschiedener erkannt und geurtheilt, als in denjenigen Civilsachen, welche gerade auf der Gränze zwischen dem Civil- und Criminalrecht liegen, und Verbindlichkeiten zum Gegenstande haben, welche aus unerlaubten Handlungen entspringen, und wobei also die Lehre von der *Zurechnung* mit ins Spiel kömmt.

Wird hierdurch schon dieser einzelne Theil des Civilrechts unbestimmter und in der Anwendung ungewisser, als alle übrige Theile desselben, wie viel stärker muß sich nicht diese Unbestimmtheit und Ungewißheit im Criminalrecht selbst äussern, wo es überall auf dergleichen Grundsätze ankömmt,

und wo der Willkühr des erkennenden Richters immer ein sehr großer Spielraum nothwendig gelassen werden muß; — wenn ich gleich glaube, daß derselbe hier und da mehr eingeschränkt werden könnte, als es bisher geschehen ist. —

Die hieraus von selbst folgende *ungleichförmige* Anwendung der Criminalgesetze würde bei uns noch weit auffallender sein, als sie es wirklich ist, wenn nicht derselben dadurch vorgebeugt worden wäre, daß alle erhebliche Criminalfälle an das Criminaldepartement zur Bestätigung eingesandt werden müßten, und wenn nicht die Minister dieses Departements von jeher den Grundsatz befolgt hätten, daß sie in allen *irgend erheblichen und zweifelhaften Fällen* das Gutachten der Criminaldeputation, oder in zweiter Instanz des Ober - Appellations - Senats des Cammergerichts erfordert hätten.

Bei der jetzigen *Vergrößerung der Preussischen Monarchie* ist indessen diese Maafsregel nicht ferner zureichend; der aus der *ungleichförmigen* Anwendung der Criminalgesetze entstehende Übelstand kann dadurch nicht mehr vollständig vermieden werden.

Oft gehen jetzt beim Criminaldepartement, ausser den vielen einzelnen Anschreiben, Berichten und Vorstellungen, in einer Woche 15, 20 bis 30 zum Theil sehr weitläufige Sachen ein. Es ist unmöglich, daß der Minister des Criminaldepartements, unterstützt durch nicht mehr als einen einzigen, mit vielen andern Geschäften überhäuf-ten vortragenden Rath, alle diese voluminöse Ac-

ten gehörig durchsehen, Formalia und Materialia prüfen, und alle erforderliche, nicht selten weitläufige Zurechtweisungen angeben kann. —

Mit einem bloßen *Confirmetur* ist die Sache in den wenigsten Fällen *zweckmässig* abgemacht. In der Regel findet sich dabei fast immer sehr viel zu erinnern. Die Formalien werden in den Provinzen *im Ganzen* sehr nachlässig beobachtet, und gegen die Materialien ist gar öfters nicht weniger zu sagen.

Die Criminalcollegia sind durch die Iustizcommissarien meistentheils schlecht besetzt, und die Mitglieder der 2ten Senate sehen die Criminalsachen noch immer zu sehr als *Nebensachen* an, und sind darinn oft noch weniger routinirt als die ersten.

Es ist unglaublich, wie sehr und wie häufig die Criminalgutachten der Criminaldeputation des Cammergerichts von den Gutachten und Erkenntnissen der Provinzialcollegien abweichen, und wieviel sich dabei fast immer in Ansehung der Formalien zu erinnern findet. —

In *allen* wichtigen, erheblichen und zweifelhaften Sachen kann aber der Minister des Criminaldepartements nicht weiter Gutachten des Cammergerichts erfordern, weil sich sonst dasselbe mit beinahe nichts anderem als mit der Erstattung dergleichen Gutachten beschäftigen könnte. — Er muß also das Erfordern der Criminalgutachten des Cammergerichts nur auf die *wichtigsten* und *zweifelhaftesten* Fälle einschränken, und das um so mehr, als die 2ten Senate der Provinzialcollegien nicht

selten ganz richtig ausgefallene Gutachten der Criminaldeputation des Cammergerichts ändern, und er dann genöthigt ist, um die Gutachten der Criminaldeputation des Cammergerichts aufrecht zu erhalten, in eben der Sache auch das Gutachten des Ober-Appellations-Senats zu erfordern, so daß oft in einer und eben derselben Sache vier Gutachten ganz verschiedener Gerichtshöfe existiren, und dadurch die Zahl der Gutachten des Cammergerichts sehr ansehnlich vermehrt wird.

Dies ist um so mehr der Fall, als nach der jetzigen Verfassung das Criminaldepartement des Justizministerii zwar zu *hart* ausgefallene Erkenntnisse mildern, zu *gelinde* ausgefallene Erkenntnisse aber, ohne darüber zuvörderst das Gutachten eines andern Gerichtshofes erfordert zu haben, nicht schärfen kann. Oft befindet sich also jetzt der Minister des Criminaldepartements in der Verlegenheit, daß er, um die Zahl der Gutachten nicht zu sehr zu häufen, zu gelinde ausgefallene Straferkenntnisse bestätigen, und *wissentlich* eine ungleichförmige Anwendung der Criminalgesetze durchgehen lassen *muß*. —

Die Anordnung eines Criminal-Obertribunals ist also, bei der jetzigen Lage der Sache, und bei der Vergrößerung der Preussischen Monarchie, ein beinahe unentbehrliches *Bedürfnis* einer vollkommen zweckmäsig eingerichteten Criminalverfassung. Sie würde wenigstens, in sehr vielen Rücksichten, von dem größten und ausgebreitetsten Nutzen, und gewiß mit weit weniger Schwie-

rigkeiten, und mit einem weit geringern Kostenaufwande verbunden sein, als man es sich vielleicht vorstellt.

Ihr Nutzen ist einleuchtend; ich brauche darüber eigentlich nichts weiter zu sagen. Ein jeder muß es von selbst fühlen, daß nur durch Errichtung eines solchen Criminal-Obertribunals *Einheit* in den Grundsätzen des Criminalrechts und in den Entscheidungen der peinlichen Rechtsfälle hervor gebracht, und eine genaue und gleichförmige Beobachtung der Förmlichkeiten möglich gemacht werden kann, und ich schränke mich daher nur noch auf nachstehende kurze Bemerkungen ein.

Ich setze bei der Errichtung eines Criminal-Obertribunals zum voraus, daß dem *gesammten Justizministerio* die Befugniss beigelegt werden müßte: zu gelinde ausgefallene Straferkenntnisse *erster Instanz* zu schärfen; daß aber ein vom Criminal-Obertribunal gefälltes Erkenntniss *nie* und *in keinem Fall* geschärft werden dürfte.

Das Erfordern von Criminalgutachten in *allen* Untersuchungssachen hätte dann nicht weiter statt, und der Gang der Criminalprocesse würde dadurch sehr beschleunigt werden.

Von nachtheiligen Folgen könnte es aber überall nicht sein, wenn man dem *gesammten Justizministerio* das *Verschärfen* der zu gelinde ausgefallenen Straferkenntnisse *erster Instanz* nachliesse.

Man kann an sich schon voraussetzen, daß dergleichen immer mit gehöriger Behutsamkeit, und nur in dringenden Fällen, wenn *offenbar* zu gelin-

de erkannt, und eine *auffallende* ungleichförmige Anwendung der Criminalgesetze statt gehabt hätte, geschehen würde. In diesen Fällen aber wäre eine solche Verschärfung *nothwendig*, weil ich als Grundsatz annehme: daß das Criminal - Obertribunal nie ein in erster Instanz wirklich gefälltes Erkenntniß schärfen und *in durius* reformiren dürfte, mithin der von dem Richter erster Instanz begangene Irrthum, *nur* durch eine solche Verschärfung von Seiten des Justizministerii verbessert werden könnte.

Außerdem aber stände ja einem jeden verurtheilten Verbrecher das Rechtsmittel der weitem Vertheidigung *uneingeschränkt* offen. Er könnte also durch eine etwanige Schärfung des Erkenntnisses von Seiten des Justizministerii nie leiden; dem schlechterdings unabänderlichen Ausspruch des Criminal-Obertribunals aber müßte sich ein jeder Verbrecher unterwerfen, oder sich wenigstens bloß auf ein immer zulässig bleibendes Begnadigungsgesuch einschränken.

Wie sehr der Gang der Geschäfte hierdurch abgekürzt und beschleunigt werden würde, muß einem jeden von selbst einleuchten, und ich habe also nur noch darüber etwas zu sagen, daß auch der Kostenaufwand, den das Etablissement eines solchen Criminal - Obertribunals erforderte, in der That unbedeutend sein würde.

Wenn nemlich der Ober-Appellationssenat des Cammergerichts, und die 2ten Senate der Provinzialregierungen, mit Criminalsachen wenig oder nichts weiter zu thun hätten, so würde bei einem

jeden dieser Collegien wenigstens Ein Rath erspart werden können, und die Criminaldeputation des Cammergerichts verlöre weit mehr als die Hälfte ihrer jetzigen Arbeit.

Es würde einer unbedeutenden Verstärkung des Instructions - Senats des Cammergerichts bedürfen, wenn man diesem die noch übrig bleibenden Geschäfte der Criminaldeputation übertrüge, die jetzige, im Criminalfach so vorzüglich routinirte Criminaldeputation des Cammergerichts aber zu einem solchen Criminal-Obertribunal erhöbe, als ich beabsichtige.

Die Kosten, welche erforderlich wären, um den Instructions - Senat des Cammergerichts mit einigen Mitgliedern zu verstärken, und die Mitglieder des Criminal - Obertribunals anständig und ausreichend zu salariren, würden, wenn auch nicht ganz, doch größtentheils durch das Einziehen der Gehalte der bei den 2ten Senaten entbehrlich werdenden Rätthe, und durch die jetzt schon etatsmäßigen Gehalte der Mitglieder der Criminaldeputation des Cammergerichts zusammen gebracht werden. Die Sportelcassen würden dadurch wenig oder gar nicht belastet werden. —

Aber auch die Post würde hierdurch wenig mehr belästigt werden, weil es dann der Einsendung der Acten mit den Erkenntnissen der zweiten Instanz an das Criminaldepartement nicht weiter bedürfte, sondern solche, bei erforderlichen Allerhöchst unmittelbaren Bestätigungen, von dem Criminal-Obertribunal *brevi manu* an das Criminalde-

partement abgegeben werden könnten, als wodurch wieder viel Zeit erspart und der Gang der Geschäfte abgekürzt werden würde.

Ueberhaupt lassen sich, meines Ermessens, die Vortheile, welche ein solches zweckmäfsig organisirtes und immer mit geschickten und routinirten Männern besetztes Criminal-Obertribunal, dem gesammten Criminalwesen gewähren würde, zur Zeit kaum alle übersehen und berechnen; so viel ist aber klar und in die Augen leuchtend, dafs sie sehr grofs und wichtig sein, und sich über die ganze Criminalverfassung verbreiten würden.

VI.

Rechne ich zu diesen allgemeinen Maafsregeln:

eine zweckmäfsige, so viel als möglich nach Grundsätzen bestimmte Feststellung der Confirmationsgränzen.

Bei der Anordnung eines Criminal - Obertribunals würde zwar die Einsendung der Erkenntnisse zur höheren Bestätigung merklich eingeschränkt werden können; indessen könnte man sie doch nicht ganz abschaffen, und besonders blieben die höheren Bestätigungen, in Ansehung der in erster Instanz abgefaßten Erkenntnisse, eben so nöthig und nützlich, als sie es jetzt sind.

Der Plan dieser Schrift, und der Raum derselben erfordern und erlauben nicht eine vollständige Darstellung des Nutzens und der Nothwendigkeit der höheren Bestätigungen, und ich schränke mich also in Rücksicht derselben nur auf nachstehende Bemerkungen ein.

So groß der Unterschied, nach dem, was ich schon oben gesagt habe, zwischen der Civil- und Criminalgesetzgebung ist, eben so groß und vielleicht noch größer ist dieser Unterschied auch bei der *Verwaltung* der Civil- und Criminalgesetze.

Im Civilproceß sind nur zwischen zwei oder mehreren Mitgliedern des Staats Differenzen zu entscheiden, wo jeder Theil seine Gerechtsame gehörig wahrnimmt und wahrnehmen kann, und wobei der Staat wenig interessirt ist, ob sie für den einen oder für den andern entschieden werden. Das Ganze leidet darunter höchstens *zufällig*, und kann auch *zufällig* nur *wenig* leiden.

Der Staat hat bei Verwaltung der Civiljustiz *alles* gethan, wozu er verpflichtet ist, wenn er nur für weise Gesetze sorgt, und einem jeden hinlängliche Gelegenheit verschafft, seine Gerechtsame wahrzunehmen und gehörig zu verfolgen.

Aber in allen Criminalprocessen ist der Staat selbst die eigentliche Parthei gegen den Verbrecher. Er thut *viel*, wenn er für möglichst weise Gesetze sorgt, und deren Verwaltung durch so zweckmäfsig angeordnete Förmlichkeiten führt, daß nicht leicht ein Unschuldiger leiden kann; aber er thut damit nicht *alles*, und kann nicht alles thun, so lange man zugeben muß: daß die möglichst weisen Criminalgesetze, und die möglichst vorsichtige Art sie zu verwalten, nie den Grad der Vollkommenheit und Sicherheit erhalten können, dessen die Civilgesetze und ihre Anwendung fähig sind.

Der Staat muß also bei Verwaltung der Crimi-

naljustiz unendlich behutsamer sein. Er selbst ist in allen Criminalprocessen die hauptsächlich interessirte Parthei, und erscheint darinn — nur durch verschiedene Gewaltszweige — als Gesetzgeber, als Ankläger und Richter zugleich. —

Der einzelne Angeschuldigte ist oft zu schwach, um seine Gerechtsame gehörig wahrzunehmen. Geschiehet ihm zu nahe, so trifft dies Unrecht den Staat; das Ganze leidet darunter. — Der Staat thut also recht und ist sogar verpflichtet, durch eine höhere ganz unpartheiische Behörde, wo möglich über jeden einzelnen Fall, wachen zu lassen und sorgfältig zu prüfen: ob die Strafgesetze, ob die Criminalprocessordnung und ob die Anwendung beider, die er überall zwar möglichst vollkommen anzuordnen bemüht gewesen its, denen er aber, der Natur der Sache nach, keine absolute Vollkommenheit hat verschaffen können, kurz ob alles, was er selbst angeordnet hat, auch *für den einzelnen* nun zur Sprache kommenden *Fall*, der sich vielleicht bei jenen Anordnungen seiner Einbildungskraft nicht darstellte, völlig passend sei, und kein Unrecht, keine Unbilligkeit gegen irgend ein einzelnes Mitglied des Staats herbeiführe. Er behält sich also das Recht der Confirmation eines jeden Straferkenntnisses vor, und kann solches nicht aus den Händen geben, weil die Confirmation eines Straferkenntnisses nichts anders als das Urtheil ist: der Staat habe sich überzeugt, dafs durch seine Anordnungen dem Angeschuldigten, gegen den er selbst die eigentliche streitende Parthei ausmacht,

im vorliegenden Fall nicht zu nahe geschehen, und dafs eben so wenig, durch dessen unrechtliche Begünstigung, der Sicherheit und dem Wohl des Ganzen ein Nachtheil zugefügt sei.

Der Nutzen und die Nothwendigkeit der höheren Bestätigungen ergeben sich schon hieraus zur Genüge, aller sonstigen sehr vielen und grossen Vorthelle derselben gar nicht zu gedenken. —

Die Inconvenienzen hingegen, welche mit den höheren Bestätigungen der Criminalerkenntnisse verbunden sein sollen, stehen mit den Vorthellen derselben in gar keinem Verhältniss. Man stellt sich solche gemeinhin viel gröfser vor, als sie es wirklich sind, und hat bis jetzt auch zu wenig darauf gedacht, denselben abzuhelpen.

Hauptsächlich rechnet man zu diesen Inconvenienzen: dafs dadurch der schnelle Gang der Criminalprocesse behindert, und der Aufbewahrungsarrest der Verbrecher verlängert werde.

Ich kann mich von der Richtigkeit dieses Satzes an und für sich nicht überzeugen, sondern glaube vielmehr, dafs durch die mittelst der höheren Bestätigungen nur allein mögliche genaue Aufsicht und Controlle des Staats, und durch die dabei vorkommenden öfteren Rügen und Zurechtweisungen der Untergerichte, der Gang der Criminalprocesse *im Ganzen betrachtet* mehr beschleunigt als verzögert wird.

Gesetzt aber, dafs dadurch auch *in einzelnen Fällen* der schnelle Gang der Criminalprocesse wirklich aufgehalten werden sollte, so entstehet doch

dieser Aufenthalt nicht aus der Sache selbst, sondern aus der dabei beobachteten Verfahrungsart, und diesen Inconvenienzen kann sehr leicht abgeholfen werden.

Befindet sich der Verbrecher *nicht im Arrest*, so kömmt es in alle Wege auf den durch die höhere Bestätigung entstehenden Aufenthalt nicht an; befindet er sich aber *im Arrest*, so wird die Dauer des Arrestes in den meisten Fällen durch die Bestätigung *nur dem Anschein nach* verlängert.

Das Erkenntniß wird dem Verbrecher zwar etwas später publicirt; aber was verliert er dadurch, wenn das bestätigte Erkenntniß, mit der bestimmten oder vorläufigen Annahme-Ordre begleitet, zurück erfolgt, und dann gleich nach der Publication vollstreckt werden kann? Auch wenn ihm das Erkenntniß, ohne vorherige Einsendung zur Bestätigung, publicirt wird, muß ja, vor seiner Ablieferung zur Festung oder zum Zuchthause, die Annahme-Ordre extrahirt werden, und der Aufenthalt ist also in beiden Fällen gleich.

In Ansehung aller Festungsstrafen ist das ganz unbedingt wahr, weil kein Verbrecher ohne Allerhöchste Ordre in den Festungen angenommen wird. Und wenn sich gleich manche Zuchthäuser erlauben, Verbrecher auf bloße Requisitionen anzunehmen, oder sich mit der Annahme-Ordre der Unterbehörden begnügen, so gehört doch dies zu den kaum länger zu duldenden Mängeln und Gebrechen der Einrichtung unserer Gefangenanstalten,

wie ich in dem zweiten Theil dieser Schrift weiter auszuführen mir vorbehalte.

Durch die höhere Bestätigung der Criminalerkenntnisse kann also (vorausgesetzt, daß die Sache weder beim Criminaldepartement, noch bei den Obergerichten aufgehalten wird) eigentlich nur in nachstehenden Fällen Aufenthalt der Sache und Verlängerung des Aufbewahrungsarrestes des Verbrechers veranlaßt werden:

a) wenn auf Absolution oder Anrechnung des erlittenen Arrest erkannt ist;

b) wenn das Obergericht oder das Criminaldepartement wesentliche Mängel bei der Instruction der Sache entdeckt, und solchen vor Abfassung und Publication des zur Bestätigung eingesandten Erkenntnisses abhelfen zu lassen nöthig findet;

c) wenn das Obergericht das von einem Untergerichte eingesandte Erkenntniß der Sache unangemessen findet, und die Acten bei sich anderweitig zum Spruch vorlegt;

d) wenn das Oberhaupt des Staats bei dem abgefaßten Erkenntnisse etwas auszusetzen findet, und deshalb Abänderungen und vorläufige Verfügungen getroffen werden müssen.

Ein jeder muß es von selbst ermessen, daß aller Aufenthalt, welcher hierdurch und unter diesen Umständen veranlaßt wird, mit dem Nutzen der höheren Bestätigungen offenbar nicht im Verhältniß stehet, und in den drei zuletzt genannten Fällen sogar eine Wohlthat, entweder für das Publicum, oder für den einzelnen Angeschuldigten

ist. Es wäre indessen allerdings wünschenswerth, daß auch diese mit den höheren Bestätigungen verbundenen Inconvenienzen gehoben werden könnten, und das kann meines Ermessens ganz vollständig geschehen, ohne den Nutzen derselben zu stören, sobald man nachstehende Grundsätze festsetzt und beobachtet:

1. Es verbleibt unveränderlich dabei, daß Verbrecher, in Ansehung deren es unbedenklich ist, daß sie einer längeren Festungs- oder Zuchthausstrafe nicht entgehen können, und die entweder nicht im Stande sind, sich aus eigenen Mitteln zu ernähren, oder in Ansehung deren die Aufbewahrungsgefängnisse nicht zureichend sicher sind, gleich nach dem Schluß der Untersuchung und nach genommener Rücksprache mit ihren Vertheidigern, in eine Festung oder auf ein Zuchthaus zur Antretung der Strafe abgeliefert werden, mithin in Ansehung derselben die vorläufige Annahme-Ordre gleich nach dem Schluß der Untersuchung nachgesucht, ertheilt und vollstreckt werden muß.

Die Dauer der Strafzeit wird in diesen Fällen von dem Tage angerechnet, da die Ablieferung des Verbrechers in das Zuchthaus oder auf die Festung erfolgt ist.

2. Ein jeder anderer Verbrecher, welcher sich im Arrest befindet, wird dagegen beim Schluß der Untersuchung darüber vernommen: ob er sich, im Fall gegen ihn auf Festungs-, Zuchthaus- oder Gefängnißstrafe erkannt werden sollte, die Antretung

der Strafe, gleich nach Publication des Erkenntnisses erster Instanz, *salvo jure* gefallen lassen wolle oder nicht?

3. Erfolgt demnächst ein Erkenntniß auf Absolution, oder auf Anrechnung des erlittenen Arrests zur Strafe, so wird solches sogleich publicirt und vollstreckt, und dann erst in den Fällen, in welchen es erforderlich ist, das Erkenntniß zur Bestätigung eingesandt.

4. Wird aber auf Festungs-, Zuchthaus- oder Gefängnißstrafe erkannt, und der Verbrecher hat sich zur Antretung der Strafe *salvo jure* bereit erklärt: so muß, bei Einsendung des Erkenntnisses zur Bestätigung, allemal auf Ertheilung der vorläufigen Annahme-Ordre angetragen, und solche dem bestätigten Erkenntniß bei der Zurücksendung beigefügt werden.

Dem Verbrecher wird in diesem Fall der nach jener Erklärung erlittene Arrest auf die zu erduldennde Strafe dergestalt zu gute gerechnet, daß ihm, bei erkannter bloßer Arreststrafe die ganze Zeit, bei erkannter Festungs- oder Zuchthausarbeitsstrafe aber, die Hälfte der Zeit zu gute kömmt, welche er seitdem im Aufbewahrungsgefängniß zugebracht hat.

5. Hat sich hingegen der Verbrecher bei der *ad* 2. gedachten Vernehmung nach dem Schluß der Untersuchung erklärt: daß er die Strafe *salvo jure* nicht antreten, sondern die Rechtskraft des zu fällenden Erkenntnisses abwarten wolle; so hat es da-

bei sein Bewenden, wenn ein solcher Verbrecher sich im Aufbewahrungsgefängnis aus eigenen Mitteln ernähren kann.

Kann er sich hingegen im Aufbewahrungsgefängnis aus eigenen Mitteln *nicht* ernähren, und das Erkenntnis fällt auf eine sechsmonatliche oder längere Festungs- oder Zuchthausstrafe aus, so muß er sich die Antretung der Strafe, gleich nach erfolgter Publication des Straferkenntnisses, *salvo jure* gefallen lassen.

Auch in diesem Fall muß also bei Einsendung des Erkenntnisses zur Bestätigung auf Ertheilung der vorläufigen Annahme-Ordre angetragen, und solche dem bestätigten Erkenntnis beigefügt werden.

Die Strafzeit wird in diesem Fall von dem Tage angerechnet, da der Verbrecher die Strafe wirklich antritt.

6. Befindet sich der Verbrecher *nicht* im Arrest, so wird das Erkenntnis bloß zur Bestätigung eingesandt, und in keinem Fall eine vorläufige Ordre nachgesucht oder ertheilt.

7. Treten nach Publication des bestätigten Erkenntnisses besondere Gründe ein, welche den Verbrecher der Flucht verdächtig und dessen Verhaftung nöthig machen, so muß derselbe unmittelbar nach seiner Verhaftung vernommen werden: ob er gegen das Erkenntnis ein Rechtsmittel einwenden wolle oder nicht, und ob er im ersten Fall zur Antretung der Strafe *salvo jure* bereit sei.

8. Unterwirft sich der Verbrecher dem Erkenntniss, oder erklärt er sich, dass er die Strafe *salvo jure* antreten wolle, so muss die bestimmte oder vorläufige Annahme-Ordre sogleich extrahirt werden, und wird dem Verbrecher in diesem Fall der seit dieser Erklärung im Aufbewahrungsgefängniss erlittene Arrest, in der *ad* 4. gedachten Art, auf die erkannte Strafe zu gut gerechnet.

9. Will sich hingegen ein solcher Verbrecher weder dem Erkenntniss unterwerfen, noch die erkannte Strafe *salvo jure* antreten, und kann er sich im Aufbewahrungsgefängniss aus eigenen Mitteln ernähren, so muss die Rechtskraft des Erkenntnisses abgewartet, und dann erst die bestimmte Annahme-Ordre nachgesucht werden.

Kann er sich aber im Aufbewahrungsgefängniss nicht aus eigenen Mitteln ernähren, und ist auf eine sechsmonatliche oder längere Zuchthaus- oder Festungsstrafe erkannt, so muss er sich die Antretung der Strafe *salvo jure* gefallen lassen, mithin die vorläufige Annahme-Ordre sogleich extrahirt werden.

Die Dauer der Strafzeit wird auch in diesem Fall nur von dem Tage angerechnet, da der Verbrecher die Strafe wirklich antritt.

10. In allen vorläufigen Annahme-Ordren, welche nach Abfassung des Erkenntnisses erster Instanz ertheilt werden, muss die *längste* Dauer der Strafzeit, nach Maafsgabe des Erkenntnisses der ersten Instanz und der vorstehenden Grundsätze bestimmt,

und festgesetzt werden, daß der Verbrecher nach Ablauf derselben zu entlassen, wenn auch inzwischen noch nicht eine *bestimmte* Annahme - Ordre erfolgt sein sollte.

Die Beobachtung dieser mit Recht und Billigkeit übereinstimmenden Grundsätze ist leicht und mit gar keinen Schwierigkeiten verbunden. Alle mit den höheren Bestätigungen der Criminalerkenntnisse verbundene Vorthelle werden dabei erreicht und alle Inconvenienzen vermieden. Es kann, bei Befolgung derselben, kein Fall eintreten, in welchem der Aufbewahrungsarrest des Verbrechers, ohne dessen eigene Schuld, verlängert werden könnte. —

Es ist also gar kein Grund vorhanden, die so nützlichen und nöthigen höheren Bestätigungen der Criminalerkenntnisse entweder ganz abzuschaffen, oder sie so sehr einzuschränken, daß beinahe gar kein Nutzen weiter davon zu erwarten ist. Man muß sie vielmehr beibehalten, und die Confirmationsgränzen soviel möglich nach festen, zum Ganzen passenden Grundsätzen dergestalt bestimmen, daß dem zeitherigen immerwährenden Schwanken und Abändern ein Ende gemacht werde.

Alle und jede Straferkenntnisse können freilich nicht zur Confirmation eingesandt werden; das ist nicht möglich. Man muß sich auch hierbei auf das einschränken, was menschliche Kräfte zu thun erlauben, und man kann daher von dem bisher immer beobachteten Grundsatz nicht abgeben, nach

welchem die Confirmationen nur stufenweise in der Art statt haben: daß in den festgesetzten Fällen die Erkenntnisse der Untergerichte von dem Oberrichter, die Erkenntnisse der Obergerichte von dem Criminaldepartement, und die vom Criminaldepartement genehmigten Erkenntnisse von dem Oberhaupt des Staats bestätigt werden.

Confirmationsgränzen müssen also statt haben; das heist: es muß bestimmt sein, in welchen Fällen ein Straferkenntniß den Obergerichten, dem Criminaldepartement oder dem Oberhaupt des Staats zur Bestätigung vorgelegt werden soll und muß.

Ich gestehe sehr gern zu, daß es schwer und meiner Meinung nach unmöglich ist, ein aus der Natur der Sache entnommenes, den Namen eines Principii im ganz strengen Sinne des Worts verdienendes Principium zu einer richtigen Bestimmung der Confirmationsgränzen ausfindig zu machen. Etwas willkührliches wird bei dieser Bestimmung der Gränzen immer sein und bleiben; indessen muß man doch diese Willkühr soviel möglich einzuschränken suchen, und endlich einmal, in Rücksicht der Confirmationsgränzen, einen reiflich erwogenen festen Entschluß nehmen, um dem bisherigen Schwanken und immerwährenden Verändern ein Ende zu machen.

So lange man indessen dabei verbleibt, die Confirmationsgränzen (ausser den Fällen, in welchen die Confirmationen von der Art des Verbrechens abhängig sind) einzig und allein nach der

Dauer der erkannten Strafe zu bestimmen, wird dieses nie möglich sein.

Ein Maassstab zur Bestimmung derselben, der Willkühr und Unzweckmässigkeit in einem höheren Grade vereinigte, läßt sich fast nicht denken.

Es fällt in die Sinne, daß darüber: ob ein Erkenntniß zur Confirmation einzusenden sei, wenn auf eine *einjährige* Strafe erkannt ist, oder ob diese Einsendung des Erkenntnisses nur dann erfordert werden müsse, wenn es auf eine *zwei-, drei- oder mehrjährige* Strafe gerichtet ist, beinahe gar nicht gestritten werden kann. Es ist ganz *willkührlich*, welchen von diesen Sätzen man wählt, und daher auch kein Wunder, wenn man heute diesen, morgen jenen vorzieht, und als Confirmationsgränze aufstellt.

Ausserdem aber ist auch die von der *Dauer der erkannten Strafe* allein entnommene Bestimmung der Confirmationsgränze eine ganz *unzweckmässige* Bestimmung, weil es dabei ja immer von den Gerichtshöfen abhängt, den höheren Confirmationen, durch zu gelinde Straferkenntnisse, auszuweichen, und so den höheren Behörden die Durchsicht und Prüfung der Acten, bei statt gehabten grossen Verstößen und Verzögerungen, zu entziehen.

Es ist unbezweifelt, daß dergleichen jetzt schon wirklich geschiehet; und ganz natürlich kann und wird es noch mehr statt haben, wenn die Nothwendigkeit der Confirmationen von einer noch län-

geren Dauer der erkannten Strafe abhängig gemacht wird.

Diesem Mißbrauch, selbst wenn man ihn nur als *möglich* betrachten wollte, müßte doch wenigstens auf eine zweckmäßige Art vorgebeugt werden, und dies könnte meines Ermessens nur allein dadurch geschehen, wenn man die jetzt einzig und allein von der *Dauer der erkannten Strafe* abhängig gemachte Confirmation der Criminalerkenntnisse, zugleich von der *Dauer des Aufbewahrungsarrestes eines Verbrechers* abhängig machte, und festsetzte: daß wenn sich der Verbrecher eine gewisse zu bestimmende Zeit, (ein, zwei oder drei Monate, je nachdem bei einem Untergerichte erster oder zweiter Classe, oder bei einem Obergericht die Untersuchung geschwebt hätte), im Aufbewahrungsarrest befände, das Erkenntniß *allemaal*, ohne Rücksicht, wohin solches ausgefallen sei, zur Confirmation eingesandt werden müsse. Man könnte hiermit das zeither beobachtete Principium verbinden und es dabei belassen: daß alle auf *ein-, zwei- oder dreijährige und längere Gefängnis-, Zuchthaus- und Festungsstrafe* gerichtete Straferkenntnisse, auch ohne Rücksicht auf die Dauer des Aufbewahrungsarrestes des Verbrechers, zur Confirmation einzusenden wären, und endlich müßte man auch, mit Rücksicht auf die jetzigen Zeitumstände, näher bestimmen, bei welchen *Arten* von Verbrechen die Straferkenntnisse *jederzeit* einer höheren Bestätigung bedürften.

Nur hierdurch könnte und würde das jetzige bloß von der Dauer der Strafzeit entnommene Prin-

cipium eine von aller Besorgniss eines Mißbrauchs befreiete Bestimmtheit erhalten, an welcher es ihm jetzt gänzlich fehlt, und nicht selten würden Erkenntnisse über *minder wichtige Verbrechen* zur Bestätigung eingesandt werden müssen, wenn der inquirende Richter sich eine Verschleppung der Untersuchung hätte zu schulden kommen lassen, oder der Aufbewahrungsarrest des Verbrechers durch andere Umstände wäre verlängert worden.

Diese Einsendung der Acten und Erkenntnisse in minder wichtigen Untersuchungssachen wäre in der That noch in mancher andren Rücksicht sehr wünschenswerth. Denn in der Regel wird bei schweren und hart verpönten Verbrechen mit weit gröfserer Behutsamkeit verfahren, als bei geringeren Verbrechen, und gemeinhin ist auch die Anwendung der Gesetze bei jenen weniger zweifelhaft als bei diesen. Gleichwohl sind die Untersuchungen über geringere Verbrechen der Zahl nach bei weitem die meisten, und der Staat hat also gewifs ein sehr großes Interesse, daß die Gesetzgebung und die Gesetzverwaltung hierbei möglichst vollkommen gemacht und erhalten werden. Dahin aber kann hauptsächlich nur die aus öfterer Einsicht solcher Acten, und aus practischer Kenntniß einzelner Falle zu schöpfende Erfahrung, und die damit verbundene fortgesetzte Controlle der Gerichtshöfe führen. —

Überhaupt aber ist auch schon darum die Bestimmung der Confirmationsgränzen nach der Dauer

des *Aufbewahrungsarrestes* weit zweckmäßiger, als die Bestimmung nach der Dauer der *erkannten Strafe*, weil von der längeren Dauer des *Aufbewahrungsarrestes* doch immer, entweder auf die Weitläufigkeit und Wichtigkeit der Sache, oder auf die Verschleppung derselben geschlossen werden muß, und gerade dies die beiden Fälle sind, in welchen die Aufsicht des Staats vorzüglich nothwendig und nützlich ist.

Übrigens versteht es sich von selbst, daß bei Bestimmung der Confirmationsgränzen auf die schon oben bemerkte Stufenleiter Rücksicht genommen werden müsse, nach welcher die Erkenntnisse der Untergerichte von dem Obergerichte, die Erkenntnisse der Obergerichte von dem Criminaldepartement, und die vom Criminaldepartement genehmigten Erkenntnisse von dem Oberhaupt des Staats zu bestätigen sind. Es müßte also hiernach *verschieden* bestimmt werden, welche längere oder kürzere Dauer des *Aufbewahrungsarrestes*, oder der *erkannten Strafe*, die Vorlegung eines Straferkenntnisses, in dem einen und in dem andern Fall, nothwendig mache, und würde bei dieser Bestimmung auch darauf mit Rücksicht zu nehmen sein, inwiefern die Annahme-Ordre der einen oder der andern Behörde zur Vollstreckung des Erkenntnisses erforderlich sei, indem ich als Regel annehmen würde: daß alle Erkenntnisse, zu deren Vollstreckung die Ordre einer höheren Behörde erforderlich ist, auch von dieser höheren Behörde bestätigt werden müßten.

Dies sind die hauptsächlichsten *allgemeinen* *Maafsregeln*, welche ich zur Verbesserung unserer Criminalverfassung nöthig halte. Aber ich kann es nicht oft genug wiederholen: sie müssen, wenn sie vollständig und zweckmäfsig ausgeführt werden sollen, nicht *einzelnen* und *theilweise* getroffen, sondern das *Ganze* mufs nach einem *allgemeinen* Plan bearbeitet werden.

Es ist nicht nöthig, dafs alles grade zu *Einer* *Zeit* und von *Einem* Mann bearbeitet werde. Aber nach *Einem* Plan mufs gearbeitet werden, und dieser mufs sorgfältig überdacht, in allen seinen einzelnen Theilen genau erwogen, und unter der weisen Langsamkeit der Berathschlagung zu seiner höchsten Vollkommenheit gereift sein, ehe zu der detaillirten Ausarbeitung der einzelnen Theile geschritten wird. Jeder Theil des Plans mufs mit sich selbst, mit den übrigen Theilen und mit dem Ganzen in Harmonie stehen, jeder einzelne Theil mufs in den andern eingreifen, und sie müssen sich wechselseitig unterstützen und befördern. Nur dadurch kann ein vollendetes Ganzes möglich werden; auf jedem andern Wege sind Widersprüche und Inconsequenzen unvermeidlich, und der noch so sehr vervollkommnete einzelne Theil wird dem Ganzen sogar schaden können, wenn er nicht, nach einem allgemeinen Plan, mit dem Ganzen in eine geschickte und zweckmäfsige Verbindung gebracht ist.

Man fange zum Beispiel mit der Revision des Criminalcodex an; man verbanne die lebenswieri-

gen Gefängnisstrafen, lasse aber die Gefängnisse selbst in ihrer bisherigen Verfassung, lege keine *wahrhafte und eigentliche* Besserungsanstalten an, organisire dieselben nicht gehörig, ertheile keine bestimmte und gemessene Vorschriften über die Beurtheilung der Besserung eines Verhafteten, über die Erfordernisse zum Nachweis eines ehrlichen Fortkommens, über die Entlassung der Verhafteten überhaupt, und über die Vorsorge für dieselben nach der Entlassung. Was will daraus werden? — Man wird bei der Entlassung so sorglos wie bisher verfahren, und anstatt daß sonst der zur lebenswierigen Gefängnisstrafe verurtheilte Verbrecher wenigstens für den Staat und seine Mitbürger unschädlich gemacht war, (wenn auch in Ansehung seiner selbst nicht nach richtigen Grundsätzen verfahren wurde), so wird nun auch nicht einmal jene noch dringendere Pflicht des Staats, für die allgemeine Sicherheit zu sorgen, erfüllt werden.

Man fange umgekehrt mit der Verbesserung der Gefangenanstalten an, errichte Besserungsanstalten, organisire sie mit der erforderlichen Vorsicht, und ertheile gemessene und strenge Vorschriften über die Entlassung; dagegen lasse man die bisherigen Gesetze, und namentlich die vom 26sten Februar 1799, in ihrem ganzen Umfange bestehen. Wie werden die Besserungsanstalten überschwemmt werden? Wie viele, die gar nicht zur Aufnahme in eine Besserungsanstalt geeignet sind, werden ihrer Freiheit länger beraubt werden, als Recht und Billigkeit es erfordern?

Man führe ferner das von mir beabsichtigte Criminal-Obertribunal ein, ohne die Confirmationsgränzen zweckmäfsig zu bestimmen, ohne die bisherige Verfassung in Ansehung der Confirmation der in *erster Instanz* gefällten Criminalerkenntnisse aufrecht zu erhalten, und ohne dem Justizdepartement die Befugniss beizulegen, zu gelinde ausgefallene Erkenntnisse erster Instanz zu schärfen. Was wird die Folge davon sein? Es werden in *zweiter Instanz* rechtliche und in Grundsätzen und Meinungen gleichförmige Erkenntnisse erscheinen; aber das Verfahren in *erster Instanz* wird in allen Sachen, die nicht bis in die zweite Instanz gelangen, ohne alle Controlle bleiben, und viele Verbrecher werden zu gelinde bestraft werden, und fast ganz straflos durchkommen.

Wer Erfahrungen darüber gesammelt hat, wie sonderbar manchmal auch in Criminalfällen die Sachen beurtheilt und angesehen werden, der wird diese letztere Resorgniss weder gesucht noch unerheblich finden. —

Diese einzelnen Beispiele werden zur Bestätigung meiner Behauptung: dafs nicht in *einzelnen Theilen* Verbesserungsversuche gemacht werden dürfen, ehe man nicht über einen *allgemeinen Plan* ganz einig ist, völlig zureichend sein, wenn es anders überhaupt nöthig war, die Nothwendigkeit eines *planmäfsigen* Arbeitens durch Beispiele zu bestätigen.

Arbeiten, die auf Verbesserung irgend eines *Ganzen* abzwecken, und gleichwohl ohne Über-

sicht eben dieses Ganzen und bloß *theilweise* vorgenommen werden, können nicht anders als einseitig ausfallen, und zu nichts führen, als zu einem ewigen Schwanken und Versuche machen, wobei man alle Augenblicke zu vervollständigen, abzuändern und zurückzunehmen genöthigt ist. Dies ist nirgends schädlicher als bei der Gesetzgebung.

Ende des ersten Theils.

Arnim, Albrecht Heinrich von

Bruchstücke über Verbrechen und Strafen, oder Gedanken über die in den preußischen Staaten bemerkte Vermehrung der Verbrecher gegen die Sicherheit des Eigenthums nebst Vorschlägen, wie derselben durch zweckmäßige Einrichtung der Gefangenanstalten zu steuern seyn dürfte ; zum Bd.: 1

Frankfurt u.a. 1803

Crim. 6 ch-1/2

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10393692-6